

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

146 · Dezember 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	1059
Essay	
JOHAN GALTUNG Rudolf Bahro und neue Ansätze in der Globalisierungskrise	1061
Gesellschaft: Analysen & Alternativen	
DIETMAR WITTICH Schlüsselproblem: Politische Kultur Zum Wahlergebnis der PDS	1069
HANS THIE Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit	1080
PAUL SCHÄFER Die Wahl 2002 und die Krise der PDS	1088
Wirtschaft & Politik	
MARLENE KÜCK Bankenkrise und Marktaustrittsprozeß	1102
Alternative Wirtschaftstheorien	
JOACHIM BISCHOFF Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption	1114
Konferenzen & Veranstaltungen	
ARNDT HOPFMANN Frustrierender Klimawechsel – Bericht über eine nachhaltige Ernüchterung	1124
SIEGFRIED SCHARRER Medizin-Ethik – quo vadis? Versuch einer Antwort	1129
Call for Papers	1132

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1134

Bücher & Zeitschriften

Bertram Schefold (Hrsg.):
Exogenität und Endogenität
(ULRIKE BUSCH) 1136

Markus Trömmel:
Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit.
Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen
und der (SED) PDS im letzten Jahr der DDR
(STEFAN BOLLINGER) 1137

Jens-F. Dwars, Mathias Günther (Hrsg.):
Das braune Herz Deutschlands?
Rechtsextremismus in Thüringen
(PEER JÜRGENS) 1139

Erik Borg:
Projekt Globalisierung: Soziale Kräfte
im Konflikt um Hegemonie
(IRIS NOWAK) 1141

Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller (Hrsg.):
Handeln im Wandel. Akteurskonstellationen
in der Transformation
(ULRICH BUSCH) 1143

Lüder Gerken und Gerhard Schick (Hrsg.):
Grüne Ordnungsökonomik: Eine Option
moderner Wirtschaftspolitik?
(JOCHEN WEICHOLD) 1145

Manuel Castells:
Die Macht der Identität. Das Informationszeitalter II:
Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur
(JUSTINE SUCHANEK) 1147

Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre,
Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hrsg.):
Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis
(ARNDT HOPFMANN) 1148

Summaries 1150

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1152

VorSatz

Alle halbe Jahre wieder bricht es aus – das Wachstumsprognosefieber. Die Wachstumssüchtigen warten mit Bangen auf den Konjunkturbericht der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und auf die kurz danach fällige Steuerschätzung. Zuförderst für die Regierenden erweist es sich dann, ob die Haushaltskalkulationen zu Makulatur werden oder nicht – und meist kommt es schlimmer als ersehnt, weil, wenn es um Wachstum geht, immer mehr erhofft wird, als offenbar erreicht werden kann. Damit stehen Schröder & Co. allerdings nicht allein. Wenn heute von den bedrückendsten Entwicklungsproblemen der Menschheit die Rede ist, geht es merkwürdigerweise nur noch selten um die drohenden ökologisch-sozialen Katastrophen, sondern viel eher um das zurückgehende Wirtschaftswachstum. Alles – insbesondere das Bruttoinlandsprodukt – muß offensichtlich immer, wenn es nach der Logik der Politik ginge, sogar immer schneller, wachsen, damit es uns nicht schlechter geht! Es ist wie bei jenem skurrilen Wettrennen aus »Alice im Wunderland«, bei dem die Läufer alles aus sich herausholen müssen, um wenigstens auf derselben Stelle zu bleiben.

Besonders in den hochentwickelten Industrieländern scheinen gravierende Probleme wie Massenarbeitslosigkeit, chronische Staatsverschuldung und soziale Polarisierung nur noch dann einigermaßen beherrschbar, wenn es gelingt, eine hohe, oder besser noch steigende Raten wirtschaftlichen Wachstums zu erreichen. Dabei sind es gerade die wirtschaftlichen Entwicklungserfolge der Vergangenheit, die zu sinkenden Wachstumsraten in Gegenwart und Zukunft führen (müssen). Für ein Land wie die Bundesrepublik, in dem jährlich ein Bruttoinlandsprodukt von rund zwei Billionen (zweitausend Milliarden) Euro erzeugt wird, bedeutet ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent pro Jahr einen Zuwachs von 20 Milliarden Euro. Dies entspräche der zusätzlichen (!) Produktion von einer Million Mittelklassewagen. Folgt man nun der »Expansionslogik« als Problemlösungsstrategie, dann wäre ein solches Wachstum »faktisch gleichbedeutend mit Stagnation«, wie ein Vertreter eines der führenden Institute glaubte anläßlich der kürzlich verkündeten Konjunkturprognose der Öffentlichkeit per ARD-Mikrofon mitteilen zu müssen. Angesichts der Realitäten einer tendenziell schrumpfenden Bevölkerung, stagnierender Realeinkommen und zunehmender konsumtiver Übersättigung bei den Hochlohneinkommensbeziehern stellt sich allerdings eine ganz andere Frage: Wer soll denn selbst die »quasi-stagnativen« Zuwächse konsumie-

ren? Da bleibt faktisch nur der Export – und die fromme, aber ir-reale Hoffnung, daß die Bevölkerung anderer Länder weiterhin und in wachsendem Maße mehr konsumiert als sie produziert beziehungsweise immer mehr von hier importiert und immer weniger hierher exportiert.

Selbst wenn es gelänge, die für kapitalistische Gesellschaften typische, über die ungleiche Einkommensverteilung »erzwungene« Unterkonsumtion eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung noch als »Wachstumspotential« zu mobilisieren – was eine radikale Umverteilung von »oben nach unten« zur Voraussetzung hätte –; der Traum vom extensiven Wachstum ist (zumindest für die hochentwickelten Länder) ausgeträumt. Es fehlt zunehmend nicht nur der (Umwelt)Raum, sondern auch die notwendige (Konsum)Zeit, um immer neue zusätzliche Güter immer schneller zu benutzen und zu verbrauchen.

Das hat Konsequenzen. Die neuerdings auch in der PDS aufgebrochene Debatte über die Zukunft des Wirtschaftswachstums bedarf daher der Weitung der Perspektive. Es geht gar nicht so sehr um die Klärung von Pro-und-Kontra-Wachstums-Fragen zwischen »Ökologen« und »Ökonomen«, wie der Grundtenor der Kontroverse nahelegt, sondern auch und vor allem um die Frage einer neuen Wirtschaftspolitik, die grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsprobleme auch ohne extensives Wachstum bearbeitbar macht. Gebraucht wird eine »spezielle Wirtschaftspolitik für reife Industriegesellschaften« (so Norbert Reuter in seinem bemerkenswerten Buch über die »Ökonomik der ›langen‹ Frist«) – unter anderem hier könnte die PDS zeigen, weshalb sie noch gebraucht wird.

ARNDT HOPFMANN

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern sowie allen Autorinnen und Autoren ein ruhiges Fest und ein gesundes und friedliches 2003.

Die Redaktion

JOHAN GALTUNG

Rudolf Bahro und neue Ansätze in der Globalisierungskrise

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte beginnen, die selbstverständlich mit Rudolf Bahro zu tun hat. Sie beginnt allerdings nicht mit Rudolf Bahro, sondern mit Farah Diba, der Königin des Iran. 1974 war ich zu einer Tagung eingeladen; doch statt mit dem Flugzeug reisten meine Frau und ich mit dem Wagen. Das, was wir unterwegs erlebten, vermittelte uns das Gefühl, daß das System im Iran kurz vor seinem Ende stehe. An der besagten Konferenz nahmen Ökonomen aus Teheran und Wissenschaftler aus Amerika teil, die meisten von ihnen lehrten an der Princeton University. Mich hatte man als erklärten Außenseiter eingeladen, von dem man sich eine abweichende Sicht erhoffte. Nach der Konferenz besuchte uns in unserem Hotel ein ganz in Schwarz gekleideter Mann; er sah nicht unkompliziert aus und sagte: »Die Königin weiß, worüber Sie geredet haben. Sie werden im Palast in Teheran erwartet, morgen um 10 Uhr. Ein Flugzeug steht bereit.«

Wir waren mit Farah Diba allein. Auf dem Tisch standen zwei Teetassen, ein Teekännchen – und einige Servietten. Die Königin begann mit ihren Fragen. Da es in diesem Palast keine Tafel gab, veranschaulichte ich meine Aussagen, indem ich auf die Servietten malte. Kaum hatte ich die erste Serviette mit einem Diagramm verziert, kam die sehr kleine, nette Hand der Königin und zog die Serviette ein. Nächste Serviette – wieder die Hand. Zwischendurch wurde nach dem Diener geläutet, der weitere Servietten bringen mußte. Am Ende hatten wir eine Semester-Vorlesungsreihe auf Servietten, und sie sagte: »Es wird wahrscheinlich so enden, wie Sie gesagt haben, Herr Galtung.«

Was hat das Ganze mit Rudolf Bahro zu tun? Ich war mit ihm ungefähr zwanzig Mal zusammen, wir waren geistige Brüder, politische Brüder. (Die Unterschiede sind uninteressant, die Ähnlichkeiten sind bekannt.) Das erste Treffen fand in der Nähe vom Bahnhof Zoo statt – in einer Kneipe. Dort saß der Rudi, und wir diskutierten das System. Und genau dasselbe Problem trat auf: keine Tafel. Aber dieses Mal war die Lage ein wenig besser. Wenn man bei einer Königin eingeladen ist, kommt man ohne Tasche, das versteht sich. Hier hatte ich Papier dabei. Wir schrieben also auf Zettel. Ich hatte den ersten Zettel gefüllt – dann kam eine Hand von Rudolf, eine kleine Hand. Mir war nicht ganz klar, ob es Zettelsammlung oder Beschlagnahme war. Der nächste Zettel – wieder die Hand. Genau dasselbe. Der einzige Unterschied war: Wir hatten kein ökologisches Problem – es gab unbegrenzte Mengen von Papier.

Johan Vincent Galtung – Jg. 1930; Studium der Mathematik und Soziologie; Gründer des Friedensforschungsinstituts Oslo und dessen Direktor bis 1969; Mitglied zahlreicher internationaler Gremien (u. a. Internationale der Kriegsdienstgegner, International Peace Research Association, International Future Research Conferences, World Future Studies Federation); Konsultant für internationale Institutionen (UNESCO, UNCTAD, WHO, OECD und andere), Gastprofessor an Universitäten in Europa, Amerika und Asien. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Sozialismus ist tot. Es lebe der Sozialismus (Nr. 11, Juli 1991).

Bearbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrags auf dem Symposium

»Die Sozial-ökologische Alternative – 25 Jahre nach dem Erscheinen von Rudolf Bahros ›Die Alternative‹«, 21. bis 23. Juni 2002 in Berlin

Bedürfnisse

Ich gehe von vier Bedürfnissen aus: das Überleben, dann die gewöhnlichen fünf, sechs oder sieben – also Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heilung, Bildung –, dazu dann, sagen wir, Toilette, Schlafmöglichkeit, Sexualität, Geburtsmöglichkeit: Die letzten vier zählen nicht zu den Menschenrechten – denn die waren von Männern geschrieben, von der französischen Bourgeoisie. Und die waren zu puritanisch, um über Sexualität zu reden. Das mit der Geburt war nicht ihr Problem, eine Toilette hatten sie alle, und sie haben nachts meistens ziemlich gut geschlafen. Anders ist es beim Schichtarbeiter, der in einer kleinen Hütte direkt am Bahnhof lebt oder neben der Bahn: Wie gern würde er einige Stunden während des Tages schlafen.

Es geht dabei also um ganz einfache Dinge, die nicht viel kosten. Weil diese Dinge aber nicht viel kosten, läßt sich damit auch kein Profit machen. Die Dinge sind so billig und so einfach – also stecken Investoren ihr Geld da nicht hinein.

Zu den Grundbedürfnissen rechne ich weiterhin »Freiheit« und »Identität«. Freiheit ist Spielraum, Identität der Sinn des Lebens. Das System, das wir haben, gibt außerordentlich viel Freiheit – auf Kosten des Überlebens, des Wohlergehens und der Identität. Ein sehr schlechter Zustand. Im Englischen gibt es die »necessities«: das Minimum, das unverzichtbar ist. Wenn man das hat, kann man sein Leben in Würde leben, sich geistig entwickeln – man kann sehr vieles tun. Doch die meisten von uns – auch ich! – möchten gern ein wenig mehr haben: einen Computer zum Beispiel, vielleicht einen Wagen, vielleicht ein Motorrad. Ich finde das nicht so anstößig – das sind die »normalities«. Damit läßt sich etwas Geld machen – unter der Bedingung, daß die Klasse, die das kaufen kann, genügend groß ist.

Und hier zeigt sich das Problem: die Entwicklung der Produktivität in den letzten 200 Jahren. Durch die Steigerung der Produktivität läßt sich die Produktion mit einer immer geringeren Anzahl von Arbeitern bewerkstelligen, so daß man Arbeiter abschaffen kann.

Das war im übrigen immer ein Traum der Unternehmer: weil Arbeiter so kompliziert sind. Ein Arbeiter von 80, 85 Kilogramm ist gefährlich. Deshalb ersetzt man ihn durch eine Arbeiterin in Malaysia (28 Kilogramm). Das ist besser. Aber auch die ist gefährlich – glaubt man wenigstens. Wie kann man also diese Malaysierin ersetzen? Über die Automatisierung. Das hat man getan. Ich finde es ganz einfach merkwürdig und ein Zeichen, wie intellektuell schlicht diese sogenannte ökonomische Wissenschaft ist: Sie hat von Anfang an nicht verstanden, daß, wenn man Arbeiter entläßt, die Kaufkraft nach unten geht. Das heißt natürlich nicht, daß sie keine Stellen finden. Aber sie finden keine wirklichen Stellen – sie finden Verträge, Kurzverträge. Das nennt man Flexibilität. Damit schafft man langsam aber sicher die Kaufkraft ab.

Doch noch gibt es eine Gruppe, die zuverlässig ist: die Oberklasse. Für die werden »luxuries« produziert. »Luxuries«: Das ist die Lösung. Es gibt Menschen, die sich so gut wie alles kaufen können. Allerdings hat auch ihr Tag nur 24 Stunden. Wieviel können sie in dieser Zeit konsumieren? Da wäre zunächst Skifahren in Gstaad in der Schweiz – das ist dort außerordentlich teuer. Und man kann selbstverständlich jeden Tag iranischen Kaviar verzehren und ein

Immer, wenn ich Vorlesungen zu diesem Thema halte, lasse ich folgende Übung machen: Sie haben jetzt zehn Minuten Zeit, finden Sie fünf Möglichkeiten, bei denen Sie den Nachtschlaf möglichst teuer machen

Schaumbad nehmen (Champagner-Bad, versteht sich – samt Champagner-Dusche). Aber wenn man das eine Woche lang gemacht hat, wird man etwas anderes suchen. Zum Beispiel die Stille. Die findet man in Grönland – nördlich des Polarkreises findet man das. Da fliegen sie hin. Es gibt sogar Gemeinschaften, wo es nur Stille gibt, das ist alles. Und das verkauft man. So eine Reise ist extrem teuer. Doch auch das wird irgendwann langweilig.

Was tut man dann? Dann kommt die Trennung zwischen produzierender Wirtschaft und Finanzökonomie. Jetzt geht es in Richtung Investition und Spekulation. Wir befinden uns nun nicht mehr im Bereich »Endkonsum«, sondern wir sind im Bereich »Kaufen und Verkaufen – Verkaufen und Kaufen«. Ein Beispiel: schweizer Tulpen in Amsterdam. Die waren einmal so teuer, daß der Preis einer Tulpe dem eines ganzen Wohnviertels in Amsterdam gleichkam – bis jemand sagte: »Aber das stimmt doch gar nicht!« Und dann folgte unmittelbar der Krach – denn auch die anderen sagten: »Etwas stimmt hier nicht!« Wenn man nicht an eine Sache glaubt, dann funktioniert sie auch nicht.

Hier verstecken sich die Probleme: Es ist eine Riesensumme an Geld vorhanden. Das System ist so organisiert, daß fast alles Geld nach oben fließt. Aufgrund des Wirkens der WTO ist alles mobil. Die Produkte, Waren und Leistungen inklusive Finanzleistungen sowie die Produktionsfaktoren, also Rohstoffe, Kapital, Technologie, Management, sind alle unbegrenzt beweglich, Grenzen behindern sie nicht. Es gibt nur eine Ausnahme: die Arbeiterklasse. Die steht Schlange, die steht Schlange, zum Beispiel in Ceuta in Marokko an der Küste oder entlang der Grenze zu Osteuropa. Um das Jahr 2030 werden es rund tausend Millionen – eine Milliarde – Menschen sein, die Schlange stehen. Die Festlegungen von Sevilla gegen diese Menschen haben übrigens weder politisch noch intellektuell eine Lösung gebracht. Das sind die Politiker, die wir haben.

Finanzökonomie und produzierende Wirtschaft

Ich bin Kapitalismus-Kritiker, aber kein grenzenloser Kapitalismus-Kritiker. Finanzökonomie braucht man. Und ich bin auch nicht gegen den Markt. Die Probleme bestehen darin, daß die Produkte konsumiert werden müssen. In der Finanzökonomie geht es um Sachen, die zu Kauf und Verkauf stehen. Wie sich das Geschäft entwickelt, soll zum Beispiel der Dow-Jones-Index ausdrücken. Vor einigen Jahren etwa wurde über den Dow-Jones-Index ein Zuwachs pro Jahr von 27 Prozent gemessen. Später waren es sogar fast hundert Prozent – während in der produzierenden Wirtschaft der Vereinigten Staaten der Zuwachs nur ein bis zwei Prozent betrug. Wenn man jedoch das Wachstum in der Finanzökonomie über das Wachstum in der produzierenden Wirtschaft betrachtet, bekommt man den Hauptschlüssel in die Hand.

Mit diesem Hauptschlüssel habe ich ein wenig gearbeitet, und ich habe vorhergesagt: »Es wird im Jahre 2001 anfangen, nach unten zu gehen.« Das habe ich fünf Jahre vorher gesagt. Zu dieser Zeit boomte die amerikanische Wirtschaft, und alle haben gemeint: »Ach, du spinnst ja! Aber das hast du immer getan – da spinnst du eben auch als Amateurökonom. Ist doch klar.«

können. Als eine Möglichkeit gibt es da selbstverständlich das Wasserbett – das ist extrem teuer. Und dann weitere Mittel – jetzt haben Sie noch vier Minuten. Und wenn Sie diese Probe nicht bestehen, dann haben Sie das heutige System nicht verstanden.

Ich hatte das Glück, niemals als Ökonom ausgebildet worden zu sein. Ich bin Mathematiker. Die Ökonomen hassen mich, und das kann ich verstehen: Ich habe nämlich einmal die These aufgestellt, daß je tausend Arbeitslose in Deutschland ein Ökonomie-Professor entlassen werden müßte. Ihre Zahl liegt bei dreitausend; damals gab es zirka drei Millionen Arbeitslose: Es wäre also alles erledigt gewesen. Wer war von dieser These begeistert? Die Assistenten. Die fanden diese These wahnsinnig gut. Problematischerweise haben sie so ziemlich dieselben Bücher gelesen – also muß man am Anfang ansetzen. Doch die Geschäftsleute sagen: »Wir gehen zu den Ökonomen, weil sie das System verstehen.«

Vor zwei Jahren habe ich noch etwas vorhergesagt: Am Ende des Frühjahrs 2002 werde der Kurs bei einem Euro gleich einem Dollar stehen. Der Kurs ist jetzt bei 97 Punkten; ich bin zufrieden. Ich hatte zwei Gründe: die *Unterbewertung* des Euro und die *Überbewertung* des Dollar. Der Dollar ist ein Schwindel, die amerikanische Ökonomie ist ein Schwindel – weil man Finanzökonomie und produzierende Wirtschaft zusammenschlägt und den Unterschied nicht beachtet. Wenn es eine Asynchronität zwischen den beiden und in der Finanzökonomie ein Wachstum gibt, kann es auf Dauer nicht funktionieren.

Es existieren zwei Möglichkeiten: Es kommt zum Sturz, oder es geht langsam. Möglich ist auch beides: erst langsam, dann Sturz, dann wieder langsam, dann wieder etwas Erholung – dank der Keynesianischen Mechanismen. Dessen Rad ist das amerikanische Militär. Und das gilt als heilig.

Es ist nicht so schwierig zu begreifen, daß wir im Hinblick auf die Kaufkraft eine Überproduktionskrise haben.

Okzident I

Im übrigen, Brüder, bitten und ermahnen wir euch im Namen Jesu, des Herrn: Ihr habt von uns gelernt, wie ihr leben müßt, um Gott zu gefallen, und ihr lebt auch so; werdet darin noch vollkommener!
Ihr wißt ja, welche Ermahnungen wir euch im Auftrag Jesu, des Herrn, gegeben haben. Das ist es, was Gott will: eure Heiligung. Das bedeutet, daß ihr die Unzucht meidet, daß jeder von euch lernt, mit seiner Frau in heiliger und achtungsvoller Weise zu verkehren, nicht in leidenschaftlicher Begierde wie die Heiden, die Gott nicht kennen ...
1. Brief an die Thessaloniker, Kapitel 5

Punkt 1: In der Bibel steht geschrieben: Herrschaft über die Natur, Gott da oben, die Natur da unten – und die Menschen dazwischen. Die Menschen sind zweigeteilt, in Mann und Frau. Die Frage lautet nur, ob die Frau ein Teil der Natur ist und der Mann ein Teil des Göttlichen – oder gibt es irgendwelche Kontaktpunkte? Dieses Problem ist bekannt – lesen Sie den Brief an die Thessaloniker. Hier hatten Rudolf und ich einige kleine Schwierigkeiten miteinander. Für ihn war der Mann ein wenig mehr heilig als für mich – aber das lasse ich beiseite.

Punkt 2: Uneingeschränkter Individualismus: Die Menschen sind als Monaden geboren (Leibniz hatte das verstanden). Der Kontakt zwischen den Monaden, sagte Luther, sei der Weg zu Gott. Vor Luther gab es im Christentum keine Möglichkeit außerhalb des »Dienstweges« durch eine Frau, die Gott etwas ins Ohr flüstert (Maria also), die Gnade zu erlangen. Luther wollte aber, daß das Individuum den direkten Weg zu Gott nimmt, allein ihm gegenüber verantwortlich ist. Deshalb schaffte er als guter Teutone Maria kurzerhand ab und machte so den Weg zum Individualismus frei.

Dieser Individualismus zeugt mit Notwendigkeit einen Wettbewerb ohne Solidarität, der nirgends so zu Hause ist wie in Amerikas Vereinigten Staaten. Dort ist Amerikanismus das Synonym für Individualismus geworden – wobei die Republikaner stets diesen Amerikanismus besser verstanden haben als die Demokraten. Bei den Demokraten gibt es etwas fast Menschliches, ab und zu wenigstens. Die Republikaner hingegen – vor allem bestimmte baptistische Strömungen – sind reichlich fundamentalistisch. Für sie ist die Gesellschaft eine Organisation des Wettbewerbs. Sie heiligen den Sozialdarwinismus: Wer abrutscht, verdient es; es ist eine Säuberung der Menschheit. Diese Gesellschaft ist außerordentlich hart. Kein Mitleid, keine Solidarität. (Diese Solidarität habe ich übrigens sehr stark bei Rudolf Bahro gefunden, sie war für uns die wirkliche Brücke. Es war aber weniger eine intellektuelle Solidarität und mehr eine mit denen, die in der Gesellschaft leiden.)

Die Welt ist in deren Sicht ein Wettbewerb der Nationen und Staaten; Staaten setzen sich durch, über den Wettbewerb. Die Amerikaner sagen: Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Anarchie oder Hierarchie. Die Botschaft ist ganz simpel. Anarchie heißt, jeder habe das Recht, den anderen zu erschlagen; Hierarchie bedeutet, daß es Ordnung gebe. Was nimmt die amerikanische Gesellschaft an: Hierarchie oder Anarchie? Alle rufen begeistert: Hierarchie! Die existiert in diesem Verständnis in zwei Formen: in der der Vereinigten Staaten und in der der Konkurrenten. Ein Konkurrent war die Sowjetunion: abgeschafft. Bleibt China: Was möchten Sie lieber haben, die Vereinigten Staaten oder China? (Die Europäische Union existiert in dieser Frage für die Amerikaner nicht.) Also sind die Vereinigten Staaten die notwendige Nation. Ein Gedanke, der in der USA nur selten gedacht wird, ist der der Egalität – also die Frage, ob man ein egalitäres System haben könnte? Die Institutionalisierung der Egalität sind die Vereinten Nationen – sieht man vom Sicherheitsrat mit seinen Vetorechten ab.

In den USA wird nicht egalitär gedacht, die USA werden statt dessen vom alten angelsächsischen Gedanken beherrscht: Nummer Zwei in der Welt ist unser Feind. Die Frage ist nur: Wer ist Nummer Zwei? Das war einmal die Sowjetunion, jetzt ist es China. Deshalb haben wir heute diese Einkreisungsmanöver.

Mit Hilfe der Grünen im Deutschen Bundestag haben die USA in Pristina einen Krieg gemacht, und zwanzig Kilometer südlich von Pristina gibt es jetzt die größte Militärbasis der Vereinigten Staaten: Camp Bondsteel. Sie haben am Tag nach der Invasion angefangen, sie aufzubauen. Und jetzt nach dem Afghanistan-Krieg haben sie eine noch größere Basis: in Kandahar. Ziel: China. Nicht notwendigerweise, um China zu bombardieren – obwohl: Was in Belgrad passiert ist, war eine Warnung: So könnte es euch auch ergehen.

Deutschland

In Deutschland haben wir heute die Solidarität mit einem neuen Gott: mit Amerikas Vereinigten Staaten. Sie haben nach 1945 nicht nur den christlichen Gott, sondern auch gleich noch Wotan – alias Vorsehung – abgelöst. Bei Zusammenkünften mit Rudolf Bahro habe ich wieder und wieder gesagt: Bei den Deutschen verläuft die Geschichte zyklisch. Es geht nach oben – nach unten – nach oben – und so weiter. Das erste Deutsche Reich von 960 bis 1806 war eine Konföderation, die zerfiel. Dann das zweite Reich – also, von der Reichsgründung 1871 bis 1918 – war ein Zentralstaat, der ein böses Ende nahm. Das Dritte Reich: von 1933 bis 1945 – das nahm ein ganz böses Ende. Mit dem 3. Oktober 1990 fing es langsam an, wieder nach oben zu gehen. Am 3. Oktober 1990 war ich in diesem Lande (und ich bin hier sehr zu Hause): Ich habe gespürt, daß es so gut wie keine Feier gab. Am Brandenburger Tor waren die Bonzen, völlig klar: Dort gab es etwas, aber sonst: so gut wie keine Feiern. Ich war aber auch zuvor hier, im Sommer desselben Jahres. Da hatten die Deutschen den Worldcup gewonnen. Und es war überhaupt keine Frage: Die Deutschen konnten in den Straßen feiern. Die ganze verrückte Bande war auf den Dächern der Autos, mit Trara. Und grausame Schaumweine, und so weiter. Es waren Millionen.

»Den ›Falken‹ erscheint die Entscheidung einfach: mit einer möglichst umfassenden militärisch-politischen Super-Aktion (auch mit Atomwaffen) nicht nur Irak, sondern die gesamte Region ein für alle Mal in den Würgegriff nehmen und dabei alles auf eine Karte – die Karte des totalen Krieges – setzen.« (Ekkehard Saueremann, in: Neues Deutschland, 26./27. Oktober 2002, S. 10)

»Ich bin nicht generell gegen Globalisierung. Ich habe nichts gegen Handel, sondern gegen seine Folgen und Begleiterscheinungen. Daß bei multinationalen Konzernen nicht gefragt wird, was sie mit ihren Investitionen anrichten. Und am meisten stört mich die Propaganda, dass es keine Alternative zu dieser Art Globalisierung gäbe.« (Naomi Klein in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27. Oktober 2002, S. 42)

Am 3. Oktober dann: Nichts. Meine Interpretation ist die: Die Deutschen haben eine Ahnung, wie es enden wird, wenn es nach oben geht. Das nennt man Klugheit. Wenn diese Klugheit in die Politikerkaste eindringen könnte – das wäre nicht schlecht. Die haben nämlich die Idee: Jetzt geht es wieder nach oben – und dabei bleibt es!

Erweiterung der Europäischen Union

Möglicherweise entsteht in Polen das Gefühl, daß Polen sich jetzt wieder ostwärts verschiebt. Und wenn Polen sich ostwärts verschiebt, dann wird es Druck auf die Ukraine geben. Ich habe einen Leserbrief von einem Russen. Er kam, als die Deutschen über die Erweiterung der Europäischen Union entschieden hatten, und Berlin schon Hauptstadt war. Er schrieb: »Jetzt bewegt sich etwas – und ich warne euch: Das wir böse enden. Meine Familie hat Erfahrung damit.« (Es war ein Mitglied der Zarenfamilie, der das schrieb.)

Denn am Ende geht es – nach Moskau. Es gibt in den Vereinigten Staaten einen Plan, Rußland in drei Teile zu teilen und möglicherweise eine Konföderation aus den dreien (das ist Brzezinskis Plan) – europäisches Rußland, Sibirien und Ferner Osten – zu schaffen. Diese Zeitkosmologie ist gefährlich.

Und die Summe davon? Es entsteht ein neuer westlicher, abendländischer Imperialismus. Ein lächerliches Buch ist jetzt geschrieben worden, mit dem Titel »Empire« – als ob der Imperialismus keinen Ort hätte. Der Imperialismus drückt sich im Pentagon aus – und das Pentagon hat einen Ort. Warum haben die westlichen Regierungen zugestimmt? Weil sie wahnsinnige Angst vor Washington haben. Sie haben ziemliche Angst vor den Terroristen – aber noch mehr vor den Staatsterroristen.

Archetypus I: »Choiceness Glory Trauma«

An sich ist ein Leben in Würde, in dem die Grundbedürfnisse der Armen erste Priorität haben, heute ohne weiteres erreichbar – aber nicht über den Markt. Für den Markt gibt es genau – wie für die Fundamentalisten – ein Syndrom, das ich CGT – »Choiceness Glory Trauma« – nenne. In aller Kürze: Für die Wahhabiten (die auf Ibn Abd Al-Wahhab [1703-1792] zurückgehen) sind – erstens – die Araber das auserwählte Volk. Beweis: Mohammed war Araber; Allah habe alle Möglichkeiten gehabt – und er hat Mohammed auserwählt. Und der Koran wurde offensichtlich auf Arabisch diktiert. Zweitens: Arabien ist das versprochene Land. Dieses Motiv findet man im Judentum, und man findet es im Hitlertum, und man findet es im Amerikanismus. Drittens: Wir, die Araber, hatten eine gloriose, eine ruhmreiche Vergangenheit – wir werden eine Zukunft im Sinne dieser Vergangenheit schöpfen. Das geht aber nicht über das schwarze Gold, über das wir verfügen. Denn das schwarze Gold hat uns korrumpiert – also schicken wir Wahhabiten die Taliban nach Afghanistan. Und die Taliban sagen: »Nein!«, wenn die Amerikaner »Ölleitung« sagen. Und die Amerikaner sagen: »Wir haben euch einen Teppich von Gold angeboten; ihr habt es abgelehnt: Jetzt kommt ein Teppich von Bomben.« Das haben sie denn auch getan. Viertens: Wenn du auserwählt bist, wird es immer Neid geben – bei denjenigen, die nicht verstehen, daß du auf einer höheren Stufe stehst. Du

lebst dein Leben sowohl mit Gloria als auch mit Trauma, denn du bist zu Größenwahn und Verfolgungswahn gleichzeitig verdammt. Auf der individuellen Ebene gibt es psychiatrische Behandlungen für solche Leute – auf kollektiver Ebene nennt man das »Patriotismus«. In so einer Welt leben wir.

Archetypus II: Macht-Fundamentalismus

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einem Leben in Würde ist der Macht-Fundamentalismus. Den Hintergrund für dieses Phänomen bietet der Glaube, daß die »Unternehmer« ein auserwähltes Volk seien, das mit einem hohen Risiko zu leben habe. (Natürlich ist die Arbeiterklasse viel größeren Risiken ausgesetzt.) Das Risiko für den einzelnen Unternehmer könne nur dann minimiert werden, wenn es gelingt, den Markt so zu beherrschen, daß er selbst die Preise diktieren kann. Das wird über Fusionen realisiert – und nicht etwa notwendigerweise über Qualität. Die eigentliche Gefahr sei aber der Neid – von Globalisierungsgegnern und von denen, die verloren haben, weil sie das Spiel nicht kennen und nicht verstehen. Man müsse also darauf vorbereitet sein, daß sich die Traumatisierten gegen die »Erfolgreichen« wenden werden.

Ich arbeite also mit Archetypen, und ich setze die Archetypen zusammen zu Syndromen. Und diese Syndrome setzen sich durch.

Zivilisationskritik

Ich komme gerade aus Jugoslawien, wo ich eingeladen war, mit dem Präsidenten Gespräche über die Möglichkeiten für die Zukunft zu führen. Dort gab es drei auserwählte Völker, reichlich traumatisiert und mit Gloria – die Diagnose lautet: ein Irrenhaus – so weit, so klar. Das Problem ist: Diejenigen (also die Amerikaner und die Deutschen), die sich als Psychiater verstehen, um diese Leute zu therapieren, sind selbst noch viel traumatisierter. Als Zyniker könnte man natürlich sagen, daß es doch ein Vorteil sei, wenn der Psychiater den Patienten ganz und gar versteht – weil er am selben Syndrom leidet ...

Ohne Zivilisationskritik wird es nicht gehen. Die erste Priorität muß eine »subsistence economy for basic needs« haben. Versuchen Sie, ein Ökonomielehrbuch zu finden, in dem Sie etwas dazu finden. Es gibt keins! Oder nehmen Sie ein Ökonomielehrbuch auf Amerikanisch und versuchen zu verstehen, was diese Leute unter »exploitation« fassen: Ausbeutung also. Dort steht: »Siehe Gruben und Minen« – also Ausbeutung von Naturreichtümern. Das Gegenteil von »exploitation« wäre »equity«: daß es annähernd gerecht, ausgewogen, zugeht. Doch die Amerikaner sagen, »equity« sei das, was man haben müsse, um ein Darlehen erhalten zu können – Finanzökonomie also. Es ist eine Verkehrung des Geistes, durch und durch fundamentalistisch.

»Grameen«

Bei »Grameen« handelt es sich um neue, außerordentlich interessante Formen von Krediten. Es ist so etwas wie das Ei des Kolumbus – in dem Sinne, daß, wenn du es gehört hast, sagst: Aber da hätte ja jeder darauf kommen können! Muhammad Yunus ist darauf gekommen. Eine Frau braucht hundert Dollar, um etwas zu tun, damit

Namentlich eine bestimmte Variante des Deutschtums ist besonders stark traumatisiert: die Österreicher. Die wachsen durch die Möglichkeit, den Irren ihren Irrsinn beizubringen, jetzt zwei Meter pro Stunde. Wir Norweger haben einen kleinen Vorteil: Wir wissen, daß wir auserwählt sind. Aber wir sind auserwählt zu guten Taten – das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen. Rudi hat das gut gefallen.

Ich habe eine sehr schöne, nette Tochter; zu der habe ich einmal gesagt: »Du, Irene, du weißt, ich, dein Vater, bin kein Rassist, aber ich muß sagen: Wenn du nach Hause kommst mit einem Ökonomen, dann werde ich sagen: Das ist zu viell!« Sie ist sofort losgegangen, einen Ökonomen zu finden; doch glücklicherweise: Bis heute hat sie es nicht geschafft. Also, wie gesagt: Ich bin kein Rassist, aber – es gibt Grenzen.

sie besser überleben kann. Keine Bank gibt ihr aber ein Darlehen. Also bildet man einen Kreis aus zehn Personen, von denen jede zehn Dollar

garantiert. 97 Prozent der Darlehen wurden zurückgezahlt – bei den normalen Banken in Bangladesh sind es gerade einmal 37 Prozent). – Wer versteht etwas von Ökonomie?

Muhammad Yunus hat eine Karriere gemacht: vom Ökonomen zum ehemaligen Ökonomen. Das ist immer mein Vorschlag an die Ökonomen: Gebt nie die Hoffnung auf! Ihr habt die Möglichkeit, ehemalige Ökonomen zu werden. Es gibt einen Riesenhorizont an Möglichkeiten. Und auch ihr findet in eurer Kiste etwas, das verwendbar ist: verschiedene Figuren, Metaphern und so weiter.

Darlehen werden übrigens fast ausschließlich an Frauen vergeben. Ich habe Muhammad Yunus gefragt, warum das so sei. Bei den Männern sei folgendes problematisch: Erstens hätten sie keinen Sinn für die Grundbedürfnisse; ein Darlehen möchten sie wohl haben – aber für ein Motorrad. Zweitens seien sie Alkoholiker, und drittens seien sie sowieso unzuverlässig (Das gilt selbstverständlich nur für Bangladesh, nicht für Norwegen und nicht für Deutschland.).

Ja, ein begabter Mann. Ich finde das völlig korrekt und rassistisch. Es muß also an manchen Rassismen etwas dran sein – wie an meiner Einstellung zu den Ökonomen, besonders zu männlichen Ökonomen, besonders aus den USA (und teilweise aus Deutschland); besonders zu deutschen Ökonomen, die in den USA leben und männlich sind; besonders, wenn sie protestantisch erzogen wurden (bei den Katholiken gibt es ab und zu etwas Menschliches – ein Maria-Element, könnte man sagen, etwas außerhalb des »Dienstweges«).

Ist es möglich, die moderne Technologie zu nutzen? Muhammad Yunus hat auch dafür eine Idee: für alle Dörfer der Welt ein Computer und Internet-Zugang zu schaffen – und zwar mit Mobiltelefonen. Für ein Festnetz bräuchte man Kabel – die aber werden nachts gestohlen und dann auf dem Markt verkauft. Ich finde das genial.

Jeder Intellektuelle, der in bezug auf die Grundbedürfnisse etwas erfindet oder entdeckt, sollte sein Wissen frei zur Verfügung stellen. Die, die es verkaufen, sind Verräter an der Menschheit. Es müßte ein entsprechendes Gesetz geben: »Ist frei zur Verfügung zu stellen«.

Meine Organisation TRANSCEND arbeitet zum Thema Konflikttransformation. Alles, was wir erfinden oder entdecken, stellen wir im Prinzip frei zur Verfügung. Man kann es ganz einfach nach außen geben: via Internet. Eben aus diesem Grund werden wir vom Harvard Negotiation Project und anderen gehaßt: Wir zerstören den Markt. Darüber sind wir sehr froh.

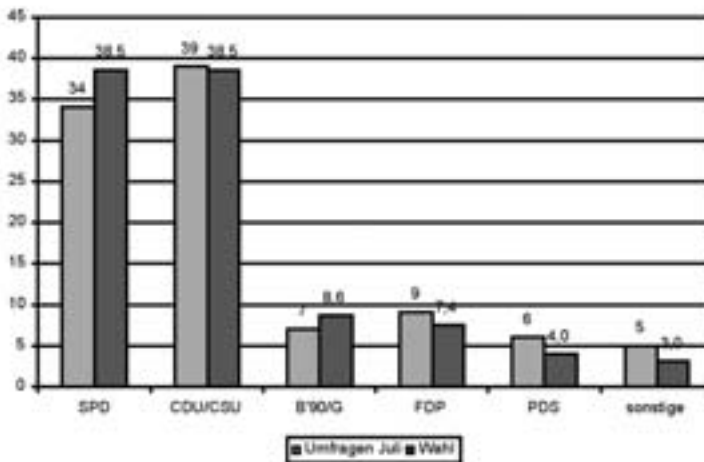
Lieber Rudolf, ich grüße dich. Ich bin sehr froh, daß ich dein Freund sein konnte.

DIETMAR WITTICH

Schlüsselproblem: Politische Kultur Zum Wahlergebnis der PDS

Die Unzufriedenheit mit der Politik auf Bundesebene war groß im Wahljahr in der Gesellschaft der Deutschen. Entsprechend war die Akzeptanz der rosa-grünen Regierungsparteien relativ niedrig und wurde vom Zuspruch zu den schwarz-gelben Oppositionsparteien übertroffen. Auch die PDS schien davon zu profitieren, vor allem ihr konsequentes Eintreten gegen Krieg und Kriegseinsätze deutscher Soldaten hatte ihr im Laufe des letzten Jahres einen Akzeptanzgewinn gebracht. So war es, bis das Hochwasser kam. Als es abgeflissen war, war die Unzufriedenheit im Lande nicht geringer, aber der Vorsprung der Oppositionsparteien war dahin. Am Ende – im Ergebnis der Wahlen – waren die alten Regierungsparteien auch wieder die neuen, die Konservativen und die Liberalen hatten sich stabilisiert, konnten aber eine Mehrheit nicht erreichen. Die Linkssozialisten blieben deutlich unter 5 Prozent und sind im Parlament nur durch zwei direkt gewählte, fraktionslose Abgeordnete vertreten. So ließe sich der politische Vorgang zusammenfassen.

Sonntagsfrage im Juli 2002 und Wahlergebnis Prozent



Quelle für Juli: Bei EMNID erworbene Daten.

Dietmar Wittich – Jg. 1943; Dr. phil., Soziologe, arbeitet im Projekt »Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland«, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird, und in der Redaktion von UTOPIE kreativ. Verschiedene Veröffentlichungen zu soziologischen Themen, unter anderem: »Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen«, Hamburg 2001. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Operation Anaconda und die ahnungslosen Deutschen, Heft 138 (April 2002).

Objektiv existiert in der Gesellschaft eine Gemengelage ungelöster Probleme und Konflikte

Eine Gemengelage ungelöster Probleme und Konflikte.

Allen Versicherungen der offiziellen Statistik zum Trotz werden in der Bevölkerung seit der Einführung des Euro inflationäre Tendenzen wahrgenommen. Die Krisentendenzen in der Volkswirtschaft halten an. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und vor den Wahlen wieder über vier Millionen angestiegen, die »stille« Reserve konnte auch nicht reduziert werden, aber sie ist so still, daß niemand über sie redet. Der Staatshaushalt ist auf allen Ebenen defizitär. Deutsche Soldaten befinden sich in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf dem Balkan und anderswo im Einsatz, was ein großer Teil der Bevölkerung ablehnt. Die soziale Ungleichheit wächst, die Armen werden immer mehr und immer ärmer, die Reichen werden immer reicher. Die sozialen Risiken wachsen und reichen mittlerweile bis in die soziale Mitte der Gesellschaft hinein. Im internationalen Vergleich erweist sich das deutsche Bildungssystem als rückständig. Die kulturelle Infrastruktur – von den großen Opernhäusern bis zu den kleinen Projekten – ist durch Streichungen bedroht. Das Gesundheitswesen bedarf dringend Reformen. Immer wieder werden giftige Substanzen in der Nahrungskette entdeckt. Bei der Altersvorsorge ist begonnen worden, das Solidarprinzip (gemeinsame Finanzierung durch »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber«) aufzuheben, sie kann nur gesichert werden durch die permanente Mehrbelastung der privaten Haushalte der Lohnabhängigen.

Daß sich diese Probleme bündeln, ist teilweise durch mangelnde Kreativität und Fehlentscheidungen der politischen Eliten in Deutschland bedingt. Aber insgesamt handelt es sich um ungelöste Folgeprobleme umfassenderer gesellschaftlicher Umbauprozesse. Im Zusammenhang mit revolutionären technologischen Entwicklungen (von den Informations- und Kommunikationstechnologien bis zur Gentechnik) sind Konzentrationsprozesse des Kapitals, ein Umbau der wirtschaftlichen Strukturen und Strukturveränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und damit zugleich neue Widersprüche in Gang gesetzt, die mit objektiver Notwendigkeit der Lösung bedürfen. In der Politik dominieren neoliberale Konzepte. Interessant ist, daß es darüber in der Öffentlichkeit keine Diskussion und keine politische Auseinandersetzung gibt. Im politischen Alltag regiert die »Stückwerktechnologie«.

In der Politik hat sich Karl R. Poppers Konzept des »piecemeal engeneering« durchgesetzt. (Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Tübingen 1992)

Daran hat sich auch in vier Jahren Regierung von SPD und Grünen wenig bis nichts geändert. Der Gegensatz von anhaltendem Reformstau und regierungsamtlicher Erfolgshetorik hat in Teilen der Öffentlichkeit den Begriff sozial orientierter Reformprojekte überhaupt gründlich diskreditiert.

Deshalb sah es bis zum Juli so aus, als würden sich CDU/CSU als stärkste politische Kraft erweisen können, sie lagen zu diesem Zeitpunkt deutlich vor der SPD. Zwischen Mitte August und Mitte September aber veränderte sich das Kräfteverhältnis. Mit hoher Intensität wie bei keiner Wahl zuvor hat die Meinungsforschung in Deutschland die Phase des Wahlkampfes analytisch begleitet. Aus diesem Material läßt sich rekonstruieren, wie sich die Stimmungslage im Lande gestaltet hat.

Große Aufmerksamkeit erregten der Rücktritt von Gregor Gysi von seinen Ämtern als Wirtschaftssenator und Bürgermeister in

Berlin im Zusammenhang mit der »Bonusmeilen-Affäre« und seine Erklärung, sich überhaupt aus der Politik zurückziehen zu wollen. Die Meinungen dazu waren in der Öffentlichkeit gespalten.

Meinungen zur Bonusmeilen-Affäre und zum Rücktritt von Gregor Gysi und seinem Rückzug aus der Politik

Prozent zeilenweise

	ja	nein	k. A.
Rücktritt angemessen	47	48	5
Affäre ist Wahlkampf	61	32	7
Rückzug bedauern	48	46	7

Fast zwei Drittel waren ohnehin der Meinung, daß es sich bei der Affäre um Wahlkampfaktik handelte. Knapp die Hälfte hielt den Rücktritt für angemessen, die andere Hälfte sah darin keine angemessene Reaktion. Ebenfalls knapp die Hälfte bedauerte seinen Rückzug aus der Politik. Im Osten und vor allem im Umfeld der PDS war die Stimmung noch deutlich positiver für Gysi.

Zum Gysi-Rücktritt waren die Meinungen gespalten.

Ein weiteres gewichtiges Thema in dieser Phase des Wahlkampfes war der Krieg in Afghanistan und die Kriegsbeteiligung und andere Auslandseinsätze von Angehörigen der Bundeswehr. Durch die öffentlichen Erklärungen des Bundeskanzlers und anderer Politiker der SPD und der Grünen gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak wurde zum einen seitens der Regierungsparteien eine Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung hergestellt, obwohl der Anteil derer sehr hoch war, die diese Erklärung vor allem für Wahlkampfaktik hielten. Zum anderen wurde dieses Thema damit faktisch an den Rand gedrängt und verschwand aus der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

Ausgewählte Themen in der öffentlichen Meinung

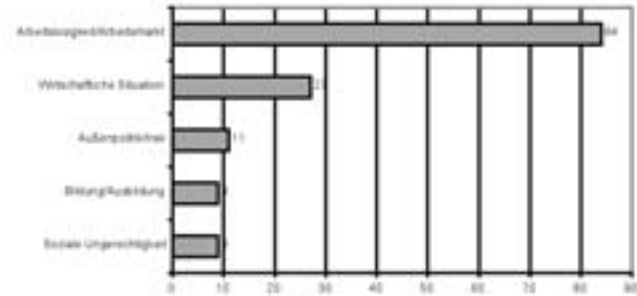
Prozent zeilenweise

	ja	nein	k. A.
Ablehnung deutscher Beteiligung bei Krieg gegen Irak	71	26	3
Ablehnung der Kriegsbeteiligung ist Wahlkampfaktik	58	38	4
Finanzierung Hochwasserfolgen über Steuern	54	40	6
wirtschaftlicher Aufschwung kommt	28	71	1
Zuwanderung ein gutes Wahlkampfthema	39	55	6
Rot-Grün mit Hilfe der PDS statt große Koalition	23	71	7

Das Hochwasser hat über Wochen hinweg die öffentliche Meinung dominiert, es war eine Katastrophen-Serie als Real-TV. Zunehmend wandte sich dann jedoch die Aufmerksamkeit der Frage zu, wie die Folgen des Hochwassers zu finanzieren sind. Mit der Aussage, dazu die Steuerreform aufzuschieben, damit im nächsten Jahr höhere Einkommensteuern zu erzielen als geplant, sowie die Körperschaftsteuer anzuheben, war auch dieses Thema aus der öffentlichen Debatte.

Wichtigste Probleme

Prozent



Quelle: infratest dimap

Der Versuch der CDU/CSU, mit dem Thema der Zuwanderung wieder stärkere Aufmerksamkeit zu erreichen, war kaum von Erfolg gekrönt. Die PDS rückte vor allem im Zusammenhang mit der Koalitionsfrage wieder in die öffentliche Wahrnehmung und nicht mit politischen Inhalten und Projekten.

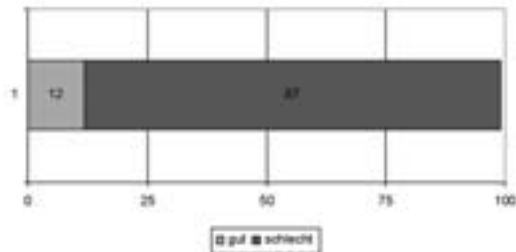
Die Stimmungslage veränderte sich.

Damit war die Stimmungslage in der Gesellschaft in den Wochen vor den Wahlen insgesamt widersprüchlich. In der Problemwahrnehmung hatten Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Situation deutliche Priorität, andere Problemkomplexe erschienen diesen gegenüber deutlich nachgeordnet. Das betraf auch die Probleme der Bildung und der sozialen Ungerechtigkeit.

Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Prozent

Wirtschaftliche Lage



Erwartungen der künftigen wirtschaftlichen Lage



Quelle: infratest dimap

Aber auch bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage selbst sind Widersprüche nicht zu übersehen. Während eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent die aktuelle Lage als schlecht betrachtete und nur 12 Prozent sie für gut hielten, wurden die Zukunftsaussichten deutlich optimistischer gesehen. 42 Prozent erwarteten eine Verbesserung, weitere 36 Prozent meinten, sie bliebe gleich, und nur 17 Prozent rechneten mit einer Verschlechterung.

Diese Stimmungslage mit der deutlichen Prioritätensetzung auf Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung bildete den Hintergrund für den Lagerwahlkampf und seine Individualisierung: CDU/CSU und FDP mit Stoiber hier und SPD und Grüne mit Schröder da. Die PDS kam in dieser Konstellation nicht vor, wenn auch 29 Prozent der Wahlberechtigten dafür waren, daß sich Schröder auch mit ihren Stimmen zum Bundeskanzler wählen lassen könnte.

Wie aus dieser Stimmungslage heraus die Wahlen letztlich ausgegangen sind, hängt auch mit den Kompetenzen zusammen, die den Parteien in der öffentlichen Meinung zugeschrieben werden.

In Wirtschaftsfragen und bei der Arbeitsmarktpolitik werden CDU/CSU am relativ häufigsten als kompetent angesehen, das sichert ihnen starke Positionen, aber das allein macht es offensichtlich auch nicht. Die Grünen gelten wie immer als kompetent für Umweltpolitik, aber mit Verbraucherschutz ist ein weiteres profilbestimmendes Kompetenzfeld hinzugekommen. Auf den meisten Gebieten liegt die SPD vorn. Das kann gedeutet werden, daß auch die Breite der politischen Handlungskompetenzen eine Rolle spielt. Vor allem – und das hat wesentlich zum Ergebnis beigetragen – gilt die SPD als kompetent für die Lösung von Zukunftsproblemen.

Kompetenzen der Parteien.

Kompetenzen der Parteien

Prozent zeilenweise

Auswahl	SPD	CDU/CSU	B90/G	FDP	PDS	keine
Wirtschaftsstandort	30	50	2	2	1	4
Arbeitsplätze	38	41	1	4	1	10
soziale Gerechtigkeit	52	25	5	4	5	4
gute Familienpolitik	46	31	8	4	2	3
gute Steuerpolitik	42	34	1	9	1	6
gute Gesundheitspolitik	37	31	8	5	2	8
gute Umweltpolitik	14	15	60	2	1	2
Verbraucherschutz	30	21	32	3	1	2
Zukunftsprobleme lösen	39	34	3	4	1	9

Quelle: *infratest dimap*

Der PDS werden nur geringe Kompetenzen zugeschrieben. Allenfalls wird sie noch mit sozialer Gerechtigkeit in Zusammenhang gebracht, aber auch diese 5 Prozent liegen deutlich unter früher gemessenen Werten. Vor allem gilt sie kaum als Partei mit Kompetenzen für die Lösung von Zukunftsproblemen. Nicht einmal die Mehrheit der eigenen Wählerinnen und Wähler setzt die PDS in Beziehung zu Zukunftserwartungen, -plänen und -ängsten.

Auch die Sichtweise auf Personen, ihre öffentliche Bewertung, spielt eine Rolle. Auffällig ist, daß Politiker der Grünen (Fischer, Künast) und der SPD (Schily und Schröder) in der Zufriedenheit der Öffentlichkeit (zum Teil deutlich) vor dem Personal von CDU/CSU und FDP rangieren.

Aber während mit den am kritischsten bewerteten Politiker der SPD (Müller und Riester) immerhin noch ein Drittel zufrieden ist, sind es nur 14 Prozent, die sich zufrieden mit PDS-Politikern äußern.

Auch die Zuspitzung auf die Spitzenkandidaten hat zum Wahlausgang beigetragen. 65 Prozent halten Gerhard Schröder für einen guten Bundeskanzler, seine Akzeptanz geht also weit über die Wählerschaft der SPD hinaus. 58 Prozent würden Gerhard Schröder direkt zum Bundeskanzler wählen, wenn das möglich wäre, Edmund Stoiber nur 34 Prozent.

In den letzten Wochen des Wahlkampfes holte die SPD nicht nur auf, sie lag nach den Umfrageergebnissen vor CDU/CSU. Die Grünen konnten sich in dieser zeitlichen Entwicklung verbessern, für die FDP zeichneten sich Rückgänge ab. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Rücktritt von Gregor Gysi rutschte die PDS unter die 5 Prozent. Im September sah es so aus, als könne sie sich leicht erholen, aber die ermittelten Werte lagen zu keinem Zeitpunkt mit der vollen Schwankungsbreite der Irrtumswahrscheinlichkeit über 5 Prozent.

Für die PDS gibt es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Schritt von Gregor Gysi und einem deutlichen Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Dessen Rücktritt wirkte gleichsam als Initialzündung für den Niedergang der PDS. Daß es bis zu den Wahlen dabei blieb, hängt zum einen mit Prioritäten in der Stimmungslage und sicher auch mit dem Lagerwahlkampf zusammen, wodurch die PDS an den Rand gerückt wurde, aber zum anderen auch mit der Wahrnehmung ihrer politischen Substanz. Der PDS wurden in den letzten Wochen vor den Wahlen nur in sehr geringem Umfang Kompetenzen zugeschrieben, und auch ihr Personal wurde wenig wahrgenommen. Die Konstellationsfrage wurde zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zur Sprache gebracht, nämlich als die SPD ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis bereits deutlich hatte wieder verbessern können. Mit politischen Themen und Positionen konnte die PDS kaum in die Öffentlichkeit kommen. Nach dem Rücktritt von Gysi entstand von der PDS ein unklares Bild, es zeigte sich, daß ein politisches Profil der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden konnte. Hinzu kam verstärkend, daß Meinungsverschiedenheiten und innerparteiliche Querelen öffentlich wurden und damit das häßliche Bild der »SED-Nachfolgepartei« wieder stärker Nahrung erhielt. Wenn das richtig ist, dann bedeutet es, daß die PDS vor allem an ihrer politischen Kultur arbeiten muß.

Der Anteil der Unentschlossenen, das heißt derer, die nicht wußten oder nicht angaben, ob und welche Partei sie wählen werden, blieb die ganze Zeit über ungewöhnlich hoch. Er lag zwischen 18 und 20 Prozent, vier Tage vor der Wahl betrug dieser Anteil immer noch 16 Prozent der Wahlberechtigten.

Diese Tendenzen insgesamt waren für das Abschneiden der PDS von ausschlaggebender Bedeutung. Die Zuwächse für SPD und Grüne gingen damit einher, daß die PDS an diese Parteien Wähler

»Schon wenige Tage nach der Verlautbarung des endgültigen Wahlergebnisses wurden Stimmen laut, die den Bedeutungsverlust der linkssozialistischen PDS in der deutschen Politik bedauern. Die Politik der Bundesrepublik ist ärmer geworden. Vor allem: Sie ist trotz der prolongierten rot-grünen Koalition nach rechts gerückt.«
(Walter Baier in:
Volksstimme vom
26. September 2002)

verlor – an die SPD im Osten, an die Grünen im Westen. Ausschlaggebend war schließlich, daß es der PDS nicht gelang, aus dem Teil der zuvor Unentschlossenen, die dann doch zur Wahl gingen (insgesamt etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten), für sich Wähler zu mobilisieren.

Die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen zeigen sich detailliert in den Wählerwanderungen

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Wählerströme. Die Zahlen in den Spalten geben Auskunft über das Wahlverhalten der Wählerschaften der Parteien von 1998 bei den diesjährigen Wahlen. Die Zeilen informieren darüber, aus welchen Potentialen sich die aktuelle Wählerschaft rekrutiert. Abweichungen vom amtlichen Endergebnis resultieren aus Rundungen.

Wählerwanderungen

Wählerwanderung 1998-2002 in Tausend

1998 2002	SPD	CDU	B90/G	FDP	PDS	andere	Nicht- wähler	Erst- wähler	Zuge- zogene	Summe
SPD	13.470	870	570	270	510	320	1.340	920	210	18.480
CDU	1.990	12.690	150	830	90	480	1.450	670	120	18.470
B90/G	1.070	150	1.960	130	100	100	240	270	60	4.080
FDP	610	810	70	1.270	40	140	330	210	40	3.520
PDS	220	40	100	20	1.220	50	130	90	20	1.890
andere	190	170	40	40	30	730	130	110	20	1.460
Nichtwähler	1.400	1.260	300	320	390	930	7.220	1.010	570	13.400
Gestorbene	1.100	1.210	80	188	130	110	460	0	0	3.270
Weggezogene	120	100	30	20	30	30	130	0	0	460
Summe	20.170	17.300	3.300	3.080	2.540	2.890	11.430	3.280	1.040	65.030

Quelle: infratest dimap

Von den reichlich 2,5 Millionen Wählerinnen und Wählern, die die PDS 1998 hatte, haben sie 1,2 Millionen auch bei diesen Wahlen wieder gewählt. Das ist eine Wiederwahlquote von 48 Prozent. 1998 hatte die PDS eine Wiederwahlquote von 65 Prozent, sie hatte damit den größten Stammwähleranteil von allen Parteien. In diesem Jahr ist sie deutlich hinter die CDU/CSU mit einer Wiederwahlquote von 73 Prozent, die SPD mit 67 Prozent und die Grünen mit 59 Prozent zurückgefallen. Sie kann zwar auch Zuwanderungen verzeichnen, aber in den meisten Positionen bleibt der dadurch erreichte Gewinn hinter den Verlusten zurück.

1998 hatte die PDS ein positives Wanderungssaldo zu den Parteien, nur zu den sonstigen Parteien gab es einen Verlust. Für die Wahlen vom 22. September 2002 hat die PDS nahezu durchweg Verluste zu verzeichnen.

Zu den Parteien gibt es die größten Verluste der PDS gegenüber der SPD, 1998 hatte sie noch einen Wanderungsgewinn von 80 000, jetzt ist es ein Verlust von 290 000. Auch von der CDU gab es 1998 noch einen Wanderungsgewinn von 90 000, jetzt wurden an sie 50 000 verloren. Selbst an die FDP, von der 1998 noch 10 000

gewonnen worden waren, gibt es jetzt einen Verlust von 20 000. Gegenüber den Grünen, von denen es 1998 noch einen Gewinn von 40 000 gegeben hatte, ist das Saldo diesmal ausgeglichen. An die sonstigen Parteien waren 1998 noch im Saldo 50 000 verloren worden, 2002 gibt es einen Gewinn von 20 000.

1998 war es der PDS noch gelungen, 190 000 vorherige Nichtwähler mehr für sich zu gewinnen, als aus ihrer vorherigen Wählerschaft damals den Wahlen ferngeblieben waren. In diesem Jahr gibt es unter dem Strich einen Verlust von 260 000, 390 000 PDS-Wähler von 1998 haben in diesem Jahr nicht gewählt. Dem stehen 130 000 gegenüber, die 1998 nicht gewählt hatten und sich nun für die PDS entschieden. 1998 war die Bilanz zwischen Gestorbenen und Erstwählern noch positiv, es gab 60 000 mehr Erstwählerstimmen als Verluste durch Todesfälle. Auch dieses Saldo ist in diesem Jahr negativ, der Verlust beträgt 40 000. Die PDS hat damit den niedrigsten Erstwähleranteil aller Parteien, selbst die sonstigen Parteien liegen insgesamt darüber, etwa ein Drittel der Erstwähler hat sich nicht an der Wahl beteiligt.

Stimmensplitting

Salden Wählerwanderung der PDS 1998-2002

in Tausend

	Saldo 1998	Saldo 2002
SPD	80	-290
CDU	90	-50
B90/G	40	0
FDP	10	-20
sonstige Parteien	-50	20
Nichtwähler	190	-260
Gestorbene/Erstwähler	60	-40
Weggezogene	10	-10
Summe	430	-650

Quelle: infratest dimap

»Schon im Vorfeld der Wahl prognostizierte der parteilose hessische Schriftsteller Gerhard Zwerenz, der in diesem Wahlkreis PDS-Wahlkampf machte, ein solches Ergebnis. Wo sind die Visionen, wo ist analytisches Denken und wo ist eine klare sozialistische Aussage, wo sind Kandidaten mit Charisma, fragte er.« (Claudius Plawe in: UZ vom 4. Oktober 2002)

Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen der PDS

Ausgewählte Wahlkreise	Differenz
Märkisch-Oderland	-6.777
Potsdam – Potsdam-Mittelmark	-12.926
Halle	-7.159
Berlin-Pankow	-9.894
Berlin-Treptow	-9.746
Berlin-Marzahn – Hellersdorf	-14.558
Berlin-Lichtenberg	-14.699
Leipzig II	-8.082
Dresden I	-5.048
Gera – Saale-Holzland	-5.996
Suhl – Schmalkalden	-9.747

Quelle: Amtliches Endergebnis

1998 hatte die PDS rund 100 000 Zweitstimmen mehr, als sie Erststimmen hatte. Bei den Wahlen diesen Jahres hat die PDS knapp 163 000 mehr Erststimmen erhalten. Im Unterschied zu 1998, wo es sich vor allem um zusätzliche Stimmen für die Direktkandidaten gehandelt hat, sind die Differenzen von diesem Jahr als Verluste zu charakterisieren, Stimmen für Einzelkandidaten sind bei der Listenvwahl zu anderen Parteien geflossen. Die Zahlen für ausgewählte Wahlkreise mit bekannten und/oder aussichtsreichen PDS-Kandidaten können das belegen.

Insgesamt haben 29 Prozent der PDS-Wähler ihre Stimme gesplittet, 22 Prozent zur SPD, 3 Prozent zu den Grünen und 4 Prozent zu den anderen Parteien.

Wie bei Vorwahlen hat die PDS auch bei den Bundestagswahlen vom 22. September Wählerinnen und Wähler in allen Gruppen der Bevölkerung gefunden. In einigen Gruppen hat sie jedoch besonders stark verloren.

Bei der Untersuchung sozialer Aspekte muß zunächst noch einmal auf die oben erwähnte Wiederwahlquote von 48 Prozent zurückgekommen werden. Sie bedeutet, daß *nicht einmal jeder zweite Wähler* von 1998 bei diesen Wahlen wieder die PDS gewählt hat. Die Verluste betreffen somit in erster Linie Stammwähler. Daß die PDS Stammwähler verlieren wird, war auch aus den Analysen vor den Wahlen ersichtlich. Darunter sind Männer und Frauen, sie kommen aus allen Altersgruppen, überdurchschnittlich häufig aber aus der älteren Gruppe, und es gibt einen hohen Anteil an Berufstätigen.

Regionale Vergleiche verweisen auf weitere Aspekte der Verluste der PDS. Sie verliert vor allem in den Siedlungstypen im Osten, in denen sie bisher am stärksten war, in großstädtischen Wahlkreisen und daneben auch in größeren bis mittleren Städten. Es handelt sich dabei um die früheren Bezirks- und Kreisstädte der DDR, in denen die frühere Dienstklasse der DDR (Mitarbeiter der staatlichen Organe und Verwaltungen, leitende Angestellte) lebt, deren Angehörige sich in den neunziger Jahren mit der PDS verbunden fühlten. Man kann daraus schlußfolgern, daß die PDS für diesen Teil der Bevölkerung, ihre Nachkommen und ihre Umfelder an Attraktivität verloren hat.

Auffälligkeiten
bei Stimmenverlusten.

Verluste der PDS in großstädtischen Wahlkreisen

Prozent

	Anzahl	Prozent
Berlin-Pankow	-6.859	-5,1
Berlin-Marzahn – Hellersdorf	-13.064	-5,3
Rostock	-16.312	-10,3
Potsdam – Potsdam-Mittelm.	-7.065	-5,5
Magdeburg	-15.678	-8,6
Dresden I	-12.919	-5,0
Chemnitz	-13.326	-4,7
Erfurt	-10.503	-6,7

Quelle: Amtliches Endergebnis

Die PDS hat darüber hinaus vor allem in Gruppen am stärksten verloren, die aus Erkenntnissen von Vorwahlen und aus Analysen als wichtige Zielgruppen für sozialistische Politik anzusehen sind: bei jungen Leuten, bei in Ausbildung Befindlichen, besonders bei jungen Frauen, bei höher Gebildeten, bei Angestellten generell, bei Selbständigen, bei Arbeitslosen und bei Menschen ohne kirchlichen Bindung. Man kann daraus schlußfolgern, daß sich damit Entwicklungen der letzten Jahre, in denen es der PDS zu gelingen schien, in die jungen, dynamischen und kreativen Potentiale der Gesellschaft vorzudringen, wieder umgekehrt haben.

Verluste der PDS in ausgewählten Gruppen

Prozent

1998-2002

18-24 Jahre	-3
Frauen 18-24 Jahre	-4
Frauen 25-34 Jahre	-2
Frauen 35-44 Jahre	-2
hohe Bildung	-2
Angestellte	-2
Selbständige	-2
Arbeitslose	-3
in Ausbildung	-3
konfessionslos	-4

Quelle: *infratest dimap*

»Die Niederlage hat die Parteiführung insgesamt zu verantworten. Wir haben sicher nicht zu wenig gekämpft, aber vielleicht zu viel miteinander. (Gabriele Zimmer in: *Neues Deutschland* vom 25. September 2002)

Die PDS hat auch in der Landschaft der sozialen Strukturen und der soziokulturellen Milieus flächendeckend verloren. Besonders groß sind die Verluste in folgenden Gruppen.

- Frauen: Schon vor den Wahlen war deutlich, daß es der PDS diesmal schlechter als in Vorwahlen gelingt, Frauen zu mobilisieren, einen mit 1998 vergleichbaren Mobilisierungseffekt in den letzten Tagen hat es diesmal nicht gegeben.

- Erstwähler und Jungwähler: Es ist bei diesen Wahlen der PDS nicht gelungen, für Erstwähler und junge Wähler interessant und attraktiv zu sein. Der Anteil dieser Wählerinnen und Wähler ist so niedrig wie noch nie zuvor und liegt weit unter dem der anderen Parteien.

- Junge, dynamische, qualifizierte Menschen (moderne Produzenten und Dienstleister): Das sind die Zukunftsgruppen, die die PDS im Osten und im Westen braucht, bei denen sie auch bis in den Sommer hinein schon begonnen hatte, Einfluß zu bekommen. Aber der ist in den letzten zwei Monaten vor den Wahlen wieder verlorengegangen.

- Menschen mit DDR-Biographie: Dieses Wählerreservoir wird schon aus natürlichen Gründen kleiner. Es gibt Anzeichen dafür, daß diesmal aber vor allem Angehörige der ehemaligen Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld sich von der PDS abgewandt haben. Die PDS verliert ihr Umfeld als Nachfolgepartei.

Die PDS hat in den Potentialen verloren, auf die sie sich bisher stützen konnte, das hat sie auf vier Prozent gebracht. Sie hat in erreichbaren neuen Wählerpotentialen nicht hinreichend viele mobilisieren können, um das auszugleichen, deshalb ist sie bei vier Prozent geblieben.

An der Gemengelage der Probleme und Konflikte in der Gesellschaft haben die Wahlen nichts verändert. SPD und Grüne haben die Wahlen kaum deshalb gewonnen, weil ihnen die Lösung der Probleme zugetraut wird, sondern weil Mehrheiten glaubten, daß sich eine solche Regierung mit etwas größerer Behutsamkeit zu ihnen verhalten werde. Für eine wirklich sozial orientierte Reformpolitik hätte es einer linken Opposition bedurft, zwei Einzelabgeordnete werden das schwerlich leisten können. Mit allen Parteien werden in der Öffentlichkeit gleichsam Markenzeichen assoziiert; die SPD steht für sozialen Frieden, die CDU für Wirtschaftskompetenz, die Grünen für Ökologie und die FDP für liberale Modernisierung. Die PDS hat für eine breitere Öffentlichkeit ein solches Markenzeichen bisher nicht ausprägen können. Es bedarf programmatischer und strategischer Arbeit, um klar stellen zu können, für welche Optionen von Gesellschaftsgestaltung sozialistische Politik steht. An der PDS ist es, den durchaus nicht wenigen Menschen mit gesellschaftskritischen Positionen eine Vorstellung zu vermitteln, wie sich sozialistische Politik den gesellschaftlichen Problemen stellen wird, wie sich sozialistische Politik zu den Lebensplänen und Zukunftsängsten dieser Menschen verhält. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, an der eigenen politischen Kultur zu arbeiten.

Nach den Wahlen und auf dem Geraer Parteitag hat die PDS in der Öffentlichkeit wieder das Bild geboten, sich vor allem mit sich selbst und mit internen Grabenkämpfen zu beschäftigen, traditionelle Argumentationsmuster wurden dabei wieder hervorgeholt. Die Konsequenzen sind absehbar: Nach aktuellen Umfragen setzt sich der Niedergang der PDS fort.

Wenn es richtig ist, daß diese Gesellschaft eine linke Partei braucht und die PDS sich dafür qualifizieren will, diese Aufgabe wahrzunehmen, dann muß sie sich konsequent und aktuell mit den Problemen dieser Gesellschaft auseinandersetzen, sie muß sich den gesellschaftskritischen Kräften öffnen und auf sie zugehen, nicht mit der Arroganz der professionellen Weltverbesserer, sondern um den Diskurs zu suchen und zu lernen. Wenn sozialistische Politik deutlich machen kann, daß sie für emanzipatorische Alternativen zur »Stückwerktechnologie« der verschiedenen Varianten der Umsetzung im Kern neoliberaler Konzepte steht, dann hat sie eine Chance.

An Programmatik und politischer Kultur arbeiten.

»Die Niederlagen der PDS bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wären reparabel und verkraftbar gewesen, ihr Geraer Parteitag wohl kaum.«

(Gregor Gysi in: *Neues Deutschland* vom 16. Oktober 2002)

HANS THIE

Zukunftsprojekte aus der Vergangenheit

Über die selbst verschuldete Unmündigkeit
der Linken und ihre mögliche Rückkehr
in die politische Arena

Kann man überhaupt sinnhaft und anregend, also mit Gewinn und Genuß, über die Perspektive der Linken in der Bundesrepublik Deutschland schreiben? Im Moment wahrscheinlich nicht. Die aktuelle Situation derjenigen, die über die Verwaltung des Status quo hinauskommen und sich den sozialen und ökologischen Zeitbomben der Gegenwart zuwenden wollen, ist eher unerfreulich. Das gilt gleichermaßen für die PDS, für die letzten Mohikaner in der SPD und ebenso für die linken Grünen. Sie alle spielen in der Politik dieser Republik wie auch im öffentlichen Diskurs gegenwärtig bestenfalls eine marginale Rolle. Und das hat auch seinen guten Grund, behaupten die wirtschaftsliberalen Modernisierer: Die Linke ist in ihrer Diagnose und in ihrer Therapie ein Phänomen von gestern, unfähig, das subtile Gefüge der heutigen Gesellschaften zu erkennen und noch weniger in der Lage, darauf mit angemessenen Rezepten zu antworten.

Auf diesen Vorwurf reagieren Sozialisten meist mit einer Mischung aus Beschwichtigung, Anklage und Forderung: Man wisse schon, daß die Gesellschaft von heute eine andere ist als vor hundert Jahren, aber sie sei immer noch zutiefst veränderungsbedürftig und müsse in nahezu jeder Hinsicht neu gestaltet werden. Nach welcher Vision aber zu gestalten wäre, darüber schweigt die Linke beharrlich. Weil sie kein Zukunftsbild hat, kann sie nur klagen und anklagen: Die Welt soll friedlicher, gerechter, sozialer und nachhaltiger werden. Der Staat soll regulierend eingreifen, um diesen Zielen näher zu kommen.

Daß solche Forderungen ihren Sinn haben, ist kaum zu bestreiten, weil die Schwachen den Schutz des Gesetzes und die helfende Hand des Staates brauchen. Was aber fast immer fehlt, ist der Entwurf für das Neue, die Position, die der Negation erst ihre Kraft verleiht und ihr – wenn man so sagen darf – einen Zug der Befreiung, der Emanzipation, vielleicht sogar der Lust verleiht. Wer den Verdacht, der Vergangenheit und dem Allheilmittel Staat verhaftet zu sein, glaubwürdig kontern und selbst wieder in die Offensive kommen will, muß ein *eigenes* Zukunftsprojekt präsentieren. Daran aber mangelt es allerorten. Dieses Eingeständnis wäre vielleicht der erste Schritt der Besserung.

Es gibt ein einfaches, man könnte fast sagen empirisches Experiment, um die Perspektiven der Linken zu testen. Als Redakteur des *Freitag* habe ich vor einiger Zeit versucht, Professor Rudolf Hickel in ein solches Experiment zu verwickeln: »Herr Hickel, lassen wir

Hans Thie – Jg. 1957;
Dr. oec., freischaffender
Publizist.

doch mal den üblichen, von außen argumentierenden Standpunkt der Kritik beiseite und begeben uns voll und ganz in die Verantwortung. Sie setzen sich auf den Stuhl von Wim Duisenberg und bestimmen zusammen mit anderen linken Ökonomen, die ebenfalls in den Rat der Europäischen Zentralbank berufen worden sind, die europäische Geldpolitik. Sie haben nun die Möglichkeit, die politische, institutionelle und instrumentelle Unabhängigkeit der Notenbank zu nutzen, um eigene Prioritäten durchzusetzen.« So in etwa lautete meine Aufforderung an Hickel, als wir über den Inhalt eines längeren Zeitungstextes sprachen. Nun zählt Rudolf Hickel sicherlich zu den Ökonomen, die sich seit Jahren vergleichsweise konkret um wirtschaftspolitische Alternativen bemühen. Er hätte also prädestiniert sein sollen, dieses Experiment erfolgreich zu bestehen. Dennoch scheiterte es. Als gestandener Finanzökonom mit Blick für die wirtschaftspolitische Praxis hatte Hickel ohne Zweifel Wichtiges zu sagen, etwa, wie die Zinspolitik im Sinne von mehr Beschäftigung zu gestalten wäre. Aber mehr als einige Passagen über den veränderten Einsatz des einen oder anderen geldpolitischen Instruments kamen dann doch nicht dabei heraus, zumal der fertige Text immer wieder in die Haltung der äußeren Kritik zurückfiel.

Auf den ersten Blick scheiterte das Experiment, weil keine Bereitschaft bestand, sich voll und ganz auf den Standpunkt des Machens der Verhältnisse einzulassen. Das hatte sicherlich auch damit zu tun, daß Hickel die Anmaßung scheute, sich auf den Stuhl von Duisenberg zu setzen. Dahinter stand aber vermutlich auch ein anderes Problem: Dieser Standpunkt, also die Verantwortung ohne Wenn und Aber, war so noch nie in seiner ganzen Konsequenz durchdacht worden, und deshalb gab es für diesen Standpunkt letztlich auch keine schlüssige Konzeption.

Kurz vor der Bundestagswahl habe ich dieses Experiment mit einer anderen Person wiederholt. Gabi Zimmer wurde in einem Interview mit der utopischen Frage konfrontiert: Angenommen, die PDS erringt am 22. September 53 Prozent. Was wären die ersten Maßnahmen einer PDS-geführten Bundesregierung? Gabi Zimmer: »Auf jeden Fall würde diese Regierung für die Bundesrepublik den noch geltenden Bündnisfall der NATO aufkündigen. Das Zweite wäre die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes und die drastische Reduzierung der Überstunden. Das Dritte wäre, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden kann«. Frage: Eine solche Regierung würde nicht Kurs auf sozialistische Verhältnisse nehmen? Gabi Zimmer: »Das wäre wohl kaum möglich.« Frage: Aber wenn der Souverän so entscheidet? Gabi Zimmer: »Eine Insel der Glückseligen in Europa oder weltweit wird es nicht geben, wir wären ja nach wie vor in der NATO und hätten diverse andere Verpflichtungen. Man kann nicht ein System sozusagen über Nacht durch ein anderes System ersetzen. Es ist eben utopisch.«

Bei Gabi Zimmer also das gleiche Bild: Statt Visionen zu konkretisieren, greift sie in den Handwerkskasten politischer Instrumente und wagt nicht einmal, über den Augenblick hinauszudenken.

Mit den beiden Beispielen geht es mir nicht darum, die strategischen Fähigkeiten der beiden Gesprächspartner zu bewerten. Es geht

um etwas anderes: Die beiden Beispiele illustrieren den Mangel an kreativer Utopie, an realistischer Vision, die über die Handhabung des einen oder anderen politischen Hebels hinausgeht. Man könnte an dieser Stelle einwenden, es handele sich in beiden Fällen ja nicht um wirkliche Experimente, sondern nur um gedankliche. Kritisieren könnte man auch, daß weder der Prozeß des Erlangens von mehr Macht und Einfluß noch die unausweichlichen Reaktionen des Establishments in der Gedankenübung auftreten. Ebenso wäre zu beklagen, daß der Test von vornherein undemokratisch, geradezu als Planspiel für Manager angelegt ist, weil er gesellschaftliche Veränderung als Aufgabe einzelner Personen oder Institutionen definiert, die an Stelle der Menschen handeln.

Die Einwände sind selbstredend allesamt zutreffend. Nur darum ging es nicht, sondern ausschließlich darum, die konzeptionelle Kraft der Linken zu testen, zu sehen, inwieweit die Eingriffspunkte in der Gegenwart mit einer längerfristigen Perspektive verbunden werden. Vielleicht sollte man den Test nur auf Vorschläge beziehen, die sich explizit der Aufgabe stellen, eine Vision für die längere Frist zu entwickeln. Was leistet beispielsweise der Programmwurf der PDS, den André Brie, Michael Brie und Dieter Klein im vergangenen Jahr vorgelegt haben?

In diesem Papier wird durchgehend normativ argumentiert. Es wird gesagt, wie dieses und jenes sein soll. Beispiel Bildung: Entscheidend sei es, so wird geschrieben, Demokratisierung und Chancen für alle zu gewährleisten und privatwirtschaftliche Interessen an kurzfristig verwertbarer Bildung zurückzudrängen. Schön und gut – aber wie verhält man sich zu den Widersprüchen, die dem Bildungssektor genauso immanent sind wie anderen Bereichen, in denen es um öffentliche Güter geht? Demokratisierung versus Leistungsfähigkeit, Erneuerung versus Besitzstandswahrung, Durchlässigkeit versus Jobinteresse – zu all diesen Themen schweigt der Entwurf. Wer aber so umfassend Rechte und Zugangschancen formuliert, der muß auch Pflichten und Auswahlkriterien benennen, wenn er in programmatischen Debatten nicht nur wolkig, sondern handfest argumentieren will. Ebenso wenig ist ein Konzept zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu finden. Hätte die PDS die Chance, dieses Programm zu verwirklichen, dann würde sie sofort merken, daß es ohne gravierende Ergänzungen nicht finanzierbar ist. Denn der Fluchtpunkt dieses Programms ist ein steiler Anstieg der Steuerquote. Eine von realen Widersprüchen ausgehende Argumentation wird nur dort geboten, wo es um das Kapital als Fessel für das »eigentlich schon heute Mögliche« geht. Nur, was soll mit dieser Fessel passieren? Zerschneiden, wegwerfen, lockern, relativieren, etwas anderes an seine Stelle treten lassen? Man bleibt irgendwie ratlos zurück.

Zusammenfassend lautet mein Einwand: Dieser Programmwurf nimmt sich selbst nicht ernst. Er malt Wünschenswertes an die Wand und legt danach den Pinsel in die Ecke. Das Wünschenswerte müßte in seiner anzustrebenden Qualität verdeutlicht, vor allem aber auch in seinen Dimensionen bestimmt werden. Einander widersprechende Ansprüche wären abzuwägen. Auch der Prozeß der Durchsetzung eines solchen Programms wäre doch zumindest ansatzweise zu antizipieren. Ist es überhaupt denkbar, daß sich die Gemeinschaft

»Für uns ist sozialistische Politik eine Politik, die gleiche politische und soziale Möglichkeiten von Freiheit für jede und jeden schaffen will. Freiheit ist der Bezugspunkt dieser Politik. Gleichheit ist das Maß, das diese Politik an den Zugang zu den grundlegenden Freiheitsgütern anlegt. Ohne Gleichheit ist Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung. Und ohne die Schaffung der realen Bedingungen freier Selbstverwirklichung für jede und jeden ist jede Gleichheit Unterdrückung. Freiheit und Gleichheit haben eine gemeinsame Wurzel – Solidarität.«

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Entwurf, vorgelegt von André Brie, Michael Brie und Dieter Klein am 27. April 2001.

der Bürger so stark macht, daß sie die private Wirtschaft auf so umfassende Weise in die Pflicht nehmen kann, wenn sich an den Organisationsformen der Unternehmen und an den Machtquellen des Kapitals zunächst nichts Wesentliches ändert?

Nach der Bundestagswahl vom 22. September hat der Bündnisgrüne Wolfgang Ullmann – nicht hämisch, sondern aus Besorgnis – die PDS aufgefordert, doch nun endlich zu klären, was sie unter *demokratischem Sozialismus* verstehen will. Wie wichtig eine solche Klärung ist, hat sich auf dem Parteitag von Gera gezeigt. Gefangen in einer absurden Gegenüberstellung stand am Ende die Reinheit des eigenen Anspruchs gegen das Mitmachen im parlamentarischen System, das auch Kompromisse einschließt. Statt in eigener Souveränität schlüssige, visionäre, aber auch praxistaugliche Konzepte zu entwickeln und sich dann selbstbewußt zu fragen, unter welchen Bedingungen Koalitionen einzugehen sind oder nicht, auf welche Kernpunkte der eigenen Programmatik nicht verzichtet werden kann, hat sich die PDS auf das Glatteis einer abstrakten Diskussion begeben, die letztlich nur in der Bedeutungslosigkeit enden kann. Scheinbar gibt es hier eine Auseinandersetzung zwischen Mahnern und Machern. Aber abgesehen von einigen Nostalgikern, deren Leitbild sich in der Formel »DDR plus Westgeld plus Freiheit« erschöpft, sollte doch allen anderen klar sein, daß auf dem Boden dieser Bundesrepublik Deutschland der Streit um die Zukunft geführt werden muß.

In diesem entscheidenden Punkt haben aber weder die moralisierenden Ankläger noch die Pragmatiker viel zu bieten. Im Grunde lassen sich beide von der Vergangenheit inspirieren, nämlich vom goldenen Zeitalter des »Rheinischen Kapitalismus«, in dem es vieles Wünschenswerte schon einmal gab, wie etwa sozialen Ausgleich, Erweiterung der Bildungschancen und der demokratischen Rechte, starke öffentlich-rechtliche Medien, Aushandeln von Interessen statt Dominanz des Shareholder Value. Mit Blick auf diese gefährdeten Errungenschaften kommt immer wieder die Vorstellung auf, daß man verlassenes Terrain doch nur neu besetzen müsse. Für viele westdeutsche Altlinke sind die Zustände, die man damals negierte, unter der Hand zum positiven Gegenentwurf geworden und zur Interpretationsfolie für die Mängel der heutigen Zeit. Grundlage des parallelen Fortschritts von Freiheit und Gerechtigkeit war aber damals eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung, mit Wachstumsraten, die es noch nie gegeben hatte und wohl nie wieder geben wird. Und diese schöne Welt hatte einen gewaltigen Preis, den zunächst scheinbar niemand zahlen mußte und der auch heute immer wieder unterdrückt wird. Erst allmählich kam die Zerstörung der Umwelt und das zeitweilig überdeckte Desaster im Süden dieser Erde ins Bewußtsein.

Diese goldenene Zeitalter ist aber nicht nur materiell vorbei, sondern auch ideell. Im veröffentlichten Diskurs über gesellschaftliche Diagnosen und politische Therapien geben vor allem diejenigen den Ton an, die den Wirtschaftsbürger in den Mittelpunkt stellen, etwa nach dem Motto: Der einzelne Konsument oder Produzent weiß immer am besten selbst, was nützlich, effizient und damit gut und richtig ist. Selbst wenn die Liberalen als eigenständige politische

»Eine neuartige Formulierung von Sozialstaatlichkeit müßte Teilhaberrechte verfassungsmäßig gewährleisten, um einer weiteren zerstörerischen Parzellierung der Gesellschaft entgegenwirken zu können. Sollte in dieser Richtung nicht eine politisch präzise Definition von demokratischem Sozialismus als Verbindung von Freiheit und Gleichheit gegen die altkapitalistische (heute »neoliberal« genannte!) Aufhebung der Gleichheit zugunsten privatisierter Freiheit gefunden werden können, verbunden mit der Erfahrung, daß privatisierte Freiheit Willkür und genau jenes Chaos ist, für das die Entfremdung und der soziale Unfrieden der *global cities* stehen?«

Wolfgang Ullmann
in: *Freitag*, Nr. 40,
27. September 2002.

»Märkte, auf denen Beschränkungen herrschen, sind in jeder Gesellschaft die Norm, freie Märkte dagegen das Ergebnis von Planung und politischem Druck. Laissez-faire kann nur Resultat eines zentral und systematisch umgesetzten Willens sein... Demokratie und freier Markt sind keine Verbündeten, sondern Gegenspieler.«
John Gray: *Die falsche Verheißung*, Berlin 1999, S. 29 f.

Formation schwach sind – der Sieg des liberalen Standpunkts ist gleichwohl überwältigend und zeigt sich vor allem bei seinen ehemaligen Gegnern, die, ob sozialdemokratisch oder grün, zunächst den einzelnen Wirtschaftsbürger als Maß der Dinge setzen, bevor sie ihren letzten Rest sozialer und ökologischer Politik dazu geben oder es eben lassen.

Verglichen mit der Selbstgewißheit dieser neoliberalen Einheitsfront hat die Linke zur Zeit wenig zu bieten. Im Angesicht der vom Kapitalismus hervorgebrachten Hardware, die immer besser und immer billiger wird, bleibt sie stumm. Kommentiert sie den normalen Gang der bürgerlich-liberalen Welt, kommt fast immer ein Stottern heraus: Die Stimme kann nicht bewältigen, was gedanklich nicht zusammen paßt. Nur Unmenschlichkeit, Skandale, Kriege, soziale und ökologische Folgen kann die Linke noch kommunizieren. Ansonsten aber herrscht entweder Ratlosigkeit oder bestenfalls moralische Enttäuschung.

Die Linke wird erst dann wieder Perspektiven *in* der Gesellschaft haben, wenn sie selbst Perspektiven *für* diese Gesellschaft hat. Um diese Perspektiven zu gewinnen, sollte sich die Linke mit aller gedanklichen Konsequenz auf den Standpunkt begeben: Wir müssen diesen Laden übernehmen. Das scheint absurd und wäre, wenn überhaupt, nur in Koalitionen und mit Kompromissen möglich. Dennoch ist diese Haltung wichtig, weil erst mit ihr der nötige Ernst, die nötige Konsequenz und damit vielleicht auch die unabdingbare Streitlust in die Sache kommt. Nur so werden auch die Dimensionen der Aufgaben sichtbar, die zu lösen sind. Mit anderen Worten: Die Linke braucht eine Zukunftsdiskussion, die sich aus der Froschperspektive des nach oben schauenden Forderns, Verlangens und Wünschens befreit.

Von den vielen Nüssen, die in dieser Diskussion zu knacken sind, ist die Wirtschaft sicherlich die härteste. Bisher beschränkt sich die Linke darauf, den privaten Unternehmen mit Argwohn zu begegnen und ihnen äußerlich Ziele vor die Nase zu halten. Die Wirtschaft soll gerecht, nachhaltig und – meist als nachgeordnetes Kriterium genannt – effizient sein und in den Dienst einer freien, kulturvollen und solidarischen Gesellschaft gestellt werden. In der Tat ist das Zurückholen verselbständigter Wirtschaftskreisläufe, die Wiedereinbettung des Ökonomischen in die Gesellschaft eine der wichtigsten Angelegenheiten der Zukunft. Wie aber soll die Wirtschaft, die, mit Geld als ihrem Medium und Profit als ihrem Ziel, in materieller Hinsicht notwendigerweise blind ist, Prioritäten verwirklichen, die ihr von außen gesetzt werden?

Die klassischen Instrumente sind staatliche Sanktionen und Gratifikationen, also Ordnungspolitik, Steuerpolitik und Wirtschaftsförderung. Mit wenigen Ausnahmen, wie etwa der *Wertschöpfungsabgabe*, gibt es in diesen Handlungsfeldern aber kaum Ideen der Linken, die sich qualitativ von den herkömmlichen Sichtweisen abheben. Bislang sind bestenfalls graduelle Unterschiede zu erkennen. Die Linke verlangt einen kräftigeren Einsatz regulativer Instrumente und die Beseitigung rechtsfreier Räume im internationalen Geschäft. So gesehen, verlangt die Linke die volle Durchsetzung und partielle Ergänzung des jeweiligen Ordnungs- und Rechtsrahmens, ohne An-

sehen von Person und Unternehmensgröße. Der Standpunkt der Linken ist also die durch und durch faire bürgerliche Gesellschaft.

Selbstverständlich muß und kann Politik immer nur an dem ansetzen, was sie vorfindet. Dennoch: Angesichts der Größe der Aufgaben wird die herkömmliche Problembeschreibung und das darauf bezogene, herkömmliche Instrumentarium wohl nicht reichen. Denn was hätten wir gewonnen, wenn die Grundsätze fairer Besteuerung durchgesetzt, die Schutzfunktionen des Staates realisiert und die Chancengleichheit weitgehend Wirklichkeit wäre? Wir hätten eine Bundesrepublik, die wieder etwas sozialer, etwas gemütlicher, etwas zivilisierter geworden wäre. Aber noch längst nicht hätten wir ein Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung gegenüber der Natur und gegenüber den Menschen in den anderen Teilen dieser Welt wirklich stellt.

Die Perspektive müßte also geweitet werden. Warum sollte nicht die Frage nach einer Vision für die Kernbereiche der Wirtschaft zumindest einmal gestellt werden. Und das hieße auch, daß sich der demokratische Sozialismus in die Höhle des Löwen begeben muß. Konkret: Was soll mit den Konzernen passieren? Wie gehen wir mit den vagabundierenden internationalen Kapitalströmen um? Abgesehen von periodisch aufkommender Folklore, wie etwa VEB *Daimler-Chrysler*, gibt es auf solche Fragen nicht ansatzweise eine Antwort. Vielleicht wäre es sinnvoll darüber nachzudenken, ob nicht die Tendenzen, die unter den Begriff Humankapital subsumiert werden, emanzipatorisch gewendet werden könnten. In vielen Unternehmen, zumal in den technologisch fortgeschrittensten, ist das Kapital insofern »human« geworden, als es eigentlich nur noch aus dem kreativen Potential der Mitarbeiter besteht. Ohne motivierte, qualifizierte, selbst handelnde, selbst kontrollierende Beschäftigte geht nichts, und die Entwicklung der Produktivkräfte unterstützt diesen Trend zur Dezentralisierung, Partizipation und Eigenverantwortung, indem sie mit Informations- und Kommunikationstechnologien die notwendigen Mittel liefert. Bislang allerdings sind die neuen Formen des Arbeitens und die gekappten Hierarchien eingebunden in Technologiewettläufe und Konkurrenzkämpfe. Könnten Ingenieure und Forscher möglicherweise irgendwann auf die Idee kommen, nach dem Sinn des wahnwitzig beschleunigten Hamsterrennens zu fragen? Zarte Pflanzen einer Politisierung des Technischen gibt es ja bereits: bei der Atomenergie, bei Verkehrssystemen und in der Gentechnologie.

Von Karl Marx stammt das schöne Wort, daß die Arbeitszeit als miserables Maß der Ökonomie zusammenbricht, sobald Wissenschaft und Technik die wesentlichen Quellen des Reichtums bilden. Dieser Aphorismus wird jedoch nicht von allein geschichtsmächtig. Die Linke müßte dem qualifizierten Personal in den Kernbereichen der Wirtschaft Denkangebote unterbreiten, damit es zu einem intensiven Diskurs kommt, der nach dem sozialen und ökologischen Sinn technologischer Umwälzungen fragt. Wenn das nicht geschieht, werden sich die gut Gebildeten und gut Bezahlten nicht nur aus den Kommandolinien der Großorganisationen befreien, sondern auch aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

Aber nicht nur auf diesen Feldern strategischer Bündnispolitik verzichtet die Linke auf eigene Beiträge. Auch die klassischen The-

»Unterschwellig löst das Wort Sonne Assoziationen an ästhetischem Genuß aus, an Urlaub, guter Laune, ganz emotional. Daß diese gleiche leichte, heitere Sonne die herkömmliche Energie überflüssig machen soll, die nur durch gigantischen Zerstörungsaufwand errungen werden kann, ist der entscheidende gedankliche Sprung in eine andere Welt – und der fällt schwer.«
Carl Amery und Hermann Scheer: Klimawechsel. Von der fossilen zur solaren Kultur, München 2001, S. 91.

mengebiete der Volkswirtschaft bleiben weitgehend unbearbeitet, obwohl allen klar sein sollte, daß auch eine gerechtere, bessere, nachhaltige Ökonomie ihre Regelmechanismen für rationale Investitionsentscheidungen, für sinnvolle Preisbildungen und für die effiziente Allokation von Ressourcen braucht. Den künftigen Produzenten und Konsumenten wird man nicht allein Altruismus oder gemeinwohlorientierte Vernunft zuschreiben wollen. Die Errungenenschaften des demokratischen Rechtsstaats durch einen umfassenden Katalog sozialer und ökonomischer Rechte zu ergänzen, wäre gleichfalls eine unangemessene Antwort. So würde wieder nur die Ökonomie politisch konstituiert. Außerdem würden die schlummernden Schätze der Emanzipation, der Selbstentwicklung, der Kooperation nicht gehoben, sondern im Interesse eines passivierenden Anspruchsdenkens verfehlt.

Nun mag sich die Linke sagen, daß wir uns doch mit all diesen Fragen der wirtschaftlichen Organisation und der volkswirtschaftlichen Kreisläufe eigentlich gar nicht mehr beschäftigen müssen, weil sie ohnehin keine Zukunft haben können und dürfen. Dann allerdings müßte man angeben können, worin denn die Keimformen eines anderen Wirtschaftsmodells bestehen und wie sie verallgemeinert werden können. Abgesehen von Tauschringen, Reparaturbörsen, Genossenschaften und anderen Initiativen, die auf lokaler Ebene sinnvoll sein können, gibt es zwei vielversprechende Denkrichtungen, die nicht auf den Tellerrand einer Müsli-Ökonomie beschränkt bleiben, sondern sich zentralen Fragen zuwenden.

Zum einen geht es um den Versuch, das Linux-Modell auf andere Bereiche wirtschaftlichen Handelns zu übertragen: Kann die Erstellung eines Betriebssystems in freier und gleicher Kooperation von Software-Entwicklern als Organisationsmodell für die Produktion anderer Güter und Dienstleistungen dienen? Das Projekt *Oekonux*, eine Mailingliste von Informatikern und interessierten Laien, diskutiert seit mehr als zwei Jahren diese Frage. Bei aller Mannigfaltigkeit der teils intelligenten, teils romantisch-naiven Diskussionsbeiträge schälen sich doch zwei Antworten heraus. Das Linux-Modell taugt zumindest für Teilbereiche geistiger Produktion, versagt aber, wenn es darum geht, die trivialen Dinge des Lebens hervorzubringen, die man nicht allein dem Faktor »Spaß und Interesse« anvertrauen kann. Dennoch ist die Diskussion, die sich um das Phänomen Linux rankt, wichtig und erhellend, weil sie entgegen allen bisherigen Traditionen nach der Vereinbarkeit von individueller Produktion und vergesellschaftetem Eigentum fragt. Denn bei der Entwicklung von Linux war die Produktion jeweils ein individueller Akt und das Ergebnis wurde anschließend zum Gemeineigentum der interessierten Community. Daß an einer wichtigen Frontlinie wissenschaftlich-technischen Fortschritts über die Möglichkeit, Sinnhaftigkeit und Überlegenheit eines Modells vergesellschafteten Eigentums diskutiert wird und daß in vielen anderen Bereichen, insbesondere in der Biotech- und Gentechnikdebatte, die Grenzen individualisierbaren und privatisierbaren Eigentums offenkundig oder doch zumindest strittig geworden sind, nährt die Hoffnung, daß die Kopfarbeiter sich irgendwann darauf besinnen, daß die Produkte des Geistes doch eigentlich öffentliche Güter sind.

Neben den Diskussionen und Projekten, die nach den Chancen für eine Vergesellschaftung geistiger Produktion suchen, gibt es einen zweiten Hoffnungsträger, der am Energieproblem ansetzt. Wie wir alle wissen, muß das fossile Zeitalter so schnell wie möglich enden, wenn die Erde als lebenswerter Raum erhalten werden soll. Erneuerbare und weitgehend emissionsfreie Energien zu fördern, ist deshalb eine mehrheitsfähige Maxime geworden. Aber die Energiewende könnte, sollte und müßte auch zu einer ökonomischen Wende werden. Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und unermüdlicher Vorkämpfer eines auf solare Energie gegründeten Wirtschaftsmodells, hält 100-Prozent-Szenarien für möglich und benennt die Konsequenzen, die eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien haben könnte. Weltweite, politisch nicht beherrschbare und ökologisch nicht verantwortbare Energieketten wären obsolet. Unter Einbeziehung der Landwirtschaft als Produzent von Biomasse könnten regionale Ressourcenmärkte entstehen. Für Unternehmen und Bürger ergäbe sich die Perspektive einer weitgehenden Energie-souveränität.

Wenn es der Linken gelänge, über die genannten Fragen ökonomischer Organisation, volkswirtschaftlicher Kreisläufe und emanzipatorischer Potentiale einen gehaltvollen Diskurs zu initiieren, dann könnte es vielleicht irgendwann auch einen Gegenentwurf geben, der dem herrschenden Neoliberalismus selbstbewußt entgegen gestellt wird. Es könnte ein Gegenentwurf sein, der Gerechtigkeit nicht nur durch staatliche Eingriffe, sondern auch durch neue Formen der Freiheit, der Selbstbestimmung, der Kooperation und der Regionalisierung herzustellen versucht. In diesem Kontext eines aufgeklärten Sozialismus könnte die Linke dann auch ihren alten Hammer aus der Tasche ziehen und überall dort Verstaatlichung verlangen, wo volkswirtschaftliche Effizienz privat nicht gewährleistet werden kann oder wo natürliche Monopole sich reproduzieren und klarer Regulierung bedürfen wie etwa bei den UMTS-Netzen.

Erhobenen Hauptes in die politische Auseinandersetzung zu gehen, wäre mit solchem Rüstzeug wieder möglich. Die Sozialisten würden nicht ständig den anderen politischen Kräften hinterher hecheln und sich fragen, wie das von ihnen verlassene Terrain besetzt werden kann, sondern selbst Maßstäbe setzen. Schon bald könnten originäre Antworten gefordert sein. Was ist zu tun, wenn sich die »japanische Krankheit« – jahrelange Stagnation trotz riesiger Konjunkturprogramme und trotz eines nahe bei Null liegenden nominalen Zinsniveaus – auf andere Länder ausdehnt? Was wird die Linke sagen, wenn eine gigantische Welle der Kapitalvernichtung durch die Weltwirtschaft rauscht, wenn Schuldenpyramiden zusammenbrechen? Wird sie rechthaberisch den Finger heben, aber ansonsten schweigen, weil sie theoretisch und praktisch im vergangenen Jahrhundert stecken geblieben ist?

»Wenn ich recht habe in meiner Annahme, daß es verhältnismäßig leicht sein sollte, Kapitalgüter so reichlich zu machen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Null ist, mag dies der vernünftigste Weg sein, um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben würden.«

John Maynard Keynes:
Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936 (7. Auflage 1994), S. 185.

PAUL SCHÄFER

Die Wahl 2002 und die Krise der PDS

Daß die herbe Niederlage der PDS bei der Bundestagswahl »hausgemacht« sei, gilt inzwischen als Allgemeinut. Ob diese Annahme in dieser Ausschließlichkeit zutrifft, wissen wir nicht. Sie ist auf jeden Fall für diejenigen von Vorteil, die schon seit längerem der Meinung sind, daß die PDS ihre politische Richtung wechseln müsse. Mehr Radikalität, mehr Systemopposition und mehr außerparlamentarischer Kampf seien angesagt, heißt es da. Mit diesem Gestus wurde Gera »gewonnen«. Die PDS befindet sich derweil, Meinungsumfragen zufolge, im freien Fall.

Konstellationen

In jeder Wahl finden sich bestimmte Konstellationen wieder, die besonders auf die kleineren Parteien Auswirkungen haben, denen diese sich nicht immer entziehen können. Vor allem die FDP hat damit Erfahrung. Meist mußte sie sich trotz Stammklientel auf wechselnde Koalitionsaussagen stützen, um »drin« zu bleiben. Mit ihrem *Projekt 18*, eine Art Kunstgriff aus der mediokratischen Wunderkiste, wollte sie den permanenten Drahtseilakt, der mit dem Absturz unter fünf Prozent droht, beenden. Daß ungünstige Konstellationen Parteien, die sich am Rande der Fünf-Prozent-Klausel bewegen, bedrohen können, wissen aber auch die Bündnisgrünen. 1990 rutschten sie unter fünf Prozent. Als typische Vertreter der Nach-68er und der Ost-West-Entspannung erschienen sie im »Einheitsjahr« unzeitgemäß. Hausgemacht war ihr Herausfallen aus dem Bundestag in gewisser Weise dennoch. Nicht zuletzt mit ihrem Festhalten am Rotationsprinzip sorgten sie dafür, daß ihre bekannteren Köpfe nicht wieder antreten konnten. Auch die Medien waren ihnen angesichts des Streits zwischen »Realo-« und »Fundi-Orientierung« nicht wohlgesonnen. Ob sie mit der Wahl 2002 sicheren Boden unter den Füßen haben, ist noch nicht ausgemacht.

Auch bei der Analyse der Wahl 2002 sollte auseinandergelassen werden, mit welcher Grundkonstellation die PDS zu kämpfen hatte und in welcher Verfassung sie sich in dieser Situation präsentierte. Vor vier Jahren lagen die Dinge einfach. Nach 16 Jahren Kohl wollten die Wähler den Wechsel. Die SPD unter Schröder und Lafontaine sollte für mehr soziale Gerechtigkeit und eine wirkungsvollere Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit sorgen. Die PDS war der linke, der konsequentere Teil dieser Wechselstimmung – und außerdem Stimme des Ostens.

Nach vier Jahren Schröder hatte sich Ernüchterung und Frustration breit gemacht. Alles sprach dafür, daß Wählerinnen und Wähler, so

Paul Schäfer – Jg. 1949; Diplom-Soziologe, lebt in Köln, bis zur Wahl Referent der PDS-Bundestagsfraktion für Frieden und Abrüstung. Letzte Veröffentlichung: Über Wahrheitsfindung, Nachkriegsordnung und hegemoniale Stabilität, in: U. Albrecht et al. (Hrsg.), Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Münster 2002.

Vor allem in den neuen Bundesländern war nach dem Solidaritätserlebnis bei der Bewältigung der Flut die Hoffnung verknüpft, jetzt endlich ernst genommen zu werden.

sie noch wählen wollten, eher CDU/CSU als Regierende favorisieren würden. Doch die Flutkatastrophe und die Irak-Krieg-Diskussion haben die Dinge entscheidend gedreht. Schröder konnte sich als Krisenkanzler und als umsichtiger, deutsche Interessen wahrer Außenpolitiker profilieren. Die latente Anti-Stoiber-Haltung besonders im Norden und Osten der Republik hatte plötzlich durchschlagende Wirkung. Viele setzten auf eine SPD, von der sie annahmen, daß sie als Regierungspartei mehr für ihre Belange tun kann, als eine nur schwach hörbare oppositionelle Stimme im Parlament. Im Westen schwenkte eine Reihe von Menschen, die für den Frieden stimmen wollten, in letzter Sekunde um. Ein Außenminister Fischer, der seinen Einfluß gegen den drohenden Krieg geltend machen könnte, war ihnen wichtiger als die parlamentarische Existenz einer relativ einflußlosen Anti-Kriegspartei.

Nun wird eingewandt, die PDS habe durch ihre verschiedenen taktischen Manöver dieser Konstellation »zugearbeitet«, genauer: Durch ihre gequälten Koalitionsaussagen habe sie sich selbst das Wasser abgegraben. Bei der Prüfung dieser These sollte nicht außer acht gelassen werden, daß der Einfluß der PDS auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, auch auf die Medien, nur sehr begrenzt ist. Kann ernsthaft davon ausgegangen werden, daß die große Wählerschar der politisch nicht überdurchschnittlich Interessierten die jeweiligen Taktiken der PDS sorgfältig beobachtete und daraus Schlüsse gezogen hat? Wohl kaum. Es spricht mehr dafür, daß die PDS in dieser extrem ungünstigen Ausgangskonstellation das Ruder nicht mehr herumreißen konnte. Wie anders ist es zu bewerten, daß die Umfragewerte erst mit der Flut und der Irak-Debatte richtig in den Keller gingen? Einer solchen Konstellation kann man nur entgehen, wenn man sich in der Zeit vor dem Wahlkampf eine solide Stammwählerschaft erarbeitet hat. Deren Anteil lag, verfolgt man die Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen, für die PDS durchweg bei drei bis vier Prozent. Die Grundfrage ist daher, warum die PDS den Vorteil einer Bundestagsfraktion zwischen 1998 und 2002 nicht nutzen konnte, um neue Wählerschichten an sich zu binden.

Irritationen

Mit dem Verweis auf »objektive« Konstellationen ist auch nicht gesagt, die Niederlage sei unabwendbar gewesen. Es wurde sehr früh deutlich, daß der Mobilisierungsgrad der PDS-Basis im Vergleich zu der anderer Parteien signifikant niedrig war. Das bedeutet, daß die Identifikation mit der Partei bereits sehr brüchig geworden war. Vor diesem Hintergrund bekommen die verschiedenen taktischen Manöver der PDS im Wahlkampf, die vor allem in den eigenen Reihen und im Sympathisanten/innen-Umfeld weitere Verwirrung gestiftet haben, einiges Gewicht. Zunächst wurde ohne Wenn und Aber auf Opposition orientiert, dann kam das Angebot, Stoiber verhindern und daher Schröder unter bestimmten Bedingungen mitwählen zu wollen. Das im *Spiegel* zitierte Papier von Falkner und Christoffers ging noch darüber hinaus und offenbarte nicht nachvollziehbare Illusionen über die SPD. Und was und wen wollten André Brie und Gysi so kurz vor der Wahl mit dem Brief an Lafontaine erreichen?

Binnen weniger Wochen war aus der fragilen Wechselstimmung der überwiegende Wunsch geworden, dieser Regierung noch einmal eine Chance zu geben. Die Umfrageergebnisse kippten die Konstellation – »ohne PDS ist Stoiber Kanzler« – eine Woche vor der Wahl ins Gegenteil: »Nur ohne PDS bleibt Schröder Kanzler«.

Um genau zu bleiben, muß auch gesagt werden, daß diese nicht zu durchschauenden Winkelzüge einem verzweifelten Reflex auf die immer deutlicher werdende, ungünstige Ausgangslage glichen. Es war die Suche nach dem letzten Strohalm, um die parlamentarische Existenz der PDS zu retten.

Die mit dem Kanzler-Wahl-Angebot in der Schlußphase des Wahlkampfes plötzlich ins Spiel gebrachte »Mitte-Links-Option« hatte zudem keinen Grund unter den Füßen. Die einseitige Offerte konnte relativ leicht von Schröder und Co. gekontert werden. Ihr fehlte die Substanz an Glaubhaftigkeit und Eintrittswahrscheinlichkeit, die nötig gewesen wäre, um schwankende Wähler umzustimmen. Ergo: Diese Taktik war *unrealistisch*. Dennoch sollte man sich davor hüten, den Versuch, konkrete Bedingungen für die Wahl einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu nennen, als grundfalsch zu denunzieren. Nur wenn solche Optionen ins Spiel gebracht werden, muß ein solcher Schritt zumindest ansatzweise umsetzbar erscheinen. Im Land Berlin erschien eine rot-rote Regierung bei der letzten Wahl realisierbar. Nur so kann auch das herausragende Ergebnis für die PDS dort erklärt werden. Eine solche Option muß zugleich in eine Gesamtstrategie des politischen Wandels eingebettet sein. Auch daran hat es gemangelt. Die »Mitte-Links-Option« wurde lange Zeit behandelt wie eine heiße Kartoffel. Daß man sie in Gera fallen gelassen hat, erscheint mithin konsequent. Doch damit verzichtet die PDS auf eine durchbuchstabierte parlamentarisch-politische Strategie zugunsten einer eher diffusen Erwartung auf gesellschaftliche Bewegungen.

Fehlleistungen

Für die Verunsicherung der potentiellen PDS-Wählerschaft scheinen zwei symbolträchtige Ereignisse von besonderer Bedeutung:

- die PDS-Fraktion und der Besuch des US-Kriegspräsidenten Bush in Berlin;

- die Berliner Regierungsbeteiligung: genauer, der Umgang mit dem Bankenskandal und der »miles-and-more«-Rücktritt von Gregor Gysi.

Gerade in der alten Bundesrepublik haben diejenigen, für die Friedenspolitik einen hohen Wert darstellt und die daher mit einer Stimmabgabe für die Anti-Kriegspartei PDS geliebäugelt haben, den Kotau des Fraktionsvorsitzenden Claus gegenüber einem brutal-imperial auftretenden Mr. Bush nicht akzeptiert. Wenn die PDS in dieser Situation bereits einknickt, was tut sie erst, wenn sie mitregieren sollte?

Die Berliner Regierungsbeteiligung hatte etwa dieselbe symbolische Bedeutung: Daß dort gespart werden muß, bis »es quietscht«, konnten nicht wenige linke Wähler noch nachvollziehen. Aber warum war von der PDS mit dem Regierungseintritt zum Beispiel nichts mehr über den Bereicherungsfilz der vormalig Regierenden zu vernehmen? Koalitionsräson über alles?

Profilverwischung

Diese Verunsicherung der Wählerschar in der Phase des Wahlkampfes muß vor dem Hintergrund eines längerfristigen Prozesses gesehen werden. Die PDS hat mit ihrem Nein zum Krieg in der vorangegangenen Legislaturperiode an Ansehen gewonnen, aber insgesamt an Profil verloren. Doch genau dies war in einer Situation gefragt, in der die Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien zugenommen hat, zugleich aber große Unklarheit herrscht, ob es praktikable Alternativen zur neoliberalen Politik überhaupt gibt.

Die Umstände des Rücktritts von Gregor Gysi schließlich haben den Eindruck, die PDS sei nicht besser als die anderen, dafür nur weniger clever, noch verstärkt.

Mit Gera hat sich die Mehrheit der PDS darauf verständigt, daß der Kurs der Anpassung, der »Sozialdemokratisierung« ursächlich für die Wahniederlage sei. Doch wer meint, die bloße Abgrenzung zu anderen sei ausreichend profilbildend, springt zu kurz. Profilierung hat verschiedene Facetten.

Ein konsequenterer sozialistischer Oppositionskurs soll nun dafür sorgen, daß die PDS wieder auf die Beine kommt. Dieser Schluß erscheint einigermaßen kühn. Etwa die Hälfte der Stimmenverluste ist auf das Konto der Nichtwähler/innen gegangen. Die andere ging zur SPD. Es darf vermutet werden, daß der Rückgang im Westen von knapp zwei Prozent bei Meinungsumfragen einige Wochen vor der Wahl auf 1,1 Prozent vor allem bei den Grünen zu Buche schlug. Zumindest für diesen Teil der Wählerschaft gilt, daß er zwar der neoliberalen und militärinterventionistischen Politik kritisch gegenübersteht, aber für eine Radikalopposition nicht zu haben ist. Der flotte Spruch, diese Wähler hätten wegen der Anpassungspolitik der PDS lieber das Original, sprich: SPD, gewählt, erklärt hier nichts. Was sollte einen Wähler/eine Wählerin, der/die das kleinere Übel wählt, dazu veranlassen, eine Partei zu wählen, die sich noch viel weiter außerhalb des *mainstreams* bewegen würde? Für diese Menschen, denen das Hemd näher ist als der Rock, geht es doch gerade um unmittelbare, kurzfristige Einflußnahme – und eben nicht um Bekenntnisse. Ganz nebenbei bemerkt: »Konsequentere Linke« wie DKP oder SAV haben bei Wahlen keinerlei Chancen. Wenn die genannte Schlußfolgerung der Mehrheit des Geraer Parteitages richtig wäre, warum haben diese politischen Gruppierungen so wenig Erfolg?

Auch hier ist also Differenzierung angesagt. Daß knapp die Hälfte der früheren PDS-Wählerschaft zu Hause geblieben ist, verweist auf die bereits erwähnte Irritation über das, wofür PDS steht. Es ist richtig, daß in den neuen Bundesländern ein nicht geringer Teil der PDS-Mitglieder und ihrer Anhängerschaft sich in dem »Modernisierungsbemühen« der sogenannten Reformer-Führung nicht mehr wiederfand. Aber selbst unter diesen Menschen geht es längst nicht allein um das »ideologische« Profil der Partei. Der Anteil derjenigen, die die PDS vor allem als politisch-kulturelle Heimstatt sehen, ist nicht größer geworden, allerdings deren Entfremdung von der Partei. Insofern trifft die Aussage, die PDS-Basis habe die verschiedenen Schritte der »Annäherung« der PDS an den bundesdeutschen Common Sense (zum Beispiel die Verurteilung des Mauerbaus) nicht mitgehen wollen, ins Schwarze. Es ist zumindest eine überdeutliche Kritik an einer Politik des »von oben herab«, einer Politik, die nicht mehr angemessen kommuniziert wurde. Diese Entfremdung kann zur Erklärung beitragen, warum die PDS ihr Wählerreservoir nicht ausschöpfen konnte. Aber dieser Ansatz erfaßt eben nur ein Moment der PDS-Niederlage.

Die Frage nach dem sozialkritischen Profil der PDS ist zu Recht aufgeworfen worden. Wir können die Menschen, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden und über die etablierten Parteien erbost sind, nur erreichen, wenn deutlich wird, daß die demokratischen Sozialisten eine grundlegend andere Politik als die neoliberal agierenden Parteien wollen. Die PDS-Führung hat es, vor allem in der Nachfolge von Gysi, nicht verstanden, dieses Grundanliegen

Für die überwiegende Zahl derjenigen, die wir ansprechen, geht es um das eigenständige Profil und den Gebrauchswert der PDS. Diese Menschen wollen nicht nur recht haben, sondern auch recht bekommen. Das heißt, sie wollen, daß sich etwas an den materiellen Umständen ihres Lebens ändert. Mit dem schlichten Ruf nach einem radikaleren Gestus ist es nicht getan.

Die »rote Socken«-Kampagnen früherer Wahlkämpfe hatten der PDS in Ost und West Solidarität verschafft und Stimmen zugetragen.

Daß es der PDS nach dem Abgang Gysis an übertragenden Köpfen mangelt, ist evident.

Gleiches gilt für wichtige Felder der Gesellschaftspolitik wie Bildung, Gesundheit, Umwelt. All diese Politikbereiche müssen in der öffentlichen Wahrnehmung mit fachkundigen Persönlichkeiten verbunden werden können. Dies war aber ganz offensichtlich nicht der Fall.

Zusammengefaßt: Die intellektuelle Ausstrahlung der PDS war erschreckend gering. Die PDS löste keine strategischen Debatten in der Linken dieses Landes aus, sie gab kaum Anstöße für ein Nachdenken über die Zukunft dieser Gesellschaft.

plausibel zu vermitteln. Sie hat statt dessen zu sehr den Eindruck hinterlassen, um »Normalität« und gesellschaftliche Akzeptanz bemüht zu sein.

Der profilbildende Gestus ist eine Seite der Medaille, die andere die nachgewiesene Fähigkeit, zur praktischen Lösung der Gesellschaftsprobleme beitragen zu können. Der Wahlkampf 2002 unterschied sich von früheren dadurch, daß die PDS eher durch Mißachtung als durch Konfrontation gestraft wurde. Mit anderen Worten: Die PDS mußte dieses Mal aus eigener Kraft überzeugen. Und siehe da, sie hatte zu wenig vorzuweisen. Das Wahlergebnis läßt nur einen Schluß zu: Ihre konzeptionellen Alternativen waren entweder nicht überzeugend, zu wenig nachvollziehbar und/oder sie konnten nicht ausreichend vermittelt werden.

Worauf es wirklich ankommt

Der Bremer Wissenschaftler Christoph Spehr hat in einer eingehenderen Analyse herausgearbeitet: Es komme bei der Entscheidung für eine Partei an: a) auf die Gesichter der Partei, b) auf die konkrete Programmatik, c) auf das Image (Stil und Kultur) und d) auf präzise Aussagen über Regierungsabsichten und die Mehrheit, mit der man gegebenenfalls regieren will.

Die PDS habe, zweitens, deshalb verloren, weil sie all das derzeit nicht habe, worauf es ankomme. Das inhaltlich-programmatische Profil hat sich als unzureichend herausgestellt. Die Absicht, sich im Wahlkampf auf die drei Imagefelder Frieden, soziale Gerechtigkeit, Ostinteressen stützen zu wollen, schien plausibel. Die PDS war in einer breiteren Öffentlichkeit vor allem mit *diesen* Attributen verbunden. Aber spätestens zu dem Zeitpunkt, als andere Parteien der PDS diese Felder streitig machen konnten, stimmte die Rechnung nicht mehr. Vor allem im Osten konnten Schröder und Fischer mit ihrem Nein zum Irak-Krieg kräftig punkten. Die PDS konnte sich mit ihrer Linie, die Regierung als unglaubwürdig zu entlarven, nicht durchsetzen. Besser wäre es gewesen, die PDS hätte den deutsch-amerikanischen Dissens zu einer grundlegenden, Sozialdemokraten und Grüne fordernden Auseinandersetzung über die Erfordernisse deutscher/europäischer Außenpolitik genutzt. Aber seien wir ehrlich: Für das Wahlergebnis hatte dieser Fehler keine Bedeutung.

Eine Partei, die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat, muß sich vor allem *wirtschaftspolitisch* profilieren. Dies betrifft Konzepte zur Förderung des qualitativen Wirtschaftswachstums ebenso wie Fragen der wirksamen Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Alle Umfragen belegen, daß die Kompetenz der PDS auf diesen Feldern als außerordentlich gering eingestuft wurde. Selbst in den Ländern, in denen sie mitregiert, werden der PDS hier erschreckend niedrige Kompetenzwerte zugemessen.

Das Image der PDS schließlich war und ist durch ihre Rolle als »Ostpartei« geprägt. Ansonsten überwiegen solche Eigenschaften wie bieder und langweilig. Von einer ansprechenden Diskussionskultur kann ebensowenig die Rede sein. Mit dem Verlust der Bundestagsfraktion sind die Bedingungen, diese Defizite zu beheben, noch viel schwieriger geworden. Mit der Entscheidung von Gera für eine »Bewegungspartei« und dem dazu ausgesuchten Personal

scheint diese Frage von der Tagesordnung genommen. Wahrlich ungünstige Vorzeichen für ein Wiedererstarken der PDS!

Es wird Aufgabe derjenigen sein, die sich als »Reformlinke« verstehen, die von der Bundestagsfraktion entwickelten originellen Vorstellungen – öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, soziale Grundsicherung, Wertschöpfungsabgabe, Maximalarbeitszeit, Mindestbesteuerung, Vereinbarkeitsgesetz für Kindererziehung und Beruf, Rentenreform – in der innerparteilichen Willensbildung zu verankern und zu deren Popularisierung beizutragen.

Ob es gelingen kann, die Programmdebatte zu nutzen, um eine sachlichere Diskussionskultur zu entwickeln und eine größere geistige Ausstrahlung der Partei zu erreichen, steht derzeit in den Sternen. Noch ist es einen Versuch wert.

Gera oder die Lust am Untergang

Gera war in jeder Hinsicht ein Desaster. Über die klägliche Rolle der sogenannten Reformen braucht hier nicht weiter geredet werden. Der eigentliche Punkt ist, daß sich die PDS nach der Wahlschlappe einen Parteitag leistete, der von Außenstehenden mit den Worten »Lust am Untergang« zutreffend beschrieben wurde. Gewissermaßen qua Tischvorlage wurde eine politische Richtungsentscheidung inszeniert, statt sich die Zeit für eine eingehendere Analyse und angemessene Schlußfolgerungen zu nehmen. Alles wurde über den Leisten des Opportunismus-Vorwurfs geschlagen und das Bedürfnis nach der Beantwortung der offenen strategischen Fragen mit Pseudo-Lösungen bedient. Herauskam eine innerparteiliche Konstellation, die weitere Erosionsprozesse fast zwangsläufig nach sich ziehen muß.

Die falschen Fragen (I): Regieren versus Opponieren

Die ganz überwiegende Zahl der Menschen will mit ihrer Stimmabgabe auf die Auswahl der Regierung Einfluß nehmen. Opponieren als Programm ist nur bedingt aussichtsreich. Schon deshalb ist die Frage, ob sich die PDS an Regierungen beteiligen sollte, verwunderlich. Wenn die PDS, wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittlich verloren hat, dann muß die bisherige Praxis des Mitregierens auf den Prüfstand. Es muß nach Möglichkeit besser regiert werden. Dazu gehört, daß die demokratischen Sozialisten in stetem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen müssen, daß sie trotz »realpolitischer« Zwänge an ihren Zielen »mehr soziale Gerechtigkeit«, »mehr Demokratie«, »mehr Freiheit« festhalten. Sie müssen sagen, wie sie Verbesserungen für die Menschen auf mittlere Sicht erreichen wollen. Regierungsbeteiligung muß den Nachweis erbringen, daß wir möglichst viel anders und besser machen können als die etablierten Parteien. Nach Lage der Dinge geht es gegenwärtig nicht so sehr um »große Würfe« als um kleine, praktische Schritte der Veränderung. Der »öffentlich geförderter Beschäftigungssektor« in Mecklenburg-Vorpommern löst nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber er setzt ein Zeichen, daß andere Problemlösungen möglich wären. Ist das in Zeiten allgemeiner Mutlosigkeit unwichtig?

Man kann der Frage, was die PDS als Regierungspartei erreichen will und auch mit wem, nicht ausweichen. Wer meint, sich den

»Bei einer Regierungspartei erfolgt der Praxistest für die politischen Vorschläge und Projekte nur unmittelbarer und schonungsloser. Eine Flucht in die Opposition würde nur das Eingeständnis der Nichtbehebbarkeit der eigenen Politikschwäche symbolisieren, die Kapitulation vor der politischen Realität.«
(Michail Nelken)

Widrigkeiten des Regierens durch eine »konsequente« Politik der Systemopposition entziehen zu können, der erreicht vor allem eins: Er kommt nicht in die Verlegenheit, seine Konzepte auch umsetzen zu müssen. Auch auf diese Art kann man sich gegen die kritische Prüfung eigener Positionen immunisieren. Man kann sich dadurch selbst bestätigen, die Menschen kann man damit nicht überzeugen.

Nun wird eilig versichert, Gera habe keine prinzipielle Absage an Regierungsbeteiligungen formuliert. Aber der Parteitag der allzu schnellen Antworten hat eine Tendenz befördert, die eindeutig in diese Richtung geht. Alles andere ist Augenwischerei. So berechtigt die kritische Bilanz bisheriger Regierungspolitik gewesen ist, so wichtig wäre es auch gewesen, die grundsätzliche Distanz eines relevanten Teils der Partei zum Mitregieren überhaupt, die erst dazu geführt hat, daß man mit den eigenen Regierungen ausschließlich negativ und defensiv umgegangen ist, ins Visier zu nehmen. Doch das war nicht opportun.

Es ist legitim, nicht nur die Frage aufzuwerfen, wann wir in Regierungen gehen, sondern auch, wann wir sie wieder verlassen müssen. PDS-Minister hätten bei der Beteiligung der Bundeswehr am Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien ihren Dienst quittieren müssen. Als der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern die PDS übertölpelte und seine Zustimmung zum Rentenreformgesetz der rot-grünen Bundesregierung gab, konnte die PDS sich nicht selbst den Stuhl vor die Tür setzen. Niemand im Lande hätte das verstanden. Diese Fragen können immer nur konkret und niemals abstrakt entschieden werden. Noch einmal: Der Parteitag in Gera hat kein allgemeines Verdikt gegen Regierungsbeteiligung ausgesprochen, aber die Erwartungen an mögliches Mitregieren so hoch geschraubt, daß die Orientierung auf eine ausschließliche Oppositionsrolle nahe liegt. Entsprechende Vorstöße in verschiedenen Landesverbänden belegen, daß hier eine Dynamik ausgelöst wurde, die nur schwer zu stoppen sein wird.

Die Formel von Gera »Opposition mit alternativem Gestaltungsanspruch« ist hohl und verdeckt nur, daß man sich vornehmlich als antikapitalistische Opposition sieht. Die Kunst demokratisch-sozialistischer Politik läge jedoch gerade darin, den »Widerspruch« zwischen kapitalismuskritischer, also gesellschaftlicher Opposition und gestaltender Kraft in Gesetzgebung und Exekutive produktiv nutzbar zu machen. Eine der Schwächen der PDS liegt nach wie vor darin, daß sie mit diesem Widerspruch nicht umgehen kann und ständig zwischen diesen Polen hin- und herschwankt.

Falsche Fragen (II): Partei oder Bewegung?

Das Verhältnis zwischen Bewegungen und linker Partei wird zu Recht mit den Begriffen Selbständigkeit und Austausch umschrieben. Die PDS muß sich durch stetes Engagement in den Bewegungen, durch das Aufgreifen dieser Anliegen Vertrauen erwerben. Sie muß kontinuierliche Gesprächsbeziehungen entwickeln. Sie muß zugleich das Verständnis fördern, daß Bewegungen und Parteien auf zwei verschiedenen Spielfeldern spielen: Sogenannte NGO's, die sich nicht zur Wahl stellen, die nicht den gesamten Kontext der Umsetzung von Forderungen berücksichtigen müssen, können radikaler

formulieren, können kategorischer Forderungen stellen (zum Beispiel pazifistische Gruppen die Abschaffung des Militärs), während die Akteure in Legislative und Exekutive Kompromisse schließen müssen.

Michael Chrapa folgert aus seiner Analyse, daß sich die PDS in deutlicher Abgrenzung zu allen anderen Parteien profilieren müsse. Dieser Schluß klingt gut, überzeugt aber nicht. Natürlich muß die PDS ein verlässlicher Begleiter der Bewegungen werden, aber eben mitunter auch ein unbequemer Partner. Zwischen der Artikulation von Protest und der Umsetzung in praktische Politik besteht eine beträchtliche Differenz. Davon können linke Volksvertreter/innen ein Lied singen, die für materielle Verbesserungen der Unterprivilegierten eintreten, aber in ihren Städten und Bezirken nichts zu verteilen haben. Diese Spannung muß ausgetragen werden; großmäuliger Populismus trägt nicht, auch nicht, wenn er von links kommt.

Die PDS ist auch insofern nichts anderes als eine »normale« Partei – eine Partei, die mit den anderen Parteien um maximalen Einfluß auf die Regierungshandeln wetteifert –, als sie sich an die in den etablierten Institutionen geltenden Spielregeln – begrenzte Regelverletzung inklusive – halten muß. Sie wird immer auch die Kommunikation mit den Bewegungen darüber suchen müssen, daß es im institutionellen Raum fast immer um Kompromisse geht, manchmal auch um faule Kompromisse. Sie muß trotzdem Wege finden müssen, glaubhaft machen zu können, daß sie am Ziel der weitreichenden Veränderung festhält. Aber sie kann sich nicht aus dieser Schwierigkeit heraussetzen, auch nicht, indem sie der Fiktion einer reinen *Anti-Establishment-Partei* nachrennt.

Die PDS kann sich auch nicht darauf reduzieren, den vorhandenen Stimmungen des Protests nur eine politische Stimme verleihen zu wollen. Die Erarbeitung und Popularisierung von Konzepten, wie wir die durch den neoliberalen Kapitalismus verursachten Probleme und Krisen lösen wollen, ist unumgänglich. Sie ist unumgänglich, weil wir nur so breitere soziale Kreise ansprechen müssen und der tief sitzenden Verunsicherung, ob überhaupt grundlegendere Veränderungen möglich sind, begegnen können. Mit voluntaristisch anmutenden Rezepten wie »Reclaim the street« (Chrapa) werden wir keinen Erfolg haben.

Die Kunst linker Politik besteht gerade darin, außerparlamentarische Aktion mit der Kompetenz zu praktischer Problemlösung zu verbinden. Beides gilt für die PDS jetzt besonders: Ohne Repräsentanz im Bundestag ist sie mehr denn je auf den Rückenwind außerparlamentarischer Opposition angewiesen. Aber wenn sie nicht einer größeren Öffentlichkeit deutlich machen kann, was sie konkret in den Parlamenten erreichen will, und zwar wie, wird sie nicht wieder hineingewählt werden.

Diejenigen, die jetzt davon reden, daß für uns ja ohnehin das unbedingte Primat der außerparlamentarischen Aktion zu gelten habe und wir nicht länger Prozentpunkten hinterher rennen sollten, beweisen damit nur, daß sie in der hiesigen Gesellschaft nicht angekommen sind und ihre uralten Klassenkampfträume weiter träumen wollen. Auch eine Methode, sich immer wieder die eigene Unfehlbarkeit zu beweisen.

»Eine linke Politik, die sich nicht als glaubwürdiger Partner dieser emanzipativen Bewegungen zu erweisen vermag, wird als Teil des Establishments angesehen und nicht durch die Anhänger dieser Bewegungen gewählt werden«, schreibt der Sozialwissenschaftler Michael Chrapa in seinen Ratschlägen an die PDS.

Die Förderung außerparlamentarischer Selbsttätigkeit ist elementar, damit die Menschen ein Gefühl ihrer Kraft bekommen. In dauerhaftes Engagement wird diese Energie aber nur münden, wenn sich Protesthaltung mit Einsichten in konkrete Veränderungsperspektiven verbindet.

Falsche Fragen (III): Mitte-Links versus Mitte-Unten

Der Mitte-Links-Option wird in dem mit Gera favorisierten Politikmodell die Option eines Mitte-Unten-Bündnisses entgegengestellt. Gabi Zimmer warf dort die Frage auf, ob ein Mitte-Links-Bündnis überhaupt noch als »klassisches Parteienbündnis« denkbar sei. Sie schwärmte stattdessen von einem strategischen Bündnis jener, die ausgegrenzt seien, und derer, die sich der sozialen Mitte zugehörig fühlten. Hier seien Sozialdemokraten, Grüne, Gewerkschafter, kritische Intellektuelle, solidarisch handelnde Menschen gleichermaßen angesprochen.

Diese tendenzielle Entgegenstellung sozial definierter Bewegungen und Allianzen zu Parteienkoalitionen ergibt jedoch keinen Sinn. Aktionen, Netzwerke, Bündnisse im zivilgesellschaftlichen Bereich sind eine wichtige Grundlage, um in den Institutionen des Staates (i. e. in einem erweiterten Sinne) politische Veränderungen bezwecken zu können. Diese aber vollziehen sich auf absehbare Zeit durch das Wirken der Parteien im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Und für diese Ebene der Politik brauchen wir ein Konzept, wie sich eine Änderung der Kräfteverhältnisse ausdrücken soll. Das abschätzige Gerede von der Parteidemokratie (Zimmer) führt, wie die Verwechslung der angesprochenen Ebenen – soziale Bewegungen und institutionelle Politik – zu nichts. Es blockiert nur das Nachdenken darüber, wie die Politikfähigkeit der PDS entscheidend verbessert werden kann.

Zimmer hat in Gera für ein Bündnis mit Gewerkschaftern, emanzipatorischen Bewegungen, kritischen Intellektuellen, für ein Bündnis der sozialen Gerechtigkeit geworben und daran die Aussage geknüpft, damit werde »zugleich garantiert, daß wir mit der jetzigen Gesellschaft nicht unseren Frieden machen«. Ein Blick auf die Wirklichkeit genügt, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß, von einem harten Kern in den Gewerkschaften, in den außerparlamentarischen Bewegungen und den NGOs abgesehen, der überwiegende Teil der politisch Aktiven Reformen *im Rahmen unserer Gesellschaft* anstrebt. Was also soll eigentlich ausgesagt werden?

Friedrich Engels hat einer Ideologiekritik der Bourgeoisie die Ansicht gegenübergestellt, daß die ausgebeuteten Klassen vom zwangsläufig falschen Bewußtsein frei seien und die Verbindung von Arbeiterbewegung und »theoretischem Sinn« hervorgehoben. Die Geschichte der Arbeiterorganisationen, mehr noch die Geschichte der »Arbeitermacht«, hat diese Mystifikation des Proletariats eindringlich widerlegt. Heute will es scheinen, daß diese Mystifikation durch eine andere ersetzt werden soll: die Mystifikation der subalternen Massen.

Daß die Verbindung der PDS zu den außerparlamentarischen Bewegungen garantiere (sic!), daß sie sich nicht kaufen und verbiegen lasse, ist nichts weiter als eine solche Verklärung. Daß demokratische Sozialisten darum wissen müssen, für wen sie da sind und daß sie der Verselbständigung durch vielfältige Verbindungen mit der gesellschaftlichen Basis wehren müssen, steht außer Frage. Eine Garantie gegen Korruption gibt es nur in unserem Kopf – oder wenn wir uns auf praktische Politik gar nicht erst einlassen. Dafür aber brauchen wir keine Partei.

»Hier ist er nicht auszurotten (dieser Sinn, der für revolutionäre Einsicht steht – P. S.); hier finden keine Rücksichten statt auf Karriere, auf Profitmacherei, auf gnädige Protektion von oben.« (MEW, Bd. 21, S. 307)

Mit Michael Hardt und Antonio Negri würde man wahrscheinlich von der Menge, der *multitude* sprechen (»Empire. Die neue Weltordnung«, Frankfurt/New York 2002).

In der PDS-Öffentlichkeit wurde und wird die strategische Option des Mitte-Links-Bündnisses vorwiegend als Koalitions- und Regierungsfrage abgehandelt. Dies ist ein Kurzschluß. Ob wir mitregieren und mit wem, ist eine abgeleitete Frage: Die PDS versteht sich als linke Reformkraft, die sich der gegenwärtigen Hauptaufgabe verschreibt, die Hegemonie des Neoliberalismus zu beenden und den heutigen Kapitalismus sozialstaatlich zu zähmen. Im Rahmen dieses »Projekts« (!) skizzieren wir, wie und mit wem wir diese Veränderung erreichen wollen.

Unsere strategische Eigenständigkeit besteht darin, daß wir eine Gesellschaft wollen, in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Die PDS wäre danach eine linke, realitätstaugliche Reformpartei, die sich von der SPD in zwei Punkten grundlegend unterscheidet: Sie will erstens das Prinzip der Profitdominanz außer Kraft setzen; sie will eine andere Gesellschaft, die aber nicht mehr als Negation der alten Gesellschaft verstanden wird, weil an wichtigen zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Ordnung festgehalten wird. Dies gilt insonderheit für den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie. Und zum zweiten unterscheidet sie sich von der Sozialdemokratie, da sie die Prämissen der Markttheologen und der imperialen Machtlogiker unter keinen Umständen akzeptieren will.

Gabi Zimmer mag recht haben, daß die »klassischen« Überlegungen einer Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten nicht mehr up to date sind. Aber die Tatsache bleibt, daß für weitreichende gesellschaftliche Veränderung auch Parteien-Koalitionen/Allianzen in Regierung und Parlament notwendig sind. Dieses Thema wird durch den Hinweis auf die heutige Welt der Netzwerke und informellen Strukturen nicht obsolet. Die angestrebte soziale Regenbogenkoalition muß eine Entsprechung im parlamentarischen Raum finden.

Die Sozialdemokratie der Neuen Mitte bietet wenig Hoffnung, daß aktuell Koalitionen der Veränderung erfolgreich mit ihr praktikierbar seien. Aber wir dürfen uns nicht auf den Status quo fixieren. Wer eine Linksentwicklung von SPD und Teilen der Grünen kategorisch ausschließt, muß sagen, wie er sich gesellschaftliche Transformationen hierzulande vorstellt. Wer ausreichend Gründe erkennt, warum die Sozialdemokratie unsere erste Koalitionsadresse ist, wird sich im politischen Alltag überlegen, wie er diesem Ziel näherkommen kann. Dies heißt mitnichten Anbiederung. Scharfe, aber argumentative Kritik, wo nötig; Diskurs über mögliche Gemeinsamkeiten, wo immer möglich. Im übrigen sollte Abgrenzung für uns kein Selbstzweck sein, sie sollte schon inhaltlich-konkret begründet werden.

Neoliberale Hegemonie und Krise der Linken

Der Siegeszug sozialdemokratischer Parteien in vielen europäischen Ländern im Laufe der 90er Jahre hat zu der Annahme verleitet, die Ära des Neoliberalismus neige sich dem Ende zu. Dies hat sich als Irrtum herausgestellt. Die sozialdemokratischen Parteien hatten nichts Eiligeres zu tun, als das neoliberale Ordnungsmodell zu konsolidieren, in einigen Fällen sogar zu verschärfen. Die Quittung dafür erhielten sie auf dem Wahlzettel. Rechtspopulistische Strö-

Die Ablösung der neoliberalen Ordnung durch einen erneuerten Sozialstaat und globale Weichenstellungen für eine gerechtere Welt sind Herkulesaufgaben, deren Erledigung noch ein Weilchen dauern wird. Wie sich dieser Übergang im Detail vollziehen wird (Crash oder kleine Schritte), wissen wir nicht; wir können lediglich die Inhalte der gesellschaftspolitischen Änderung beschreiben und potentielle Bündnispartner dieses Wandels benennen.

Dies konkretisiert sich im Projekt »Bruch der neoliberalen Hegemonie«, geht aber darüber hinaus.

Eine eingehendere Beschäftigung mit den heute im Bundestag vertretenen Parteien führt zu dem Ergebnis, daß es nach wie vor aus der Geschichte herrührende Anknüpfungspunkte zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten gibt. Diese historischen Gemeinsamkeiten haben sich, auch wenn dies gegenwärtig kaum zu erkennen ist, nicht erschöpft. Sie beziehen sich auf die Ideen der sozialen Gerechtigkeit, des »Mehr Demokratie wagen«, einer europäischen beziehungsweise globalen Friedensordnung. Diese Präferenzen bestimmen darüber, wer sich just diese Partei aussucht (natürlich neben andere Motiven, wie Karriereerwartungen etc.).

Es ist nach dem schwierigen Start dieser Regierung kaum davon auszugehen, daß die Schröder-Regierung dabei ist, ein erfolgreiches und dauerhaftes Modell des »dritten Weges« zu kreieren, das geeignet ist, eine neue Ära zu konstituieren.

mungen nutzten den Frust über die ausgebliebene Abkehr von der herrschenden Austeritätspolitik zu teils spektakulären Stimmengewinnen.

Das Wahlergebnis hierzulande weicht davon ab. Die Rechtskonservativen haben offenkundig ihre Schwäche nach der Niederlage von 1998 nicht völlig überwunden und Rechtspopulisten haben hier (noch) keine Chance. Daher konnten SPD/Grüne noch einmal, gestützt auf die höheren Sympathiewerte für ihre »Leitfiguren«, mit einem blauen Auge davonkommen – trotz verbreiteter Unzufriedenheit über ihre Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Dennoch: Während sich in anderen Ländern die verschiedenen Richtungen des herrschenden Blocks schneller abgenutzt haben, konnte sich hierzulande die Regierungskoalition behaupten. Dies ändert nichts daran, daß die Imperative der neoliberalen Marktdogmatik im Prinzip weiter das Regierungshandeln bestimmen. Ob unter Berlusconi oder unter Schröder, ein Ende ist nicht in Sicht. Es geht eben nicht um eine politische Modeerscheinung, sondern um einen neuen Typ kapitalistischer Akkumulation und einer neuen gesellschaftlichen Regulation, der weltweit (Globalisierung) durchgesetzt wird.

Jede Kraft, die konträr zu diesem Herrschaftsmodell steht, hat es schwer – wie der Blick über unsere Landesgrenzen zeigt. Die Linke ist nicht erst seit der Implosion des »realsozialistischen« Lagers in eine tiefe, andauernde Krise gestürzt worden. Dies betrifft die sozialistischen Strömungen in den kapitalistischen Metropolen ebenso wie die Befreiungsbewegungen der Peripherie.

Während auf dem Geraer Parteitag die Krise des sozialdemokratischen Politikmodells unter den gegenwärtigen Bedingungen benannt wurde, wurde die Krise der radikaleren Linken systematisch ausgeblendet. Dies verwundert nicht, da man ja mit Gera zu diesen Ufern aufbrechen will. Doch statt radikal einfache *Antworten* zu geben, hätte mit Gera begonnen werden müssen, die *Fragen* radikal zu stellen. Wer die Identitätskrise der Linken leugnet, wird keine neuen Antworten finden. Diese hat ihren Ursprung im Verschwinden der »Arbeiterklasse« als politisch relevante Einheit. Dies meint nicht, daß es die Klasse der Lohnarbeiter nicht mehr gäbe. Es besagt allerdings, daß die sozialen und kulturellen Ausdifferenzierungen, der Zerfall der proletarischen Milieus, die Vorstellung eines einheitlichen und einheitlich handelnden Akteurs haben obsolet werden lassen. Die Frage nach dem gesellschaftsverändernden Subjekt beziehungsweise den Subjekten ist damit neu aufgeworfen.

Die Suche nach dem revolutionären Subjekt oder Die Partei der Subalternen

Richtig ist: Die wieder recht hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl verdeckt das wahre Ausmaß der inzwischen weit verbreiteten Politikverdrossenheit. Man konnte es auf der Straße spüren, bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen hat es sich manifestiert: Sehr viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den Parteien und Politikern im Stich gelassen und hadern mit den vielfältigen sozialen Ungerechtigkeiten. Diese Verdrossenheit ist in den »sozialen Brennpunkten« mit Händen zu greifen. Der Schluß, daß es die genuine Aufgabe der PDS sei, diesen Unmut und Frust der immer wei-

Eine der Antworten, die im traditionellen sozialistischen Milieu gegeben werden, lautet: politische Schwerpunktarbeit in den sogenannten »Sozialen Brennpunkten«. Dort bei den Ausgegrenzten, Ausgestoßenen lasse sich am ehesten der Widerspruch gegen kapitalistische »Schweinereien« mobilisieren.

ter an den Rand Gedrängten, der Verunsicherten aufzugreifen und zu bündeln, ist naheliegend. Ist es also nicht das richtige Rezept, die PDS stringent als Partei des sozialen Protests zu profilieren?

Die Partei muß auch Partei des Protests sein, weil ansonsten die rechtspopulistischen Parteien (wie ja bereits in anderen Ländern vor-exerziert) ihren Vorteil aus den endlosen Zumutungen neoliberaler Politik ziehen werden. Es trifft auch zu, daß eine Verschärfung der strukturellen Krisen (mit der Folge der Zunahme sozial Marginalisierter) und die Ausbreitung radikalerer Protestbewegungen nicht auszuschließen ist. Trotzdem wäre es kurzfristig, sich darauf fokussieren zu wollen. Wir müssen dort präsent sein. Hier können wir durch glaubwürdige und beharrliche Interessenvertretung Ansehen und Stimmen gewinnen. Aber eine solide Basis der politischen Arbeit erreichen wir dadurch nicht. Alle Versuche, dort Protestpotentiale zu organisieren, belegen, wie schwierig bis unmöglich es ist, die Betroffenen in eine stetige und verlässliche politische Praxis einzubeziehen. Die existentiellen Sorgen des Alltags scheinen dort übermächtig und blockieren politisches Handeln. Die *outcasts* sind tendenziell ohnmächtig. Parteien, die sich auf die rebellierenden Ausgestoßenen des Kapitalismus stützen wollen, bleiben daher ghettoisiert und letztlich wirkungslos.

Die PDS wird als sozialistische Partei besonders die abhängig Arbeitenden ansprechen müssen (was nicht bedeutet, die Klein- und Mittelunternehmer zu vernachlässigen). Zu den Lohnabhängigen gehören heute sehr viele disparate Schichten/Gruppen/Menschen: zeitweilig Beschäftigte, Stammebelegschaften der Großbetriebe, hochqualifizierte »Arbeitskraft-Unternehmer«.

Linke Politik darf sich nicht auf eine Gruppe – zum Beispiel die Modernisierungsverlierer – verengen. Wir müssen lernen, die verschiedenen Segmente der Lohnabhängigen spezifisch anzusprechen. Eine Partei der Marginalisierten wird chancenlos bleiben. Ohne diejenigen, die in heutigen Schlüsselbereichen wichtige produktive und koordinierende Funktionen haben, wird auf Dauer keine starke außerparlamentarische und parlamentarische Kraft zu formieren sein. Diese Menschen zeichnen sich durch überdurchschnittliche Bildung, Leistungsorientierung, Drang nach Selbstverwirklichung aus. Mit Parolen sind sie nicht zu gewinnen. Der PDS kommt in dieser Lage eine schwierige Brückenfunktion zu. Sie muß eine Verbindung zwischen der Vertretung der an den Rand Gedrängten und der Einbeziehung der im Zentrum der Wirtschaft Tätigen leisten. Sie muß Wege der spezifischen Ansprache herausarbeiten und die beiden Elemente – Protest und kompetente Problemlösungen – miteinander verbinden.

Die PDS ist unerbittlich vor die Aufgabe gestellt, sich eine *neue soziale Basis* zu suchen. Sie kann sich nicht länger auf die alte Dienstleistungsklasse der DDR stützen. Überlegungen, wie sie ihre Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik intensivieren kann, stehen daher ebenso auf der Tagesordnung, wie Fragen nach politischer Sympathiewerbung in den neuen Mittelschichten.

Die Erosion des alten Projekts

Die mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Metamorphose des Kapitalismus (Postfordismus) hat zur Auflösung traditioneller proletari-

Dem Rechtspopulismus entgegentreten, heißt jedoch auch, die Verunsicherung jener Teile der Gesellschaft, die sich durch die Migrationsprobleme in einer doppelten Randlage fühlen – als Arbeitslose/Rentner und als kulturell bedrängte »Eingesessenen-Bevölkerung« in den Stadtteilen – ernst zu nehmen, als es die PDS im Westen bisher tut.

Die Gewerkschaften können ein Lied davon singen, wie schwierig es ist, gerade die Beschäftigten in den »Wachstumsbranchen« des tertiären Sektors (Dienstleistungen) anzusprechen.

Es geht um die Allianz zwischen den Verlierern der neoliberalen Globalisierung und den aufgeklärten Modernisierungsgewinnern in den Zentren der gesellschaftlichen Produktion und Kultur. Nötig sind übergreifende Bündnisse zwischen den Unterprivilegierten, den unter Druck geratenen Mittelschichten und weitsichtigen Vertretern der bürgerlichen Klassen. Proletarische Parteien im traditionellen Sinne haben *keine* Zukunft; subproletarische schon gar nicht.

Die Leuchtkraft der utopischen Idee des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft ist verblaßt und beschmutzt. Die Abgründe der stalinistischen Tyrannei, aber auch der schmäliche Niedergang erstarrter Bürokratenherrschaft hat den Zweifel genährt, ob es überhaupt noch sinnvoll, oder vielmehr überaus gefährlich ist, solche Utopien zu entwickeln.

Die Debatte über das Programm wird zeigen, ob die PDS an einer modernen Definition der sozialistischen Ziele festhält, oder den Rückmarsch zu den alten Lösungen antreten wird. Wer an alten Gewißheiten festhält und die konkret vorfindbaren Realitäten verdrängt, der kann nicht verändern, der ersetzt Politikfähigkeit durch die schale »Kunst« der Agitation.

Hierzu gehört heute unweigerlich das Aufgreifen der Forderungen der Globalisierungskritiker. Diese Bewegung ist keine Modeerscheinung. Sie trifft den Punkt. Nicht zuletzt der 11. September hat ins Bewußtsein gerückt, daß wir es heute mit *Einer Welt* zu tun haben. Globalisierung verbindet sich mit dem Streben der USA, ein neues Empire zu errichten mit dem Herrschaftsregime des Finanzkapitals, ein Regime, das die internationalen Beziehungen ebenso wie nationale Produktionsweisen prägt. ATTAC hat recht, wenn es die internationale Spekulation und den Ausverkauf öffentlicher Güter von Rio bis Rom thematisiert. Hier hat die PDS Nachholbedarf.

scher Milieus geführt. Mit der Durchsetzung eines neuen Akkumulations- und Regulationstyps des Kapitals ist eine Auszehrung der traditionellen Schutzfunktion linker und gewerkschaftlicher Vereinigungen verbunden. Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Lasten der subalternen Klassen wirft die Frage auf, mit welchen neuen Konzepten eine Rückgewinnung des verloren gegangenen Terrains erreicht werden kann. Noch ist die Antwort nicht gefunden. Wer diese Frage mit der Haltung des »Trotz alledem« überspielt, wird sie nicht finden.

Mindestens gleiches Gewicht für die Krise der Linken hat der untergegangene Versuch, eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft zu bauen. Doch gerade die Idee einer insgesamt gerechten und freien Gesellschaft hat die vielen mühseligen Kämpfe des Alltags, in denen es um bescheidenere Ziele wie Arbeitszeitverkürzung oder höhere Entlohnung ging, befeuert. Sie war ein solidaritätsstiftendes Element in den vielfältigen Einzelaktionen. Diese Wechselwirkung ist heute entfallen.

Wer nun meint, die alte Idee sei, bei »gewisser Anerkennung« geschichtlicher Fehler und Irrtümer, einfach wieder aufzupolieren, irrt. Bei der überfälligen programmatischen Erneuerung der PDS wird nicht zuletzt diese Frage eine entscheidende Rolle spielen: Nur wenn die PDS auf die Frage nach dem Modell einer besseren Gesellschaft eine Antwort gibt, die belegt, daß sie lernfähig, kreativ und zukunfts-offen ist, kann sie sich neue Chancen ausrechnen. Sie darf dabei nicht davon abrücken, daß in ihrer Utopie die Emanzipation der Individuen im Mittelpunkt steht – und nichts sonst.

Wer aus der alten Bundesrepublik kommt, die nunmehr die neue Bundesrepublik dominiert, der weiß, daß eine Umgründung der PDS unter (modifiziertem) neu-kommunistischem Vorzeichen da enden wird, wo die Altkommunisten sich bereits trotziger eingerichtet haben – im Abseits. – Noch kann der Zug der PDS vor einem solchen Entgleisen bewahrt werden.

Erneuerung des Sozialstaates – Zähmung des Casinokapitalismus

Gebraucht werden klare Konzepte eines erneuerten Sozialstaats und der internationalen Einhegung des transnational wuchernden Kapitals, die zu einer Strategie der Beendigung der marktradikalen Hegemonie verdichtet werden müssen. Eine solche Fokussierung – Alternativen zum neoliberalen *mainstream* – hätte die PDS, freilich ohne avantgardistisches Getöse, emotional und sachkompetent in den Wahlkampf einbringen müssen. Dies ist nicht gelungen.

Die Krise der sozialistischen Linken hat zu derben Einbrüchen in allen westeuropäischen Ländern geführt. Ausnahme war bisher Deutschland wegen der Besonderheit »DDR«. Die PDS konnte gesamtdeutsch an das Potential übriggebliebener, früher enorm starker kommunistischer Parteien in Frankreich, Italien, Spanien und anderswo heranreichen und in Ostdeutschland sogar eine Art Volkspartei werden. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß sie als bei weitem mitgliederstärkste Partei des Ostens die oben genannte Schutzfunktion (hier: gegenüber dem »Westen«) wahrnehmen konnte. Diese Besonderheit schwächt sich aber mehr und mehr ab – schon aufgrund der Altersstruktur der PDS. Ohne eine organisatori-

sche und personelle Erneuerung wird die PDS diese Rolle nicht mehr spielen können. Die Wahl 2002 hat überdies gezeigt, daß der Drang der Ostdeutschen »gesamtdeutsch« zu werden, zunimmt. Die Abfuhr für Stoiber, der als »Spalter« empfunden wurde, die Gewinne für die SPD, von der man sich jetzt eine neue Aufbau-Anstrengung erhofft, aber auch das relativ gute Abschneiden der Grünen (»Fischer-Bonus«), weisen auf diesen Umstand hin. Die Wahlkampflosung der PDS »Macht den Osten stark«, die von der Teilung der Republik ausgeht, erscheint wenig einleuchtend und attraktiv. Eine authentische Interessenvertretung wird nur erfolgreich sein, wenn sie sich mehr als bisher als gesamtdeutsche Kraft darstellt und behauptet. Kritik an der anhaltenden Peripherisierung des Ostens muß daher aus der Sicht deutscher/ europäischer Politik formuliert werden.

Schlüsselfrage: Im Westen vorankommen

Die PDS wird den Wiedereinzug in den Bundestag nicht mehr schaffen, wenn sie nicht im Westen nennenswert zulegt. Dies gibt allen Grund, um über die Stagnation der Partei nachzudenken. Umso bizarrer ist es, daß sich der Parteitag in Gera nicht eingehender mit dieser Thematik beschäftigt hat. Doch vielleicht hätte man dann einige der Schlußfolgerungen problematisieren müssen. Das enttäuschende Wahlergebnis kontrastiert zu den Erfahrungen des Wahlkampfes in den alten Bundesländern. Allenthalben war die Akzeptanz der Partei gewachsen, beschäftigten sich mehr Menschen mit den Positionen der Sozialisten. Zeitweilig äußerten weit mehr als zwei Prozent ihre Bereitschaft, dieses Mal PDS zu wählen. Es mag kühn klingen, aber: Das Potential für eine Verdopplung der Stimmen ist vorhanden. Doch die PDS im Westen leidet nicht nur unter dem Ost-Image der Partei, sie ist auch in unseren Breitengraden zu wenig »faßbar«. Am Weg, über kommunale Interessenvertretungen Personen bekannter zu machen, führt kein Weg vorbei. Die PDS hat nur noch dann eine Chance, wenn sie neue, kreative Köpfe im Westen gewinnt und gerade hier eine breiter angelegte Politik verfolgt.

Die Probleme einer Marginalisierung der ostdeutschen Bundesländer bleiben, verschärfen sich zum Teil noch. Die davon besonders betroffene jüngere Generation will aber eine Änderung nicht durch Abwendung vom Westen erreichen. Sie fordert zu Recht und rigoros gleiche Lebenschancen ein.

Die PDS wird sich auf die multikulturell geprägten städtischen Bereiche konzentrieren müssen. Hier erreichen die Grünen in aller Regel zwischen fünfzehn und dreißig Prozent, in manchen Stimmbezirken sogar mehr. Daraus folgt zweierlei: Die PDS kann mit einem modernen ökologischen Profil nicht entscheidend gewinnen, aber ohne ein solches entscheidend verlieren. Zum zweiten wird sie ohne Grundstandard an Intellektualität und ohne die Aneignung »bürgerlicher« Umgangsformen nicht weiterkommen. Gregor Gysi hat eben nicht nur die Eliten fasziniert, sondern auch den Menschen »ganz unten« imponiert, weil er es denen »da oben« mit seiner Intelligenz gezeigt hat.

MARLENE KÜCK

Bankenkrise und Marktaustrittsprozeß

Überblick

Der deutsche Bankensektor befindet sich in der tiefsten Krise seit Anfang der 50er Jahre. Bankvorstände und Direktoren sprechen hinter vorgehaltener Hand davon, daß sie eine derart schwierige Situation in ihrer gesamten Laufbahn noch nicht erlebt hätten. Diese Einschätzung wird jedoch kaum öffentlich verbreitet. Die offizielle Lesart der Krise lautet: Die Situation sei zwar schwierig, jedoch absolut beherrschbar. Die Stabilität der deutschen Banken wäre deshalb in keiner Weise in Frage zu stellen (so Klaus-Peter Müller, Vorstandschef der Commerzbank). Auf jeden Fall sei es aber abwegig, bereits »japanische Verhältnisse« zu unterstellen und davon auszugehen, daß in nächster Zukunft mit einem Zusammenbruch einer deutschen Großbank zu rechnen sei.

Doch allen Dementis zum Trotz breitete sich Anfang Oktober 2002 im Finanzdienstleistungssektor das Gerücht aus, die Commerzbank würde über erhebliche wirtschaftliche Probleme verfügen, die bereits in eine Liquiditätskrise eingemündet seien. Daraufhin brach der Kurs der Commerzbank-Aktie ein und erreichte einen historischen Tiefstand von 5,04 € (9. 10. 2002). Diese Kurseruption rief die Commerzbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin) auf den Plan. Letztere leitete, um der Bank zur Seite zu stehen, eine Voruntersuchung ein, um zu prüfen, ob »jemand die Aktie der Commerzbank bewußt durch Gerüchtestreuung ›in den Keller‹ treiben wollte«. Jedoch beließ es die BAFin nicht bei dieser Parteiennahme zugunsten einer einzelnen (Groß-) Bank. Zusätzlich meldete sich, trotz der offiziell im Bankensektor zur Schau getragenen Gelassenheit, der Vizepräsident der BAFin Caspari zu Wort und löste damit einen noch nie dagewesenen, dem Neutralitätsgebot des Kreditwesengesetzes widersprechenden Vorgang aus. Er erklärte: »Von einer Zuspitzung der Lage im deutschen Bankenwesen kann nicht die Rede sein. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, die betroffenen Banken könnten die internationalen Eigenkapitalstandards zum Jahresende nicht einhalten. Insgesamt fehlt mir jedes Verständnis für die gegenwärtige Übertreibung des Marktes, insbesondere für die Zweifel an der Liquidität deutscher Institute.« (Pressemitteilung der BAFin vom 10. 10. 2002)

Diese Mitteilung läßt nicht nur die erwähnte (deutliche) Parteiennahme, sondern auch Aufgeregtheit erkennen. Die Diskussion sowohl über die Stabilität als auch über die Schwächen der deutschen Banken läßt sich nicht mehr unterdrücken. Wo liegen nun die größten Schwächen und die damit einhergehenden Stabilitätsgefahren ?

Marlene Kück – Jg. 1953, Dipl.-Volkswirtin, Dr. rer. pol., ehemals Professorin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und an der FHW Berlin, Aufsichtsratsvorsitzende der BkmU Bank AG; Arbeitsgebiete: Bankbetriebswirtschaftslehre, Investition und Finanzierung, Betriebswirtschaftslehre kleiner und mittlerer Unternehmen.

Presseüberschriften im Herbst 2002: »In der Finanzklemme« (*Financial Times Deutschland*, 21. August); »Manifest der Bankenkrise« (*Börsen-Zeitung*, 17. September); »Finanzbranche steckt in tiefer Krise« (*Die Welt*, 19. September); »Die Krise der Banken« (*Süddeutsche Zeitung*, 10. Oktober); »Ertragsprobleme, aber keine Liquiditätsgpässe« (*Financial Times Deutschland*, 11. Oktober).

Die Schwächen der Kreditinstitute

Die Antwort läßt sich vergleichsweise einfach finden. Alle Banken – unabhängig von ihrer Gruppenzugehörigkeit – leiden an einem viel zu geringen *Ertragspotential* und einem überproportionalen *Aufwandsblock*. Die geringen Erträge haben ihre Ursache in den dramatischen Kursrückgängen an den Aktienmärkten und in der rückläufigen konjunkturellen Entwicklung. Beide Faktoren wurden bereits im vorangegangenen Jahr 2001 sichtbar, allerdings verstärkten sie sich im laufenden Jahr nochmals.

Die Kursrückgänge als Ursache des zusammengebrochenen Kapitalmarktes ließen zunächst das zuvor expansiv betriebene *Investmentbanking* (Emissionsgeschäft, Mergers & Acquisitions) und die hier erzielten Emissionserlöse einbrechen. Ebenso schmälerten die Kursrückgänge die *Eigenhandelsgewinne* der Banken, die in den Jahren 1999 und 2000 noch im erheblichen Umfang zu Buche schlugen. Schließlich induzierte die Krise am Kapitalmarkt ein Abschmelzen der *Provisionserträge* aufgrund einer gebremsten Nachfrage der Investoren nach Aktien.

Die Zahlen für das Geschäftsjahr 2001 finden – allerdings auf viel höherem Niveau – ihre Entsprechung im laufenden Jahr 2002.

Allerdings verursachen die erwähnten Kursrückgänge nicht nur verringerte Eigenhandelsgewinne und Provisionserträge; sie verursachen auch die verstärkte Notwendigkeit zur Bildung von *Abschreibungen auf Wertpapiere des Handels- und des Anlagebestandes*. Dieser Bewertungsaufwand ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Die genauen Zahlen für diesen Aufwandsbereich lassen sich jedoch nicht festmachen. Nur soviel: Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere stiegen von 551 Mio. € im Jahr 1999 auf 1 747 Mio. € im Jahr 2000 und auf 1 814 Mio. € im Jahr 2001 (Deutsche Bundesbank 2002, S. 33). Für das laufende Jahr 2002 liegen noch keine Zahlen vor. Es ist allerdings zu erwarten, daß die 2 Mrd. Euro-Marke vor dem Hintergrund der dramatischen Kurseinbrüche, die zu einem Stand des DAX unterhalb von 3000 Punkten führten, erreicht wird. Hierbei sind die *stillen Lasten* noch gar nicht berücksichtigt. Sie erfassen die Differenz zwischen dem Anschaffungskurs für die im Anlagevermögen bilanzierten Wertpapiere und dem (niedrigeren) aktuellen Kurs dieser Papiere am Bilanzstichtag. Die stillen Lasten brauchen entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften (§ 253 Abs. 1 HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (§ 35 Abs. 1) so lange nicht als Aufwand gebucht werden, solange nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen ist und eine Dauerbesitzabsicht vorliegt. In diesen Fällen kann das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt werden. Allerdings herrscht in Fachkreisen, speziell unter Wirtschaftsprüfern, Einigkeit darüber, daß bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung, und dies dürfte dann der Fall sein, wenn seit mehr als zwölf Monaten der aktuelle Kurs unterhalb des Kaufkurses liegt und der Aktienwert einer »problematischen Branche« (zum Beispiel Telekommunikation) angehört, eine Abschreibung vorzunehmen sei. Nun ist zu erwarten, daß mit dem Bilanzstichtag 31. 12. 2002 viele Kreditinstitute ge-

Gerüchte um eine Bankenkrise führten zum Einbruch der Commerzbank-Aktie. Die BAFin sah sich veranlaßt, mit einer Pressemitteilung und einer Voruntersuchung zur möglichen Kursmanipulation der Commerzbank zur Seite zu stehen.

Die Schwächen der Kreditinstitute liegen in geringen Erträgen aus dem Bereich Investmentbanking, Eigenhandel und Wertpapierhandel für Kunden.

»So fielen die Aktienumsätze an deutschen Börsen mit 3,28 Billionen € deutlich hinter diejenigen des Jahres 2000 zurück (4,62 Billionen €); zudem brach die Mittelanlage in Aktienfonds mit 5,1 Mrd. € (nach 38,5 Mrd. € in 2000) nahezu ein.« (Deutsche Bundesbank 2002, S. 26).

Die Aufwendungen werden durch Abschreibungen auf Wertpapiere in die Höhe getrieben. Die stillen Lasten der Wertpapiere sind oft noch gar nicht in den Jahresabschlüssen berücksichtigt.

»Trotz der überall gestarteten Kostensenkungsprogramme plagen die deutschen Großbanken nach wie vor massive Ertragsprobleme.« (*Financial Times Deutschland*, 11. Oktober 2002)

»Es ist noch nicht lange her, da stritt man in Deutschland über die Macht der Banken. Aus heutiger Sicht ist das schon fast ein lustiger Gedanke. Die Geldhäuser erleben das mit Abstand schwerste Jahr ihrer Geschichte, die meisten sind nur noch ein Schatten ihrer selbst. Der Verfall von Macht und Ruhm läßt sich an den Aktienkursen ablesen.«
(*Süddeutsche Zeitung*, 10. Oktober 2002)

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nimmt durch die dramatische Ausweitung der Unternehmensinsolvenzen spürbar zu. Besonders Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind hiervon betroffen. Dabei ist »die derzeitige Pleitewelle – in diesem Jahr werden voraussichtlich 40 000 Betriebe Insolvenz anmelden müssen – möglicherweise erst der Beginn eines tiefgreifenden Wandels der hiesigen Firmenlandschaft.«
(*Süddeutsche Zeitung*, 11. September 2002).

Schließlich sind die Kreditinstitute mit sehr hohen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konfrontiert. Diese stiegen um 4,3% auf eine absolute Größe von nunmehr 81 Mrd. € im Jahr 2001 an. Maßgeblichen Anteil daran hatte der wachsende Sachaufwand, der mit gut 6,5% (2,3 Mrd. €) auf insgesamt 38,0 Mrd. € wuchs (Deutsche Bundesbank 2002, S. 27 f.). Die Ursachen für den Anstieg sind primär in Investitionen in den IT-Bereich begründet.

zwungen sein werden, ihre stillen Lasten – und zwar auf Druck der Abschlußprüfer – offen zu legen, so daß es nochmals über zusätzlich zu bildende Wertkorrekturen zu einem Aufwärtstrend bei den Aufwendungen kommt.

Aber damit nicht genug. Die konjunkturelle Entwicklung hinterläßt nicht nur tiefe Spuren auf dem Kapitalmarkt – sie wirkt sich auch dramatisch auf das *Kreditgeschäft* der Banken aus und schlägt sich hier in einer merklichen Ausweitung der Risikovorsorge nieder. Schuld daran ist die mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbundene hohe Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Diese nahmen im Jahr 2001 um 14,3% auf 32 278 zu und erhöhten sich im ersten Halbjahr 2002 nochmals um 25,2% oder auf insgesamt 18 800 Insolvenzfälle (*Creditreform* 2002). Die Konsequenz: Der Aufwand für die Bewertung von Krediten und Forderungen sowie Wertpapieren stieg im gesamten Bankensektor von 15,9 Mrd. € (2000) um 3,6 Mrd. € auf 19,5 Mrd. € (2001) an (Deutsche Bundesbank 2002, S. 31). Der Anteil der Wertkorrekturen, die hierbei auf die Wertpapiere, die im Umlaufvermögen bilanziert sind, entfallen, ist eher (sehr) gering. Der große Brocken ist damit dem Kreditgeschäft zuzuordnen. Innerhalb des Bankensektors verteilen sich dabei die Kreditlasten sehr unterschiedlich. Der Sparkassen- und Genossenschaftsbankensektor ist hiervon weit stärker betroffen als der Großbankensektor.

Die gesamten, erfolgsbelastenden Faktoren finden ihren Niederschlag in einem Zusammenbruch des Betriebsergebnisses, des Jahresüberschusses (vor Steuern) und der Eigenkapitalrentabilität. Alle drei Erfolgsgrößen beziehungsweise -kennzahlen brechen – und dies schon seit mehreren Jahren – deutlich ein, wie die folgende Übersicht zeigt:

Tabelle 1:
Wichtige Erfolgsgrößen des Bankensektors im Zeitraum 1999 bis 2001 (in Prozent)

Bezeichnung / Jahr	1998	1999	2000	2001
Betriebsergebnis	0,41	0,41	0,30	0,18
Jahresüberschuß (vor Steuern)	0,61	0,35	0,29	0,20
Eigenkapitalrentabilität	19,34	11,22	9,32	6,23

Das Betriebsergebnis und der Jahresüberschuß wurden in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme errechnet.

Das Betriebsergebnis stellt das Ergebnis nach Bewertung dar.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht für September 2002, S. 34 und 39.

Immer weniger Banken

Die schwierige Erfolgslage der Kreditinstitute bleibt nicht ohne Folgen. Durch eine Konzentration auf »größere Einheiten« wird versucht, die Ertrags- und Aufwandssituation in den Griff zu bekommen. Es kommt daher zu Fusionen und Verschmelzungen im Bankensektor. Dieser Konsolidierungsprozeß ist besonders extrem im

Sparkassensektor und im genossenschaftlichen Bankensektor. Hier existiert auch noch die größte Zahl »kleinerer Banken«. Diese kleinen Banken gelten als kaum noch überlebensfähig und extrem risikobehaftet. Die Bankenverbände – allen voran die Genossenschaftsverbände (mit ihren genossenschaftlichen Prüfungsverbänden) – setzen alles daran, kleinere Institute auf größere Institute zu verschmelzen oder zu liquidieren. Sie erhalten dabei die volle Rückendeckung der BAFin. Die Aufsichtsbehörde empfindet, so ein Abteilungsleiter, »kleine Banken als arbeitsintensiv und risikoträchtig«. Die Entwicklung der Zahl der Banken in Deutschland zeigt Tabelle 2:

Die negative Erfolgsbilanz ruft die Bankenverbände und die BAFin auf den Plan. Sie versuchen, den Markt durch Fusionen und Liquidationen von Banken zu bereinigen. Die Zahl der Institute geht daher seit Jahren zurück.

Tabelle 2:

Entwicklung der Zahl der Banken im Zeitraum von 1999-2001

Bankengruppe/Jahr	1999	2000	2001
Alle Banken	2.993	2.733	2.517
Kreditbanken	315	314	303
Landesbanken	13	13	13
Sparkassen	578	562	534
Zentralbanken (Geno)	4	3	2
Kreditgenossenschaften	2.035	1.795	1.621
Realkreditinstitute	32	31	28
Banken mit Sonderaufgaben	16	15	16

Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht für September 2002, S. 27.

Das oligopolistische Netzwerk

Warum sind nun kleine Banken arbeitsintensiv und risikoträchtig? Diese Frage läßt sich nicht objektiv beantworten – sie manifestiert ein Vorurteil. Es gibt genügend Beispiele dafür, daß kleine Banken (primär im Bereich der Kreditbanken) Erfolgskennzahlen aufweisen, die erheblich günstiger liegen als der Branchendurchschnitt. Die Ursachen sind zumeist in einer Spezialisierungsstrategie, die höhere Erträge abwirft und in einen geringeren Personal- und Sachaufwand einmündet, begründet. Beides ist der Finanzdienstleistungsaufsicht und dem eng mit ihr zusammenarbeitenden Verbandssektor (genauer: den kooperierenden Prüfungsverbänden) suspekt. Die Spezialisierungsstrategien – und die gelegentlichen Innovationen im Organisations- und Verwaltungskonzept – ziehen arbeitsintensive Prüfungsvorgänge der Aufsicht nach sich.

Kleine Banken gelten (für die BAFin) als »arbeitsintensiv und risikoträchtig«.

Der Risikogehalt des Bankkonzeptes wird nun grundsätzlich darin gesehen, daß kleinere Institute aufgrund einer geringeren Eigenkapitalausstattung und einer geringeren Reservebildung Krisen kaum auffangen könnten, ein Zusammenbruch also zu Lasten der Einlagensicherungssysteme und damit der (größeren) Institute ginge, die mit ihren höheren, am Umfang des Geschäftsvolumens orientierten Beiträgen zur Einlagensicherung die eigentlichen Ausfälle bei Kleinbanken zu tragen hätten. Ganz praktisch gesprochen hat also in der Denkweise der Verbände und der Aufsicht Großbank A mit einer erheblichen Beitragsverpflichtung zur Einlagensicherung den Zusammenbruch der Kleinbank B, die zuvor aufgrund ihres geringen

Geschäftsvolumens nur geringe Einlagensicherungsbeiträge eingezahlt hat, zu übernehmen. Wenn für die Übernahme dieser Risikofunktion Großbank A zuvor auch noch von der Kleinbank B in einem – vorwiegend regionalen – Marktbereich wettbewerbspolitisch – und wenn auch nur partiell – bedrängt wurde, wird deutlich, warum Kleinbanken keine (wahre) Existenzberechtigung von den Verbänden und den sie tragenden (großen) Kreditinstituten zugestanden wird.

Eine bemerkenswerte Vor- aussage: »Wenn sich die Banken nicht etwas Neues einfallen lassen, dann werden sie in den kommenden Jahrzehnten zu einer schrumpfenden Industrie.« (Wolfram Engels: Über die Zukunft der Banken, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 48, 22. 11. 1991, S. 98)

Daß die BAFin sich dieser wettbewerbsbeeinträchtigenden Maxime anschließt, ist nicht weiter verwunderlich. Ihre Aufgabe ist es, alles zu unternehmen, damit keine Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen der Banken gegenüber ihren Anlegern (Gläubigern) eintritt (§ 46 Abs. 1 KWG sowie § 6 Abs. 2 KWG). Eine Gefahrenabwehr scheint nun größeren Instituten eher möglich zu sein. Sie sind in ein oligopolistisches Netzwerk eingebunden, das in Krisenphasen regelrechte Auffangbemühungen der Partner (im Sparkassen-sektor: die Kommunen, Städte und Länder, im Genossenschafts-sektor: die Verbände und große Kreditgenossenschaften, im Kreditbankensektor: Bankenverband und große Banken) erzwingt. Sollte nämlich keine konstruktive Lösung erfolgen, würde dies zu einer Überforderung der Einlagensicherungssysteme und zu einem (nachhaltigen) Vertrauensverlust im Finanzdienstleistungssektor führen. Dies kann sich das oligopolistische Netzwerk nicht leisten und hierauf setzt die Finanzdienstleistungsaufsicht!

Die Unterstützungsleistungen der BAFin für das Netzwerk bestehen nun in einer aktiven aufsichtsrechtlichen Begleitung des Marktaustrittsprozesses (Verschmelzungs- oder auch Insolvenzprozeß) kleiner Banken. Allerdings nicht nur! Wenn es darauf ankommt, ergreift die BAFin, wie im Fall Commerzbank, unmittelbar Position für ein Einzelinstitut. In diesem Sinne kommt der BAFin auch nicht mehr die Rolle eines unabhängigen »Aufsehers« zu. Sie ist vielmehr Teil des Gesamtnetzwerkes – und, wie sich später noch zeigen wird, sie ist nicht der mächtigste Teil, sondern eher eine »abgeleitete Instanz«, die in erheblichem Maße der Einflußnahme der Prüfungsverbände unterliegt. Zunächst soll jedoch dargestellt werden, wie die BAFin den Austrittsprozeß kleiner Banken aus dem Markt unterstützt.

Der Marktaustrittsprozeß (allgemeine Aspekte)

Der Austrittsprozeß läuft immer nach dem gleichen Muster ab. Ausnahmen kommen nur dann zustande, wenn die Finanzdienstleistungsaufsicht »übereilt« handeln muß, weil ein Institut durch Finanzmanipulationen (Betrug oder Untreue) in die Krise geraten ist.

Sind keine derart motivierten Sofortmaßnahmen notwendig, geht die Finanzdienstleistungsaufsicht »planmäßig« vor. Voraussetzung dafür ist der Input eines *Prüfungsverbandes*. Stellt dieser im Rahmen von Jahresabschluß- oder Einlagensicherungsprüfungen fest, daß ein (kleines) Kreditinstitut als zu risikoreich gilt, kommt es zunächst zu *informellen Absprachen* mit dem zuständigen Fachreferat der BAFin. Anschließend wird durch den jeweiligen Verband die Abfassung des Prüfungsberichtes vorgenommen. Hierin kommt es, unabhängig von der im Kreditinstitut tatsächlich vorgefundenen

Die Phasen des (geplanten) Austrittsprozesses: Informelle Absprachen und ein Prüfungsbericht, der auf Standardschwächen hinweist (Risikolage, § 18 KWG, Innenrevision, organisatorische Mängel, fehlende Eignung der Geschäftsführer).

Mängel, zur Auflistung von Standardschwächen. Diese betreffen grundsätzlich immer die (erhöhte) *Risikolage* im Kredit- oder Wertpapiergeschäft, die häufig an einer unzureichenden *Erfüllungsquote* des § 18 KWG (Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse) und einer mangelhaften *Innenrevision* festgemacht wird. Aus der erfolgten Risikoeinschätzung werden in einem zweiten Schritt organisatorische Mängel abgeleitet und geschlußfolgert, daß damit eine Verletzung der Pflichten nach § 25a KWG vorliegt. Letztere dienen in Kombination mit der Risikolage als ein unzweifelhaftes Indiz für die *fehlende fachliche und persönliche Eignung der Geschäftsleiter* eines Institutes (§ 33 Abs. 1 KWG).

Die Rolle der Prüfer im Austrittsprozeß

Die »erhöhte Risikolage« als Standardschwäche beruht immer auf einer Prognoseentscheidung der Prüfer. Sie beurteilen die wirtschaftliche Kreditwürdigkeit von einzelnen Kreditengagements bei Banken, die für einen Austrittsprozeß vorgesehen sind, extrem skeptisch. Vor allem nehmen sie aber Herabstufungen bei den Sicherungswerten vor. Dazu ein Beispiel: Gilt im allgemeinen der Grundsatz, daß Grundpfandrechte (zumindest) mit 60% des aktuellen Verkehrswertes (§§ 11,12 Hypothekbankgesetz) zu bewerten sind, trifft dies für Kreditengagements von Banken, die in den Austrittsprozeß einbezogen werden sollen, nicht mehr zu. Hier werden Abschläge auf den Verkehrswert, mit teilweise waghalsigen Begründungen, gefordert, zum Beispiel in der Form, daß ein (öffentlich vereidigter) Verkehrswertgutachter nicht über die nötige Unabhängigkeit (!) verfügen würde und von daher Korrekturen an seiner Verkehrswertschätzung vorzunehmen seien. Die Folge: Die Sicherungswerte des Kreditengagements schrumpfen, die Blancoanteile nehmen zu und sind nach der Logik der Prüfer in eine Einzelwertberichtigung, die die Risikovorsorge nach oben treibt, einzubeziehen. Bei anderen Banken dagegen wird von den gleichen Prüfern keine Einzelwertberichtigung, die Blancoanteile erfaßt, verlangt.

Dieses willkürliche Verhalten der Prüfer ist durch nichts zu stoppen, da die BAFin ja Teil des erwähnten oligopolistischen Netzwerkes ist und selbst dann, wenn sie die ihr eigentlich per Gesetz zugeordnete *unabhängige Rolle* einnehmen wollte, diese nicht ausfüllen könnte. Dazu fehlt der Oberbehörde schlicht und einfach die *Fachkompetenz*. Konkret: Die BAFin hat keine eigenen Prüfungsmitarbeiter, die in der Lage wären, die Prüfungsfeststellungen der Verbandsprüfer kritisch, im Sinne einer Revision, zu beurteilen oder sich sogar durch eigene Prüfungshandlungen einen Einblick in die Lage eines Kreditinstitutes zu verschaffen. Auf jeden Fall führt das prüfungsbezogene Unvermögen der Behörde dazu, daß sie fast jeder Prüfungsfeststellung, und sei sie noch so abwegig, »auf den Leim« geht.

Die Beliebigkeit des Handelns der Prüfer zeigt sich noch an einem anderen Beispiel: Einem Kreditinstitut (hier der BkM Bank AG in Berlin) wird vorgeworfen, die Erfüllungsquote im Bereich des § 18 KWG sei mit 89,6% (Nichterfüllungsquote: 10,4%) zu gering. Die Erwiderung der Bank, daß im Bankensektor im Durchschnitt die Erfüllungsquoten zwischen 85% und 88% liegen würden und damit ein herausragender Wert erreicht worden sei, bleibt unbeachtet. In

Die BAFin folgt den willkürlichen Bewertungen, weil sie über keine Fachkompetenz zur Überprüfung verfügt. BAFin übernimmt daher keine unabhängige Rolle.

Die Nichterfüllungsquote gemäß § 18 KWG stellt einen beliebten Spielball dar.

Die Durchschnittswerte wurden im Rahmen einer Befragung unter drei großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften – KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Arthur Andersen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und PwC Deutsche Revision – im Juni 2000 ermittelt. Alle drei Prüfungsgesellschaften gaben – je nach Branche – Nichterfüllungsquoten zwischen 12% und 16% an.

Meldefehler unterlaufen den Kreditinstituten bei den sehr komplexen aufsichtsrechtlichen Meldeanforderungen, die für Groß- und Millionenkredite, für die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Grundsatz I und II) sowie für übrige Bereiche (Auslagerungen etc.) entwickelt wurden, relativ oft.

Die BkmU-Bank (Bank für kleine und mittlere Unternehmen) wurde 1994 gegründet. Sie hatte sich vor allem der Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, insbesondere in Berlin und in den neuen Ländern, verschrieben. – Am 6. Mai 2002 hatte die BAFin für die BkmU Bank ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen, woraufhin die Bank ihre Geschäfte einstellen mußte. Außerdem wurde die Schließung des Kreditinstituts für den Verkehr mit der Kundschaft angeordnet und die Entgegennahme von Zahlungen untersagt, die nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber dem Kreditinstitut bestimmt sind. Als Begründung wurde die Überschuldung der Bank angegeben. Am 31. August wurde gegen die Bank das Insolvenzverfahren eröffnet.

Die Durchführung der Sonderprüfung nimmt die Behörde, da sie über keine eigenen Kompetenzen verfügt, nicht selber vor, sondern delegiert diese an externe (große) Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die im Rahmen der Prüfungen als Verwaltungshelfer der BAFin tätig werden.

einer Stellungnahme argumentiert der zuständige Prüfungsverband und (davon abgeleitet) die BAFin sogar, die im § 18 KWG verankerte aufsichtsrechtliche Vorschrift würde den Nachweis einer Erfüllungsquote von 100% verlangen. Dieser Wert ist in der Praxis von keinem Kreditinstitut zu erreichen und mutet daher realitätsfern und utopisch an. Die strenge Auslegung der Rechtsnorm deutet, wie oben schon für die risikopolitische Behandlung der Blancoanteile erwähnt, eine Ungleichbehandlung an: Während eine Bank, die in den Austrittsprozeß hineingezogen werden soll, die § 18 KWG-Anforderungen eins zu eins umzusetzen hat, wird gegenüber anderen Banken eine liberalere Anwendung der Rechtsnorm praktiziert. Da nun aber eine 100-Prozent-Quote nicht zu erreichen ist, stellt die § 18 KWG-Norm nur ein Vehikel zur Erreichung von Selektionsmaßnahmen (Austritt) dar.

Haben die Prüfer erst einmal die Hürde »Risikolage« und »Erfüllungsquote des § 18 KWG« genommen, lassen sich »organisatorische Probleme« vergleichsweise einfach ableiten und schlußfolgern, daß die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Geschäftsführung (primär an das Risikomanagement, das Risikocontrolling und die Innenrevision) nicht erfüllt sind (§ 25a KWG). Oft wird die Organisationsschwäche noch an (verursachten) *Meldefehlern* festgemacht. Aber auch hier wird wieder mit zweierlei Maß gemessen. Während bei nicht zum Austritt vorgesehenen Kreditinstituten die Meldefehler vom Prüfer lediglich im Prüfungsbericht erwähnt werden und keine weiteren Folgen haben, kommt es bei den zum Austritt – also zum Sterben – verurteilten Instituten zu einer breiten Berichterstattung, wobei vom Prüfer als Ursache des Fehlers wiederum auf Organisationsprobleme und häufig auf »schlechtes Personal« hingewiesen wird.

Abberufung von Geschäftsleitern und Sonderprüfungen

Die Ausführungen zur Bewertungspraxis (Risikolage), zum § 18 KWG und 25a KWG, zu Meldefehlern und zur Innenrevision umschreiben ein durchsichtiges Manöver, das üblicherweise die Geschäftsleiter der betroffenen Banken zu erheblichem Protest verleitet; sie sehen hierin ein hochgradiges, von subjektiven Erwägungen geleitetes (parteiisches) Handeln. Dies wiederum ist auch den Prüfungsverbänden und der Aufsichtsbehörde klar. Sie können eine dauerhafte Gegenwehr der Geschäftsleiter nur vermeiden, wenn sie deren Abberufung, begründet mit der fehlenden fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit, betreiben. Nur wenn die Geschäftsleiter neutralisiert werden, läßt sich frei über ein Institut verfügen. Allerdings ist hierzu wiederum ein Prüfungsvorgang erforderlich.

Sobald die Verbandsprüfer ihren Prüfungsbericht für das zu selektierende Institut vorgelegt haben, veranlaßt die Finanzdienstleistungsaufsicht gemäß § 44 Abs. 2 KWG eine *Sonderprüfung*, um die Feststellungen der Verbandsprüfer einer Revision zu unterziehen. Diese Maßnahme hat auf den ersten Blick etwas Sympathisches. Es wird der Anschein erweckt, als könne in einem weiteren Prüfungsprozeß mehr Objektivität hergestellt werden. Dies ist aber nicht der Fall. Die Prüfungen nach § 44 KWG werden nur durchgeführt, um seitens der BAFin dem im Verwaltungsrecht verankerten Amtser-

mittlungsgrundsatz als Voraussetzung zum Erlaß der ins Auge gefaßten Bescheide (Abberufungsbescheide, später: Bescheid über die Aufhebung der Erlaubnis etc.) entsprechen zu können, also nachweisen zu können, daß sich die Behörde einen eigenständigen Einblick in die wirtschaftliche und personelle Situation des Kreditinstitutes verschafft hat. Die Prüfungen dienen deshalb nur zur Bestätigung der bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse.

Vor Beginn der Sonderprüfung führt nun der Referatsleiter der BAFin üblicherweise ein Einführungsgespräch mit dem Prüfungsleiter der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Es liegt auf der Hand, daß es hierbei zur Weiterleitung der Prüfungsvorgaben und Prüfungsergebnisse kommt. Am Ende der Sonderprüfung wird dann ein Abstimmungsprozeß durchgeführt, das heißt, Sonderprüfer und Verbandsprüfer stimmen sich unter Einschaltung der BAFin ab; es findet ein »Abgleich« statt. Am Ende steht daher ein Sonderprüfungsbericht, der zu den gleichen Resultaten gelangt wie der Bericht der Verbandsprüfer. Allerdings finden solche »Abgleiche« nur dann statt, wenn ein Institut zum Marktaustritt gezwungen werden soll.

Das (von der BAFin initiierte und begleitete) Abstimmungsverfahren stellt einen glatten Verstoß gegen die Berufspflichten der Wirtschaftsprüfer dar. Diese sind gemäß § 55a Abs. 1 WPO zur strikten Unabhängigkeit und nach § 49 WPO zur Unbefangenheit (Einnahme einer neutralen Stellung) verpflichtet. Die Verletzung ihrer Berufspflichten riskieren die Wirtschaftsprüfer (Sonderprüfer) dennoch! Dies hängt nun primär damit zusammen, daß die Beauftragung von Sonderprüfungen durch die BAFin für die (großen) Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ein lukratives Geschäft darstellt.

Die (beauftragten) Wirtschaftsprüfer wollen dieses Geschäft nicht verlieren und lassen sich deshalb in den von der BAFin geforderten Gleichklang der Prüfungsergebnisse einbinden. Diese Einbindung scheint bei bestimmten Prüfungsgesellschaften, zum Beispiel BDO Deutsche Warentreuhand AG und Deloitte & Touche, besonders reibungslos zu funktionieren.

Beide Prüfungsgesellschaften treten immer dann in Erscheinung, wenn für ein Kreditinstitut der Marktaustritt vorgesehen ist. Hierbei scheint es der BAFin gleichgültig zu sein, daß die erwähnten Prüfungsgesellschaften in der Vergangenheit aufgrund fehlerhaft erteilter Testate, unter anderem bei der Bankgesellschaft Berlin (oder ihren Tochtergesellschaften), in der öffentlichen Kritik standen.

Welchen Einfluß das von der BAFin rechtswidrig geforderte Abgleichen von Prüfungsergebnissen hat, zeigt sich gerade bei der *Bankgesellschaft Berlin*. Bereits am 31. Mai verkündete das Amt, der zusätzliche Wertberichtigungsbedarf würde bei gut 2 Mrd. € liegen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Prüfungen aber noch *nicht* abgeschlossen! Allerdings stand das (abgestimmte) Ergebnis (2 Mrd. €) schon vorher fest und wurde nachher nochmals bestätigt.

Der Präsident der Behörde, Sanio, bezeichnete dies in der Öffentlichkeit (bevor die Ergebnisse vorlagen) als »Punktlandung« (Börsenzeitung 2001, S. 17).

BAFin initiiert einen »Abgleich« der Prüfungsergebnisse.

Bei diesen Aufträgen findet keine aktive Verhandlung über die Höhe der Prüfungshonorare statt. Vielmehr werden diese einfach – per Verwaltungsakt – von der BAFin festgesetzt und sind anschließend von den geprüften Instituten zu vergüten.

Das »Abgleich-Verfahren« führte bei der Bankgesellschaft Berlin dazu, daß Prüfungsergebnisse vor Abschluß der Prüfungen publiziert und zusätzlich von der BAFin vorgegeben wurden.

»Der vom Sonderprüfer angelegte strenge Maßstab ist von der Bankgesellschaft Berlin AG übernommen worden, um auch das restliche Kreditportfolio hinsichtlich der Risikovorsorge zu überprüfen. Die Abschlußprüfer der Teilbanken, die bei ihrer laufenden Arbeit die gleichen Engagements bewerten, sind zu weitgehend *identischen Ergebnissen* gekommen. Auf der Grundlage dieser Zahlen wird in den nächsten Tagen die notwendige Kapitalerhöhung bei der Bankgesellschaft exakt ermittelt werden, die sich in der Größenordnung von gut *2 Mrd. bewegen dürfte.*« (Pressemitteilung vom 31. Mai 2001 des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, Hervorhebungen – M. K.)

Sonderprüfungsberichte münden in einen Abberufungs- und Korrekturpostenbescheid ein.

Mit dem Abberufungsbescheid verliert die Bank ihre Köpfe und riskiert einen Bescheid über den Entzug der Bankerlaubnis.

Verwaltungsgerichte votieren aufgrund des komplizierten aufsichtsrechtlichen Sachverhalts und aufgrund des fehlenden bankwirtschaftlichen Kenntnisstandes für die Position der BAFin.

Endstation: Erlaubnisentzug, Fusion oder Insolvenz

Sobald die beauftragten Sonderprüfer ihren Prüfungsbericht vorgelegt haben und die »Punktlandungen« feststehen, beginnt die BAFin mit der Ausfertigung der notwendigen Bescheide (Bescheid über das Abberufungsverlangen gemäß § 36 Abs. 1 KWG und Korrekturpostenbescheid gemäß § 10 Abs. 3b KWG). Ein Lesen des Berichtes ist hierfür aufgrund der abgesprochenen Punktlandungen nicht mehr erforderlich. Der letzte Bescheid faßt den (erhöhten) Einzelwertberichtigungsbedarf, der bisher von der geprüften Bank als Aufwandsposition nicht berücksichtigt wurde, zusammen und setzt diesen von der aufsichtsrechtlichen Größe des Eigenkapitals ab. Dadurch entsteht für die betroffene Bank ein »Grundsatz-I-Problem«, das heißt, sie kann die Kennziffer des Grundsatzes I (8prozentiger Eigenkapitaleinsatz bezogen auf die relevante Risikoaktiva) nicht mehr erfüllen und ist zu sofortigen Kapitalerhöhungsmaßnahmen, für die gemäß § 45 Abs. 2 KWG eine angemessene Frist eingeräumt wird, gezwungen.

Viel schwerwiegender wirkt jedoch der sofort vollziehbare Abberufungsbescheid. Hiermit verliert die betroffene Bank »ihre Köpfe«. Diese kann sie in der Regel nicht unverzüglich ersetzen, so daß gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 3 KWG der BAFin der Weg offen steht, die Erlaubnis gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 3 KWG zu entziehen und einen entsprechenden Bescheid zu erlassen. Diese Aufhebung der Erlaubnis wird in der Regel vollzogen, sofern keine Verschmelzungs- oder Fusionsoption besteht. Ist jedoch letztere gegeben, dient das mögliche Erlaubnisentzugsverfahren nur noch als Druckmittel, um jetzt die Gremien der Bank (Geschäftsleitung und Aufsichtsrat) zu einem konformen Handeln zu zwingen. Die Bank selber kann sich nun ein wenig Luft verschaffen, indem sie hinsichtlich des Abberufungsbescheides beim Verwaltungsgericht einen Antrag auf Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes gemäß § 80 Abs. 5 VwGO einreicht.

Die Gerichte benötigen in der Regel ein bis drei Monate, um einen solchen Antrag zu entscheiden. Die Chancen, einen positiven Beschluß des Gerichtes zu erhalten, sind äußerst gering. Dies hängt einfach damit zusammen, daß die zuständigen Verwaltungsgerichte mit dem sehr komplizierten Aufsichtsrecht an die Grenzen ihrer Belastbarkeit getrieben werden und von daher eine große Neigung zugunsten der Rechtspositionen der BAFin entwickeln. Hinzu kommt, daß die Verwaltungsgerichte dem von ihnen selber zu verfolgenden Amtsermittlungsgrundsatz, auch hinsichtlich der eigenständigen Auswertung von Prüfungsberichten und sonstigen Verfahrensunterlagen, kaum entsprechen können. Dafür sind die Berichtersteller der jeweiligen Kammern hinsichtlich der notwendigen ökonomischen und bankwirtschaftlichen Kenntnisse nicht entsprechend vorgebildet. Die Sachverhaltsaufklärung bleibt daher oft in ihren Anfängen stecken.

Ein Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO kann den Austrittsprozeß also nicht nachhaltig aufhalten. Am Ende steht deshalb die Verschmelzung/Fusion oder das Insolvenzverfahren. Die Gremien der Bank nehmen dabei nur noch eine Statistenrolle wahr. Selbst bei der Übertragung der Bank auf ein anderes Institut werden die maßgeblichen Verhandlungen von dem jeweiligen Verband und der BAFin mit der

übernehmenden Bank geführt. Zwar handelt es sich hierbei um eine Geschäftsführung ohne Auftrag, die Grundrechte verletzt, dennoch scheint in der Praxis gegen ein derartiges Vorgehen der Regulatoren kein Kraut gewachsen zu sein.

Als Fazit bleibt daher festzuhalten, daß Banken häufig dann aus dem Markt ausscheiden, wenn dies aus der Sicht der Verbände und der BAFin – eben der Regulatoren – für notwendig erachtet wird. Ein klares Indiz für *ökonomische* Probleme (wie mangelnde Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung, erfolgswirtschaftliche Schwächen) ist der Austritt deshalb noch nicht.

Die großen Banken werden überleben

Die derzeitige Bankenkrise findet ihre Opfer also vor allem im Kleinbankensektor. Die großen Institutionen hingegen werden durch das oligopolistische Netzwerk geschützt. Wie weit diese Schutzfunktion geht, zeigt sich am Beispiel der *Bankgesellschaft Berlin*. Hier ordnete die BAFin Mitte 2001 eine maximale Größe mit 2 Mrd. € an, obwohl zu diesem Zeitpunkt schon in Wirtschaftskreisen klar war, daß dieser Risikovorsorgebedarf viel zu klein gegriffen war. Später übernahm das Land Berlin Risiken von der Bankgesellschaft – primär im Immobilienbereich – in Höhe von 21,6 Mrd. €. Dies ist gut das Zehnfache des von der BAFin angeordneten Wertes. In einer kritischen Betrachtung kommt Rolf-Ernst Breuer als einer der führenden Bankmanager daher zu dem Ergebnis, daß die Liquidation der *Bankgesellschaft* unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig wäre. Diese Lösung käme aber nicht in Frage, so Breuer, weil sie »ein Vakuum« hinterlassen würde (Börsen-Zeitung 2002, S. 1).

Welches Vakuum hat Breuer hier eigentlich gemeint? Es kann nur vermutet werden, daß große Institutionen, bezogen auf ihre Rolle als Machtinstanzen, keine Empfehlungen für die Insolvenz (Liquidation) anderer Großinstitute aussprechen wollen. Zwar würde die Liquidation einer Großbank für die verbleibenden Institute neue Marktanteile bedeuten, dennoch verzichten die Institute, auch um die Funktionsweise und Vertrauenswürdigkeit des erwähnten Netzwerkes nicht zu beeinträchtigen, darauf. Diese mögliche Beeinträchtigung ist es vermutlich, die Breuer als Vakuum umschreibt.

In der Bankenkrise, die durch die erörterte geringe Ertragskraft der Institute und einen überdurchschnittlichen Aufwandsblock gekennzeichnet ist, wird der Markt zunächst um die Kleinen bereinigt und damit für die Großen ein wettbewerbspolitischer Stachel gezogen – und sei dieser Stachel hinsichtlich des von den kleinen Banken besetzten Marktvolumens noch so unbedeutend. Die Marktaustritte des Bankhauses Fischer, der Schmidt-Bank, der Gontard & Metall-Bank, der Ökobank und der BkmU Bank sind Beispiele für derartige »herausgenommene Stachel«. Parallel dazu kommt es, und dies ist kennzeichnend für jede Krise, zu Verschmelzungen. Diese betreffen aber weitgehend nicht nur kleine Institute, sondern die großen Banken selber. Sie werden, um Bankpleiten im nennenswerten Umfang zu verhindern, oftmals von den Verbänden, der BAFin, anderen Instituten und der Politik in eine Zwangsehe getrieben (letztes erfolgreiches Beispiel: Fusion zwischen Bayerischer Hypotheken- und Wechselbank und Vereinsbank).

»Die deutsche Kreditwirtschaft befindet sich in einer Strukturkrise, die ernsthafter, deutlicher und fundamentaler ist, als ich es bislang angenommen habe.« (Rolf-E. Breuer, 2002) – »Die Banken stehen am Beginn einer historisch beispiellosen Konzentration. In den nächsten beiden Jahrzehnten werde die Zahl der weltweit bedeutenden Player in dieser Branche auf fünf bis sieben schrumpfen.« (Fritz Kröger in: *Financial Times Deutschland*, 18. Oktober 2002)

In der Krise verlieren die Großbanken durch den Marktaustritt kleinerer Banken ihren wettbewerbspolitischen Stachel.

Die Bankenkrise führt zu Fusionen im Großbankensektor und mittelfristig zu steigenden Preisen für Finanzdienstleistungen.

Warum hat nun die Fusion der Bankgesellschaft Berlin mit der Norddeutschen Landesbank – obwohl zwingend – bisher nicht geklappt? Die Antwort ist einfach: Die Norddeutsche Landesbank (und mit ihr der Deutsche Sparkassen- und Giroverband) wollten durch eine Verzögerungstaktik die Sanierungsbeiträge des Landes Berlin heraufsetzen. Dies gelang zwar, jedoch traten parallel dazu – und zwar mehr oder weniger ungeplant – amerikanische Investoren als Anbieter auf. Dieses Auftreten hätte vermieden werden können, wenn das Netzwerk aus Bankenverbänden (hier: Sparkassenverband), BAFin und einzelnen Banken ihre marktpolitischen Kräfte geschickt ausbalanciert hätte. Es ist daher anzunehmen, daß sich ein solcher Fall, soweit es sich um eine wirkliche Großbank handelt, nicht wieder ereignen wird. Hier wird es in den nächsten Jahren zu weiteren Verschmelzungen kommen. Ziel ist dabei immer, in eine Größenordnung hineinzuwachsen, die auch in schwierigen Zeiten das Überleben garantiert. Diesem Anliegen ist auch die in der Diskussion befindliche Fusion zwischen der *Comdirekt* und der DAB Bank geschuldet. Dadurch würde einer der größten Direktbroker in Europa entstehen. Fusionierte Einheiten können, ist der Markt erst einmal bereinigt, ihre Preisvorstellungen natürlich wirkungsvoller durchsetzen. Die Konsequenzen daraus haben jedoch in Form höherer Aufwendungen letztendlich die Bankkunden zu tragen. Die Vielfalt im Bankensektor ist jedoch zum Zeitpunkt der steigenden Preise unwiederbringlich untergegangen. Dennoch: Den großen Banken wurde das Überleben gesichert. Die Stabilität des deutschen Bankensektors ist damit festgezurr. Und sollte dies über alleinige Fusionen nicht gelingen, dann würde sich notfalls auch die öffentliche Hand engagieren, um das Überleben der großen Institute – und hierfür ist die *Bankgesellschaft Berlin* ein eindeutiger Beleg – zu garantieren.

Literatur

- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin) (2002 a): Pressemitteilung vom 31. 5. 2001.
 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin) (2002 b): Pressemitteilung vom 10. 10. 2002.
 Commerzbank Aktiengesellschaft (2002): Pressemitteilung vom 10. 10. 2002.
 Deutsche Bundesbank (2002): Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute, in: Monatsbericht September 2002, Seite 17-47.
 Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAG).
 Gesetz über das Kreditwesen (KWG).
 Handelsgesetzbuch (HGB).
 Verband der Vereine Creditreform e.V. (2002): Insolvenzen. Neugründungen und Löschungen im 1. Halbjahr 2002 (Halbjahresbericht).
 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).
 Wirtschaftsprüferordnung (WPO).
 »Breuer glaubt in Berlin nicht an Liquidation«, in: Börsen-Zeitung, Nr. 49, 12. 3. 2002.
 »Bankgesellschaft steht noch »am Anfang der Sanierung««, in: Börsen-Zeitung, Nr. 96, 22. 5. 2002.
 »Commerzbank schließt Verlust für 2002 nicht mehr aus«, in: Financial Times, 28. 10. 2002.
 »Japanische Bankenkrise – drohendes Menetekel«, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 1/2002, Seite 7-8.
 »Punktlandung« beim Kapitalbedarf, in: Börsen-Zeitung, Nr. 122, 28. 6. 2001.
 »Wieder eine Bank in Berlin pleite«, in: Neues Deutschland, 11. 6. 2002.

JOACHIM BISCHOFF

Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption

Krise und Paradigmenwechsel

In der weltwirtschaftlichen Rezession 1974/75 überstieg die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland erstmals seit Ende der fünfziger Jahre wiederum die Marke von einer Million. Der Sachverständigenrat (SVR) reagierte auf diese gesamtwirtschaftliche Störung mit einem Plädoyer für eine durchgreifende Verbesserung der Angebotsbedingungen für die Unternehmen. Die in den vorangegangenen Jahren verfolgte wirtschaftspolitische Konzeption, durch staatliche Investitionsprogramme, Stärkung der Massenkaufkraft oder Ausbau des öffentlichen Sektors die gesamtgesellschaftliche Nachfrage zu aktivieren und auf diese Weise die Investitionsunlust und Investitionsschwäche der Unternehmen zu überwinden, wird abgelehnt. Zu Recht kann man mit Blick auf diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konstellation im Verlauf der siebziger Jahre von einem Paradigmenwechsel sprechen: Der in der Tradition von Keynes entwickelten Kreislauftheoretischen Betrachtung wird durch die hegemoniale Mehrheit der ökonomischen Wissenschaft eine Absage erteilt. Die nicht zu bestreitende binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche wird als Reflex gestörter Angebotsbedingungen interpretiert. Die Selbstheilungskräfte – so die Argumentation – würden nach gründlichen Korrekturen in den Verteilungsverhältnissen wieder ihre Wirksamkeit entfalten; gefordert seien daher Lohnzurückhaltung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, aber auch eine Reduktion der Anspruchserwartungen an sozialstaatliche Transfers sowie ein kontinuierlicher Rückbau des Sozialstaates.

Die angebotstheoretische Konzeption der Wirtschaftspolitik zielt auf eine Stärkung der Unternehmensgewinne: Arbeitslosigkeit sei letztlich eine Folge zu hoher Löhne; die Reallöhne mögen infolge der Rezession zwar bereits gesunken sein, aber erst bei ihrem weiteren Fall werden Bedingungen erreicht, die die Unternehmen zu einer Ausweitung der Investitionen veranlassen.

Mit diesem Paradigmenwechsel wurde eine langjährige Phase von Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung eingeleitet, die allerdings mit Blick auf das Ziel einer deutlichen Verringerung der Massenarbeitslosigkeit eindeutig scheiterte. Der Konjunktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und zeitweilige Finanzstaatssekretär Heiner Flassbeck kommentiert diese Ära mit den Worten: »Danach wurde zwanzig Jahre gefördert, die Unternehmenssteuern wurden gesenkt, die Reallöhne blieben über weite Strecken hinter der Produktivität zurück. Der Wohlfahrtsstaat

Joachim Bischoff – Jg. 1944; Unterstützer der Memoranden; Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*. Publikationen zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus, unter anderem: *Mythen der New Economy*, Hamburg 2001.

Das Gutachtergremium des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) wurde mit Gesetz vom August 1963 beschlossen. 1964 – unter Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – wurde das erste Jahresgutachten unter dem Titel »Stabiles Geld – stetiges Wachstum« vorgelegt.

Im Jahresgutachten des SVR (1977/78) findet sich die denkwürdige Positionsbestimmung in Sachen Reallohnsenkung und Sozialstaatsabbau: »Selbst wenn sich die günstigen

wurde reformiert, es wurde dereguliert und privatisiert.« Auf die Frage, weshalb denn diese neoliberale Roßkur nicht anschlage, erhält die Öffentlichkeit die Antwort: »Es sei noch nicht genug reformiert worden« (Flassbeck/Müller 2002).

Auf diesen Paradigmenwechsel reagierten etliche sozial engagierte Wissenschaftler und legten 1975 erstmals in kritischer Absetzung zum SVR Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit vor, die in den nachfolgenden Jahren von einer wachsenden Zahl von Bürgern vor allem aus den Bereichen der Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur unterstützt wurden. Rudolf Hickel, ein Initiator der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, faßt rückblickend zusammen: »Diesem Geschäft wirtschaftswissenschaftlicher Ideologiebildung tritt seit 1975 ... eine größere Gruppe kritischer WirtschaftswissenschaftlerInnen entgegen: die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« ... Diese verfolgt »das Ziel, bei der wirtschaftlichen Lagebeschreibung, der Krisenanalyse sowie der Konzipierung wirtschaftspolitischer Strategien die Interessen der Beschäftigten ins Zentrum zu rücken.« (Hickel 1994, S. 179)

Die nahezu übermächtige neokonservative Hegemonie ist durch die hartnäckige, geduldige Organisation dieser Gegenöffentlichkeit jedoch kaum aufgeweicht worden. Mit Blick auf die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und die universitären Strukturen kann man vermutlich eher von einer Verstärkung der Repräsentanz der »herrschenden Meinung« sprechen. Es ist ein eigentümlicher Widerspruch: Eine an den Interessen des »Kapitals« orientierte Ökonomie wird seit Jahrzehnten mit einer Alternative konfrontiert, in der die sozialen Interessen der Lohnarbeit und die Zielsetzung einer emanzipierten Arbeit ins Zentrum gerückt werden; zugleich ist der Pluralismus wissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Auffassungen in dieser Republik eher eingeschränkter als in den europäischen Nachbarländern.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ist eine bundesdeutsche Besonderheit. Die Erfolglosigkeit und gleichzeitige Unbelehrbarkeit des neoliberal gesinnten *mainstream* ist freilich ein Phänomen aller hochentwickelten kapitalistischen Länder. Es wäre eine einseitige Sicht auf die Alternativökonomie, wenn man zu Beginn des 21. Jahrhunderts bei einem Lamento über die eigene Erfolglosigkeit und die vermeintliche Unerschütterbarkeit und Arroganz der Macht des Neoliberalismus stehen bliebe.

Nach dem Urteil des früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Detlef Hensche ist die Situation »auch selbstverschuldet«. Bei einer seit Jahrzehnten erfolglosen Therapie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Stabilisierung der Systeme sozialer Sicherheit und einer noch radikaleren Steigerung der Konkurrenzfähigkeit müssen sich die oppositionellen Kräfte selbstkritisch fragen, weshalb sie keinen Erfolg haben. Für die Arbeitsgruppe gilt, daß sie sich Jahr für Jahr um die Formierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses mit einem konkreten Programm bemüht; bei aller Sympathie und Unterstützung durch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen etc. bleibt jedoch festzuhalten, daß sie im politisch-gesellschaftlichen Raum über eine mehr oder minder anerkannte Minderheitenposition nicht hinauskam. Selbstverständlich gab und gibt es innerhalb der

Wirkungen, auf die Investitionen insbesondere, stärker verzögern sollten, als wir annehmen, bleibt dieses Urteil richtig. Strenger: Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung am Arbeitsmarktkommen sollte.« (Jahresgutachten 1977/78, S. 389)

»Es geht einerseits um die Organisation einer wirtschaftswissenschaftlichen Gegenöffentlichkeit, die der nahezu übermächtigen neokonservativen Politikberatung Paroli bietet; andererseits ist eine inhaltliche Konzentration alternativer Kräfte bezweckt.« (Rudolf Hickel 1994, S. 179)

Was für Rudolf Hickel festgestellt wurde, kann auf die gesamte Arbeitsgruppe übertragen werden: »Mit gelassener Fröhlichkeit hat Rudolf Hickel all diesen Anfeindungen standgehalten. Immer wieder forderte er in der Blütezeit des Neoliberalismus staatliches Eingreifen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Daß er dabei wenig Erfolg hatte, weiß er selbst.« (Müller/Lafontaine 2002, S. 107)

Detlef Hensche konstatiert zu Recht: »Immer wieder werden ›der Neoliberalismus‹, seine Profiteure und seine Propheten zu einer Größe aufgeblasen, die bestenfalls dazu angetan ist, bestehende Widersprüche, Schwächen und Angriffspunkte aus dem Blick zu verlieren. Es ist in der Tat verführerisch, die Übermacht der anderen Seite herauszustellen, da dies von der Verantwortung für die eigene Schwäche befreit.

Allerdings ist dies auch selbstverschuldet.« (Hensche 2002, S. 246)

Selbstverständlich gilt die Übereinstimmung mit der Grundposition des *Memorandums* für die Unterzeichner von Kurz- und Langfassung nur mit Einschränkungen. Immerhin ist es nie zur Veröffentlichung eines Minderheitenvotums gekommen wie verschiedentlich beim Sachverständigenrat. Abgesehen von der Unterstützung der prinzipiellen Stoßrichtung der Konzeption beanspruchen die Mitwirkenden unterschiedliche Nuancierungen in den Details, was als Basis für eine Klärung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in der BRD ausgewiesen wird (1978, S. 7). Allerdings sind ausgewiesene Erklärungsansätze in den Stellungnahmen eher die Ausnahme, im Zentrum stehen wirtschaftspolitische Vorschläge.

»Die sozial-ökonomische Entwicklung vor allem seit 1975 zeigt deutlich, daß der viel beschworene Gewinn-Investitions-Mechanismus nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung – auch durch ein ausreichendes Maß an Arbeitszeitverkürzung – auf der Grundlage eines qualitativen Wachstums aus sich selbst heraus zu realisieren. Vielmehr werden mit dieser Politik der »Revitalisierung der Wirtschaft« Entwicklungsmöglichkeiten, die im Prinzip ausschöpfbar wären, verschüttet.« (Hickel 1994, S. 180)

»Der normale Zyklus ist nicht ein Resultat zu hoher Löhne, sondern vielmehr Ergebnis zu hoher Profite und der sich daraus ergebenden Überakkumulation, deren Korrektur durch Vernichtung und Entwertung bereits

politischen Linken mit Blick auf die Memorandumsposition auch andere Sichtweisen oder theoretische Präferenzen; unbestritten dürfte aber auch sein, daß eine veränderte Version von Gesellschaftspolitik oder entsprechenden Politikempfehlungen an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen wenig geändert hätte. Betrachten wir zunächst die Grundkonzeption der Memorandumsgruppe.

Stagnation – Krise – Massenarbeitslosigkeit

Im Zentrum steht die Erklärung der Tendenz zur Abschwächung des Wirtschaftswachstums, der Folgen des technischen Fortschritts und der Massenarbeitslosigkeit. Die in den kapitalistischen Ländern vorherrschende Betrachtungsweise führt die Beschäftigungsprobleme letztlich auf überhöhte Löhne, eine ungenügende Differenzierung bei den Arbeitseinkommen und eine überzogene Anspruchshaltung der eigentumslosen sozialen Schichten zurück. Im Gegensatz dazu wird in den *Memoranden* betont, daß die Profitsteuerung das Wesen der kapitalistischen Ökonomie ausmacht und insofern für eine solche gravierende Deformation wie die jahrzehntelange Massenarbeitslosigkeit eben der gestörte Zusammenhang von Gewinnen und Investitionen verantwortlich ist. »Hier liegt der Ausgangspunkt einer anderen Strategie, die die Sicherung beziehungsweise Schaffung humaner Arbeitsplätze mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und dem Abbau des »militärisch-industriellen Komplexes« verbindet« (Hickel 1994, S. 180).

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative tritt in dieser Gegenüberstellung der Erklärung der Massenarbeitslosigkeit deutlich hervor. Die herrschende Position will eine Revitalisierung der kapitalistischen Ökonomie und der Akkumulationsdynamik erreichen, während die *Memorandumsgruppe* eine gesellschaftliche Steuerung des Wirtschaftswachstums anstrebt, bei der mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugleich strukturelle Defizite verändert werden sollen: die Humanisierung der Arbeit, ein ökologischer Umbau und eine Entmilitarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Erfolgsgarantie einer solchen Strategie wird auf dem Terrain der Verteilungspolitik gesehen; eine wachsende Verzerrung der Verteilungsverhältnisse ist für die ökonomischen Probleme verantwortlich; eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Bezieher von Arbeitseinkommen könnte daher die Chance eröffnen, über die Herausbildung eines gesellschaftlichen und wahlpolitischen Kräfteverhältnisses einen tiefgreifenden Reformprozeß durchzusetzen.

Deformation des Konjunkturzyklus

Konjunkturzyklen und Krisen sind Grundphänomene des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Allerdings gibt es über die Erklärung dieser mehr oder minder regelmäßigen Ebbe- und Flutperioden der Konjunktur genauso wenig Konsens wie über die Analyse von zyklusübergreifenden Prosperitäts- oder Stagnationsphasen. Eine Debatte über diese Ansätze ist von *Memorandum* nicht organisiert worden. Die Grundargumentation wurde jedoch Ende der siebziger Jahre umrissen. Danach wird der Konjunkturzyklus, der letztlich auf eine Schiefelage in den Verteilungsverhältnissen zurückzuführen ist, zum einen durch eine Schwächung der immanenten Aufschwungsdyna-

mik beschädigt und muß zum anderen im Kontext einer langfristigen Tendenz zur überkonjunkturellen Überakkumulation gesehen werden. Sehr selbstbewußt erklärt Hickel auf Einwände und Zweifel, daß diese Zyklustheorie des *Memorandums* sowohl die klassischen Konjunkturtheorien verarbeitet als auch die neueren Theorien der kumulativen und zyklischen Instabilität aufgenommen habe.

Das Weiterführende dieses Ansatzes sei die These von der strukturellen Kraft der wirtschaftlichen Krise. Einwände, die sich auf diese Version des Konjunkturzyklus richteten und die die Anlehnung an die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (»Stamokaptheorie«) für problematisch hielten (Riese 1979, S. 38), wurden beiseite geschoben. »Angesichts dieser strukturellen Veränderungen im Investitions-, Preis- und Produktionsverhalten gehört die Beschreibung des Prozesses wachsender Monopolisierung in das Zentrum der umfassenden Zustandsanalyse. Daß die Monopolisierung zunimmt, daran dürfte spätestens seit der Vorlage der beiden »Hauptgutachten« durch die Monopolkommission kein ernstzunehmender Ökonom mehr zweifeln. Was strittig ist, sind die Schlüsse, die aus der zunehmenden Monopolisierung für die Funktionsmechanismen des ökonomischen Reproduktionsprozesses gezogen werden ... Der Vergleich der Zyklusbewegung unter Bedingungen der Monopolisierung mit der der vollkommenen Konkurrenz kann niemals die Behauptung implizieren, man wolle die Monopolisierung rückgängig machen, um zur heilen Welt der vollkommenen Konkurrenz zurückzukommen. Im Gegenteil, denn egal wie die Konkurrenzform ausgeprägt ist, Zyklus und Krise sind Elementarbestandteile eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Weiterhin ist der Konkurrenz ohnehin die Tendenz zur Monopolisierung inhärent.« (Hickel 1979, S. 53)

Läßt man die ökonomischen Entwicklungstendenzen in Westdeutschland, Europa oder der Globalökonomie seit der Weltwirtschaftskrise 1975 Revue passieren, dann steht nicht die These des Rückgangs des Wachstumstrends auf dem Prüfstand, sondern die wichtige Frage, ob sich das in sich widersprüchliche Potential der Kapitalakkumulation präziser als durch den sich wiederholenden Verweis auf eine chronische Überakkumulation bestimmen läßt.

In den *Memoranden* wird die wachsende Verzerrung der Verteilungsverhältnisse in den Mittelpunkt gerückt. Die Erzielung eines möglichst hohen Gewinns für das kapitalistische Unternehmen ist die Grundkonstellation dieser Gesellschaftsform, »woraus sich gesamtwirtschaftlich die Maximierung der Unternehmenseinkommen, der Profitquote als Tendenz des Systems ergibt. Wird die Profitquote jedoch aus systemimmanenten Gründen nicht reduziert, so kommt es auf diesem Wege zur langfristigen Überakkumulation: Die falsche Verteilung schlägt in der Folge voll auf den Reproduktionsprozeß durch« (1978, S. 94). Überkapazitäten müssen in Rezessionen bereinigt werden, aber die Korrektur der Wert- und Preisverhältnisse stößt selbst auf wachsende Schwierigkeiten.

An diesem Punkt tritt eine Schwäche der Argumentation hervor. Wachsende Bildung von Geldkapital, Ausdehnung entsprechender Anlageformen und eine wachsende Verzerrung zwischen den Unternehmensrenditen und der entsprechenden Zinsrate für Geldkapital

fixierten Kapitals, durch massenhafte Unternehmenszusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit, kurz durch die Rezession erfolgen muss ...« (1978, S. 80).

»Konkurrenz, Krise und Monopolisierung bilden die drei Elemente, die die Dynamik kapitalistischer Wirtschaftssysteme ausmachen. Die Tendenz zur Monopolisierung schafft niemals die Krise ab – wie mit der Absicht bewußter Verfälschung gelegentlich gegenüber dem *Memorandum* behauptet wird –, sondern sie modifiziert ihren Verlauf.« (Hickel 1979, S. 57)

»Werden die Profite dagegen in Antizipation unzureichender Nachfrage nicht akkumuliert, sondern monetär angelegt oder ins Ausland verbracht, so ergeben sich anhaltende Wohlstandsminderungen für die Gesellschaft, die durch die Verwandlung der Profite in Löhne und deren konsumtive Verwendung hätten vermieden werden können.« (1978, 94 f.)

»Mit der Zunahme von Finanzanlagen bei einem gleichzeitigen Rückgang der Realinvestitionen wird nicht nur die erklärte Rechtfertigung der Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gewinnentlastung zur Makulatur, sondern auch die Sicherung des sozialen Friedens ... aufs Spiel gesetzt ... Das stellt einen Rückfall sogar hinter die Ziele des deutschen Modells des ›Rheinischen Kapitalismus‹ beziehungsweise der Sozialen Marktwirtschaft dar, die nach verbreiteter Meinung mit zum ökonomischen und sozialen Erfolg des westdeutschen Teilstaats nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat.« (2002, S. 78)

»Die Krisentheorie stellt zu einseitig auf den Profitratenverfall beziehungsweise die Gewinnmaximierung als ausschließlichen Bestimmungsfaktor des Unternehmerverhaltens ab. Insofern führen die Verfasser, ebenso wie der Sachverständigenrat, ihre Krisenerklärung auf die gleiche Wurzel zurück, nämlich auf Ertrag- oder Renditeveränderungen. Nach unserer Auffassung ist die derzeitige Krise vornehmlich ... auf die vielfältigen strukturellen und technologischen Faktoren, einschließlich der weltwirtschaftlichen Veränderungen zurückzuführen ... Ein Widerspruch scheint auch zu sein, daß einerseits aus dem Gewinnverfall die Krise abgeleitet wird, andererseits jedoch ... in den letzten Jahren eine ständige Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne festzustellen sei.« (Alternative Wirtschaftspolitik 1979, S. 7)

und Vermögensanlagen sind zunächst keineswegs strategische Antworten auf eine chronische Überakkumulation, sondern mehr oder minder normale Phänomene des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs des Kapitals. Allerdings verändert sich der Kapitalismus seit 1975 erheblich und hier stellt sich die Frage, ob mit der Fokussierung auf die Unternehmensgewinne diese Entwicklungstendenz und deren Auswirkung auf den Zusammenhang von Konjunkturzyklus und Langfristentwicklung der Kapitalakkumulation hinreichend präzise erklärt werden kann.

Im *Memorandum 2002* wird vom Übergang in eine *Shareholder-Gesellschaft* und einem Marsch in den Kasino-Kapitalismus gesprochen (S. 77). Es wird die These aufgegriffen, daß im Verlauf der Krisenprozesse in den siebziger Jahren eine Zäsur in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern einsetzt, die auf einen Bruch mit dem sozial gebändigten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte hinausläuft. Eine solche Transformation des mehr oder minder sozial regulierten Kapitalismus – die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen Typus und den verschiedenen Varianten des »Rheinischen Kapitalismus« bleiben hier ausgeklammert – wirft viele Fragen nach den Ursachen und dem Widerspruchspotential des *Shareholder-value-Kapitalismus* auf. Mit Blick auf die theoretische Konzeption des *Memorandums* ist zu fragen, ob das frühzeitige Gespür für einen weitreichenden Paradigmenwechsel nicht durch eine Verengung der theoretischen Konzeption begrenzt wurde.

Die theoretische Konzeption des ›Memorandums‹ und das fordistische Produktionsmodell

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßte 1978 das Engagement der kritischen Wirtschaftswissenschaftler, wollte sich aber die theoretische Grundkonzeption nicht zu eigen machen. Insbesondere wehrten sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung, die Krise von 1974/75 sei zentral auf eine Absenkung der Arbeitseinkommen und einen deutlichen Anstieg der Unternehmensgewinne zurückzuführen. Die Beweisführung im *Memorandum 2002* hebt darauf ab, daß die Arbeitseinkommensquote in der Tat erst nach der Krise 1975 rückläufig war (S. 67). »Ab Mitte der siebziger Jahre hat in allen großen Industrieländern eine kontinuierliche Umverteilung des Volkseinkommens zulasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne stattgefunden« (Huffschild 2002, S. 1077). Fakt ist, daß bis in die siebziger Jahre hinein in den hochentwickelten Ländern eine Tendenz zur Ausweitung des Anteils der Arbeits- und Sozialeinkommen am gesellschaftlich verfügbaren Einkommen vorherrschte. Diese Entwicklungslinie hatte den Grund, daß die Nachkriegsprosperität auf einer Durchkapitalisierung der Gesellschaft oder einer Ausweitung der Kapitalakkumulation (innere Landnahme) basierte. Die beschleunigte Kapitalakkumulation, das heißt, das Wachstum der Kapitals erfolgt in stärkerer Progression als der Fall der gesellschaftlichen Profitrate, produziert jene Phänomene, die von den Wirtschaftshistorikern zum Begriff des »goldenen Zeitalters des Fordismus« zusammengefaßt wurden. Die Ausweitung der Lohnarbeit, die Ausweitung von Methoden der kapitalistischen Massenproduktion und Massenkonsumtion auf den Großteil der gesell-

schaftlichen Teilsysteme, die Erschließung von neuen aus der Entwicklung der Gesellschaft selbst hervor wachsenden Bedürfnisfeldern (Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit) prägte die Kapitalakkumulation und die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse. Selbstverständlich wurde auch in dieser Entwicklungsstufe um die Verteilungsrelationen gestritten und gekämpft (Streik); die Macht der Gewerkschaften war vor dem Hintergrund der aufsteigenden Linie der fordistischen Arbeitsorganisation aber so ausgebildet, daß dem Kapital entsprechende Kompromisse abgerungen wurden und eine soziale Regulierung der Kapitalverwertung zustande kam. Zumindest für die westeuropäischen Länder wirkten zudem die negativen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise aus den dreißiger Jahren und den nachfolgenden zerstörerischen Auswirkungen des Faschismus und des Weltkrieges nach. Nur kurze Zeit nach dem Sieg über die faschistische Barbarei bestimmten linke Politikansätze die Politik in den europäischen Hauptländern; auch in der nachfolgenden Ära bürgerlicher Politik bestimmte faktisch eine eher keynesianische Sichtweise die gesellschaftliche Gestaltung und Regulierung. Hickel zitiert zu Recht das Gutachten des SVR von 1967, wo diese positive Einstellung der bürgerlichen Politik und des *mainstream* der ökonomischen Wissenschaft zum sozialstaatlich modifizierten Kapitalismus deutlich wird. Die Einrichtung des SVR kann selbst in den gesellschaftspolitischen Kontext eingeordnet werden, der Wirtschaftspolitik nach langen Jahren des unsystematischen oder spontanen Keynesianismus eine strengere Gestalt zu verleihen. Statt einer Weiterentwicklung der keynesianischen Sozialstaatspolitik setzt sich im Verlaufe der siebziger Jahre aber in allen kapitalistischen Hauptländern schrittweise eine gesellschaftliche Gegenreform durch.

Das verteilungstheoretische Argument, mit der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nach 1975 entstehe ein mächtiges Instrument zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten, ihrer gewerkschaftlichen Politik und den Belangen des Sozialstaates, wird breit geteilt. Unbestritten ist ferner, daß neben der Primärverteilung auch die verschiedenen Ebenen der Sekundärverteilung (Steuern, Sozialabgaben, Sozialtransfers) eingesetzt wurden, um deutliche Korrekturen in den Verteilungsverhältnissen anzubringen. Zugleich steht damit auch fest, daß die Zäsur oder der Paradigmenwechsel in den siebziger Jahren nicht durch eine vorangegangene Umverteilungspolitik erklärt werden kann. Gleichmaßen diskussionswürdig ist die These, die Wende sei «frühzeitig von der Mehrheit der Ökonomen konzeptionell vorbereitet und propagiert worden» (Hickel 1994, S. 178).

Die Konzeption eines regulierten Kapitalismus wuchs aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervor und hatte in verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. In der Folge der Weltwirtschaftskrise, der menschenverachtenden Politik der faschistischen Achsenmächte und der späteren Blockkonfrontation entwickelte sich in den kapitalistischen Hauptländern der keynesianische Interventions- und Wohlfahrtsstaat. Die Kapitalverkehrskontrollen, das regulierte internationale Währungs- und Finanzsystem, die stufenweise Senkung der Zölle (GATT), die mehr oder minder ausgeprägte *mixed economy* mit ihren nichtkapitalistischen Segmen-

»Erhalten die abhängigen Lohnarbeiter mehr Sicherheit und mehr Selbstbewußtsein in wirtschaftlichen Dingen, mehr Ansehen und mehr Würde in den gesellschaftlichen Beziehungen und mehr Hoffnungen und mehr Hilfen im wachstumsbedingten Strukturwandel, so verstärkt sich auch ihre Zustimmung zu dem System, in dem wir leben. Das Schwinden der ›industriellen Reservearmee‹ nach der Entdeckung der Vollbeschäftigungspolitik hat – zusammen mit der Kapitalakkumulation – in diesem Sinne fast den Charakter einer gesellschaftspolitischen Revolution.« (Hickel 1994, S. 178)

»Im Verlauf der sechziger Jahre geriet das Paritätensystem von Bretton Woods jedoch mehr und mehr unter Druck. Spannungen auf Grund divergierender wirtschafts- und vor allem stabilitätspolitischer Präferenzen in wichtigen IWF-Mitgliedsländern, damit einhergehende unterschiedliche Entwicklungen und zunehmend unglaubliche Paritäten lösten phasenweise massive Devisenströme und Spekulationswellen aus. Sie führten 1973 schließlich zum Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods.« (Deutsche Bundesbank 2001)

Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung beenden die Verhältnisse eines »organisierten Kapitalismus«. Die Renaissance der *Laissez-faire*-Konzeption vermochte zwar nicht – wie vielfach behauptet – die nationale Wirtschaftspolitik außer Kraft zu setzen, aber mit dem Machtgewinn der transnationalen Konzerne, also der fortschreitenden Oligopolisierung, verliert die national, selbst die supranational (EU-Ebene) ansetzende Gestaltungspolitik an Wirksamkeit. (vgl. Zinn 2000, S. 5).

Die Kapitallogik des Vermögensbesitzes wird in den *Memoranden* nicht systematisch in die Erklärungsstruktur einbezogen.

ten lieferten die Bedingungen für das Aufblühen der fordistisch-tayloristischen Betriebs- und Akkumulationsweise. Die Lohnabhängigen wurden nicht nur an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt, sondern auch die rechtliche und soziale Position der eigentumslosen sozialen Schichten wurde deutlich verbessert.

Ende der sechziger Jahre traten die immanenten Widersprüche des die fordistische Betriebsweise überwölbenden politischen Regulationssystems immer deutlicher zutage. Im Bereich der Massarbeit verschärften sich die Auseinandersetzungen um Arbeitsintensität, Qualifikation und Entlohnung. Auch auf der Ebene des internationalen Austauschs und des Währungssystems wuchsen die Konflikte. In den nachfolgenden Krisen wurde die Konzeption der internationalen Regulation und Steuerung aufgegeben; die *mixed economy* wurde schrittweise aufgelöst, das System sozialer Sicherheit eingeschränkt oder umgebaut und die Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben. Seither nahm die Bedeutung der internationalen Kapitalströme unaufhaltsam zu, begleitet von der wachsenden Verwendung innovativer Finanzinstrumente. Begünstigt durch die Informations- und Kommunikationstechnologie entwickelten sich die grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen explosionsartig und die überwunden geglaubten Finanzkrisen wurden erneut zum wichtigen Phänomen einer internationalisierten Globalökonomie.

Seit 1975 sind wir auch in der Bundesrepublik Deutschland mit der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise konfrontiert; die Elemente einer neuen Phase der Kapitalakkumulation sind erkennbar, aber die Krise des fordistischen Produktionsmodells ist noch nicht aufgehoben. Wir befinden uns in einem krisenhaften Übergangsprozeß, was bei den alternativen Konzeptionen zu der neoliberalen Flexibilisierungspolitik zu berücksichtigen wäre. In den *Memoranden* bleibt diese Dimension der Veränderung von Regulationsstrukturen des gegenwärtigen Kapitalismus jedoch weitgehend unberücksichtigt.

Zusammengefaßt lauten die wichtigsten Kritikpunkte an der theoretischen Konzeption des *Memorandums*:

1. Die Verteilung von Arbeits- und Gewinneinkommen erhält eine Bedeutung, die letztlich zu einer Unterbelichtung der Struktur des Produktionsmodells, der Arbeitsorganisation und zu einer Verkürzung der klassentheoretischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft führt. Die Krise des fordistisch-tayloristischen Entwicklungsstadiums wird der Schiefelage in den Verteilungsverhältnissen zugeschrieben; faktisch spielt die Veränderung der Produktivität, der Arbeitsorganisation, der Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft und letztlich der Protest und Widerstand der Lohnabhängigen eine zu geringe Rolle. Gleichermaßen wie für die Produktions- und Akkumulationsbedingungen des Wertes und des gesellschaftlichen Surplus' werden auch die internationalen Rahmenbedingungen und ihre Widersprüchlichkeit unterbewertet.

2. Die schrittweise Herausbildung des Mißverhältnisses von Real- und Geldkapitalakkumulation, die schon in den dreißiger Jahren eine Fehlentwicklung des Kapitalismus markierte und folglich in der Keyneschen Theorie eine wichtige Rolle spielte, ist nur schwer in die Grundkonzeption zu integrieren. Zwar taucht in den *Memoran-*

den die Bildung von ›Geldüberschüssen‹ bei den oberen Einkommensklassen auf; in der Krisenerklärung dominiert aber der Widerspruch zwischen Arbeits- und Unternehmenseinkommen.

3. Der »Strukturthese zur Monopolisierung und der Analyse ihrer Auswirkungen auf die kurzfristige Zyklusbewegung folgt im *Memorandum* eine Einschätzung der langfristigen Entwicklungschancen profitgesteuerter Marktsysteme.« (Hickel 1979, S. 59) Diese Tendenz zur Herausbildung einer zyklenübergreifenden Überakkumulation wird allerdings einseitig auf die Monopolisierung und die Tendenz des kapitalsparenden technischen Fortschritts abgestellt. Mit diesem Thesengerüst ist schwierig in Zusammenhang zu bringen, daß nachfolgend auf die Krise des Fordismus gerade die Entfesselung der Konkurrenz und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum einen großen Stellenwert hat.

4. Auf dem Terrain der Ideologiekritik führt die *Memorandums*-Position zu einer Überschätzung der Effekte der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Es kann zwar noch nicht von einer Überwindung der Krise des Fordismus und der chronischen Überakkumulation die Rede sein, allerdings zeichnen sich die Umrisse eines nachfolgenden Produktionsmodells ab. Wenn man unterstellt, daß eine solche Herausbildung eines Akkumulations- und Regulationsregimes des flexiblen Kapitalismus mit einem neuen sozialen Gesicht realistisch und wahrscheinlich ist, dann könnte der neue Modus der Integration der Lohnabhängigen keineswegs nur auf Zwangsverhältnissen basieren. Die neue Produktionswelt wird mit den Ergebnissen neoliberaler Politik gleichgesetzt und damit die emanzipativen, wenn auch widersprüchlichen Potentiale der flexiblen oder kundenzentrierten Massenproduktion mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte unterschätzt.

Scheitern des Keynesianismus und die Alternativen

Bis in die siebziger Jahre hinein war die Mehrheit der Wahlbevölkerung in den kapitalistischen Metropolen der Auffassung, daß dem Staat die Aufgabe zufalle, die Befriedigung bestimmter Grundbedürfnisse (soziale Sicherheit, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Information und Kultur) zu gewährleisten. Diese Verpflichtung der Steuerung der Kapitalakkumulation schloß die Entwicklung einer *mixed economy*, eines wirksamen öffentlichen Sektors und eine Modifikation der aus der kapitalistischen Wertschöpfung hervorgehenden Primärverteilung ein. Mit diesen Regulationsansätzen existierte zugleich ein Rahmen für die Beeinflussung der Konjunktur und der internationalen Austauschverhältnisse. Der Keynesianismus machte eine dramatische Karriere durch, dem ein nicht weniger dramatischer Popularitätsverlust folgte. In der Anfangszeit der Alternativökonomie wurde noch über die Fragen der theoretischen Konsistenz debattiert. Gegen das populäre Mißverständnis, die Keynesische Wirtschaftspolitik mit Schuldenpolitik gleichzusetzen, kam man Ende der siebziger Jahre kaum an. Aber bei aller Bedeutung von Geldpolitik und gesellschaftlicher Einbettung der Investitionsfunktion des Kapitals trifft die Polemik von Jan Prieue den wunden Punkt: »Die (post) keynesianische Makroökonomie ist noch weit davon entfernt, eine kohärente Theorie zu werden, die auf breitem Konsens beruht und

Die *Memorandum*-Gruppe versteht unter Monopol den vorherrschenden realen Typus des kapitalistischen Unternehmens im Spätkapitalismus, der einerseits zwar für den Ausgleichungsprozeß der Profitraten keine Rolle spielen, andererseits aber doch die konkreten Verlaufsformen der Bewegungsgesetze des Kapitalismus einschließlic und insbesondere der Verlaufsformen von kapitalistischen Krisen wesentlich prägen soll (vgl. 1980, S. 95ff.). Mit einer derart weichen theoretischen Konstruktion wird man bei der Erfassung der Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus nicht weiterkommen.

Die Schattenseiten der Grundkonzeption des *Memorandums* schlagen sich in einer charakteristischen Schwäche bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Widerstandes zur Ablösung des »Blocks an der Macht« nieder.

»Dem raschen Siegeszug in der gesamten westlichen Welt, genährt u. a. durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, des Staatsinterventionismus im Kriegskapitalismus, aber auch propagiert durch simplifizierende ›Bastard-Lehrbuchmodelle, folgte der steile Niedergang in den siebziger Jahren. Als sich nach dem Ende des ›golden age‹ der Nachkriegszeit Inflation und steigende Arbeitslosigkeit ausbreiteten und einer der Grundpfeiler dieser Ära, das ... Bretton-Woods-Währungssystem von 1944 zusammenbrach, sahen die Keynesianer alt aus. Sie konnten keine kon-

sistente Alternative anbieten.« (Priewe 2002, S. 31)

Hickel benennt als den Kern der alternativen Wirtschaftspolitik: »Alle Maßnahmen, die im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik vorgeschlagen werden, zielen im Prinzip auf eine nachhaltige Umverteilung der Einkommen. Denn gesamtwirtschaftlich gibt es nicht etwa »Kapitalmangel«, sondern Überakkumulation ..., die aufgrund der einzelwirtschaftlichen Gewinn- dominanz nicht in die Felder der unterversorgten privaten und öffentlichen Bedarfe gelangt, um dort zur Finanzierung von Arbeitsplätzen, aber auch von Arbeitszeitverkürzungen zu führen. Diese Umverteilung der Einkommen zielt somit ebenso auf eine neue Produktions- beziehungsweise Angebotsstruktur der Wirtschaft wie auf eine veränderte Zeitstruktur im Sinne deutlicher Arbeitszeitverkürzung.« (Hickel 1994, S. 181)

»Es müssen längerfristig aufgrund der Begrenztheit der keynesianischen Beschäftigungspolitik und der anhaltenden Krisentendenzen alternative Abstimmungs- und Steuerungsprozesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung etabliert werden, durch die eine demokratische Ermittlung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse ebenso gewährleistet wird wie der effiziente Einsatz der Ressourcen zu ihrer Befriedigung unter humanen Produktions- und Lebensbedingungen. Rahmenplanung und Investitionslenkung sind die beiden zentralen Instrumente dieser notwendigen neuen Abstimmung; die Vergesellschaftung marktbeherrschender Unter-

als weithin akzeptiertes wirtschaftspolitisches Leitbild fungieren kann.« (Priewe 2002, S. 43) Zur Herausbildung und Hegemonie eines makroökonomischen Konsensus gehört aber nicht nur die vertiefte Auseinandersetzung mit den überlieferten Begründungen und wirtschaftspolitischen Instrumentarien. Zugleich muß auch eine Verständigung über die gegebene ökonomische Konstellation und die mittelfristigen Entwicklungstendenzen erzielt werden.

Die These des *Memorandums*, daß wir uns bei der langfristigen Systemprognose nach wie vor auf die empirisch bewährten »alten« Theorien der säkularen Entwicklung stützen können, ist also selbst in der Arbeitsgruppe nicht unumstritten.

Der Block an der Macht oder Keynes plus

Der harte Streitpunkt der Auseinandersetzung ist wie folgt markiert: Während die neokonservative Wirtschaftspolitik auf Lohnzurückhaltung, sozialen Druck durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und einen Rückbau sozialer Transfers zielt, wird in der alternativen Wirtschaftspolitik eine solche Konzeption als letztlich undemokratisch, uneffektiv und neue Anpassungszwänge der Wirtschaft produzierend abgelehnt. Daß über die verschiedenen Formen der Verteilungspolitik deutliche Beschäftigungseffekte und eine Verbesserung der Qualität in den Arbeits- und Lebensverhältnissen zu erreichen sind, ist das Fundament für die jahrzehntelange Opposition gegen den »Block an der Macht« mit seiner neoliberalen Grundorientierung. Im Memorandum 1978 hatte sich die Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund dieser kurzfristigen Interventionen für eine längerfristige Strategie ausgesprochen: man müsse eine Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum betreiben.

Infolge der jahrelangen Konfrontation mit der neoliberalen De-regulierungs- und Flexibilisierungspolitik ist dieser Aspekt einer längerfristigen Umgestaltungsperspektive des modernen Kapitalismus (Keynes plus), in die die alternative Wirtschaftspolitik eingebettet sein muß, nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit behandelt und weiterentwickelt worden. Sicherlich hat sich heute die Gestalt von Schlüsselbereichen der Ökonomie deutlich verändert, Art und Umfang von marktbeherrschenden Unternehmen war stets ein umstrittener Punkt. Durch die vielfältigen Eingriffe in das System der sozialen Sicherung steht heute für eine Konzeption des *Keynes plus* die Neugestaltung von einem modernen Lohnarbeitsverhältnis mit der deutlichen Verbesserung sozialer Sicherheit im Vordergrund. Es geht mithin um die Entwicklung einer gemischten Ökonomie auf Grundlage erweiterter Rechte und Sicherheit der Lohnarbeit. Eine moderne *mixed economy* ist nicht nur charakterisiert durch pluralistische Eigentumsformen (kapitalistische, genossenschaftliche, gemeinnützige und öffentliche Unternehmen), sondern in der Tat durch Rahmenplanung und Investitionslenkung. Allerdings ist der Aktionsradius eines solchen Regulierungs- und Steuerungssystems die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ohne eine Demokratisierung und Weiterentwicklung von internationalen Kontroll- und Steuerungssystemen ist allerdings eine solche längerfristige Perspektive unrealistisch.

Literatur:

- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg.
- Aglietta, Michel (2002): Läßt sich der Weltkapitalismus regulieren?, in: Sozialismus 11.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum, Ausgaben 1978-2002, Köln.
- Alternative Wirtschaftspolitik (1979), Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion, Berlin.
- Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus (2002): Was erwartet uns nach den Septemberwahlen?, in: Sozialismus 7/8.
- Deutsche Bundesbank (2001): Grenzüberschreitender Kapitalverkehr und die Rolle des internationalen Währungsfonds, Monatsbericht Juli.
- Flassbeck, Heiner/Müller, Albrecht (2002): Ein babylonisches Mißverständnis, in: FAZ, 23. Februar
- Hensche, Detlef (2002), Wissenschaft und Gewerkschaftliche Praxis, in: Hessler, Heiner et al., Gegen die Markt-Orthodoxie, Hamburg.
- Hessler, Heiner et al. (2002): Gegen die Markt-Orthodoxie, Hamburg.
- Hickel, Rudolf (2001): Die Risikospirale, Frankfurt.
- Hickel, Rudolf (1994): Alternative Wirtschaftspolitik, in: Marxistisches Wörterbuch, Bd 1.
- Hickel, Rudolf/Schui, Herbert (1983): Kreislaufökonomik in der Krise, in: WSI-Mitteilungen 5.
- Hickel, Rudolf (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation?, Hamburg.
- Hickel, Rudolf et al. (2001): Politik des Kapitals – heute, Hamburg.
- Hoffmann, Jürgen (Hrsg.) (1983): Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression, Hamburg.
- Huffschnid, Jörg (2002): Mit worldcom in den großen Crash?, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 9.
- Initiative für einen Politikwechsel (2002): Memorandum, Hamburg.
- Müller, Christa/Lafontaine, Oskar (2002): Stehvermögen, in: Hessler (2002).
- Prieue, Jan (2002): Fünf Keynesianismen, in: Hessler (2002).
- Riese, Hajo (1979): Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums, in: Alternative Wirtschaftspolitik (1979).
- Spahn, Hans-Peter (1983): Überschüssige Ersparnisse und Profite als Ursache der Stagnation?, in: WSI-Mitteilungen 5.
- Zinn, Karl Georg (2002): Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA im Kontext der Debatte um die »New Economy«, in: Hessler (2002).
- Zinn, Karl Georg (2000): Gewinner und Verlierer der Globalisierung?, in: Sozialismus 7-8, (Supplement).

nehmen und wichtiger Schlüsselbereiche der Wirtschaft ist die materielle Basis, auf der die wirtschaftliche Entwicklung zuverlässig gelenkt werden kann.« (1978, S. 101)

Eine demokratische Umgestaltung des Kapitalismus wird nur dann den nötigen Rückhalt bei der Bevölkerung finden, wenn die Politik der Ausweitung sozialer Unsicherheit zur Erhöhung der Leistungsabforderung bei den eigentumslosen sozialen Schichten beendet wird.

ARNDT HOPFMANN

Frustrierender Klimawechsel – Bericht über eine nachhaltige Ernüchterung

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 (World Summit on Sustainable Development – WSSD) war nicht nur die bislang größte UN-Konferenz, er wird auch als »Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung« in die Annalen eingehen. Bereits in seinem Vorfeld zeichnete sich ein grundlegender Klimawechsel ab, der sich im Verlauf der Konferenz selbst als das »Ende der Konsenskultur« (Wichterich) offenbarte.

Als vor 30 Jahren in Stockholm die erste Weltkonferenz zu Umweltfragen stattfand, stand die aufgeklärte Öffentlichkeit – zu der das »sozialistische Lager« damals nicht unbedingt zählte – ganz im Zeichen der heraufdämmernden »Grenzen des Wachstums«. Der gleichnamige Bericht an den *Club of Rome* hatte in beeindruckender und für manchen auch schockierender Weise klargestellt, daß das Ressourcen verschlingende westliche Konsummodell nicht globalisierbar ist, weil allein die Anhebung des Lebensstandards aller Erdenbürger auf das (damalige) Niveau eines durchschnittlichen westeuropäischen Industrielandes die Rohstoffreserven von mindestens zwei Planeten des Typs »Erde« erfordern würde. Seinerzeit war allerdings noch kaum ins Bewußtsein gedrungen, daß es schließlich weniger der Verbrauch an Rohstoffen als vielmehr die dabei »produzierten« Abfälle, Abwässer und vor allem die Abgase – namentlich der Ausstoß von Kohlendioxid – sein würden, die das globale Wohlfühlklima möglicherweise für Insekten verbessern, für Menschen jedoch zunehmend vergiften. Die Ironie der Geschichte besteht also darin, daß vor den Grenzen des Wachstums die Grenzen des menschlich Erträglichen erreicht werden.

Genau das kennzeichnete dann auch das Klima, in dem die *UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung* 1992 in Rio de Janeiro vorbereitet und durchgeführt wurde. Erstmals wurde dort anerkannt, daß der Uniformitätsdrang, der von Coca Cola, McDonalds und Hollywood ausgeht, zumindest genauso bedrohlich für den Zustand des Planeten ist wie die Ausweitung zerstörerischer Formen von Überlebensproduktion in den Armutsregionen dieser Welt. Auch wenn der damalige US-Präsident George Bush sen. das Recht auf Fortsetzung des »American Way of Life« auf eine Stufe zu stellen versuchte mit den Forderungen vor allem vieler indigener Völker nach Bewahrung kultureller und sozialer Vielfalt, wurde mit der »Agenda 21« ein Aktionsprogramm beschlossen, das geeignet schien, die Welt auf einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad zu bringen. Eine Zwischenbilanz zu ziehen und auf dem 1992 einge-

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Ausland und Mitglied der Redaktion von *UTOPIE kreativ*, war Teilnehmer am *Global People's Forum* des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002.

schlagenen Weg voranzukommen, das war schließlich auch das erklärte Ziel des *Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung* im süd-afrikanischen Johannesburg 2002.

In den Jahren zwischen 1992 und 2002 hat sich allerdings ein bemerkenswerter Wandel im globalen Klima vollzogen – und dies in zweierlei Hinsicht. Zum einen wännen sich die Industrieländer – mit Ausnahme der USA, die sich mit Verweis auf das Recht zur Wahrung ihrer kulturellen Identität, des American Way of Life, jeder nachhaltigen Kurskorrektur verweigern – spätestens seit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls auf dem Weg zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell. Dies bedeutet jedoch nicht etwa, daß sie von ihrer auf das Verbrennen fossiler Energieträger ausgerichteten Lebensweise ablassen würden, vielmehr setzen sie auf die Steigerung der Verbrauchseffizienz; ganz so, als ob die Erhöhung des Wirkungsgrades einer Dampfmaschine die umweltzerstörenden Wirkungen einer unablässig weiter zunehmenden Zahl von Dampfmaschinen auf Dauer kompensieren könnte. Die Geschichte des Kapitalismus zeigt nur zu deutlich, daß derartige »Effizienzrevolutionen« immer wieder durch die »Mengeneffekte« profitgetriebener Produktionssteigerungen mehr als wettgemacht wurden. Die schönen Aussichten auf eine nachhaltige Welt werden aus der – auffällig einäugigen – Perspektive des »Nordwestens« lediglich durch die grassierende Armut in den Entwicklungsländern bedroht, und folglich wird auch hier das eigentliche Nachhaltigkeitsproblem verortet.

Zum zweiten läßt sich der Wandel des Konferenzklimas an der Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGO) festmachen. Während das *Global Forum* der NGOs in Rio de Janeiro noch als Ort eines zivilgesellschaftlichen Aufbruchs erschien und von dort entscheidene Impulse auf die Regierungsverhandlungen ausgingen, war in Johannesburg auf dem *Global Peoples Forum* »Tote Hose« (Wichterich) angesagt. Es gab weder druckvollen Protest noch ist es gelungen, eine permanente Rückkopplung mit den Regierungsverhandlungen zu sichern. Statt dessen setzte sich der *homo oeconomicus* sowohl in Gestalt der auf mediale Selbstdarstellung fixierten, in Konsensmechanismen gefangenen und von Regierungsfinanzierung abhängigen NGOs als auch in Form des wachsenden Einflusses der Privatwirtschaft nachhaltig in Szene.

Das war das Klima von Jo'burg 2002. Der Nordwesten wähte sich dank der Verabschiedung »nationaler Nachhaltigkeitsstrategien« – von denen sich freilich erst erweisen muß, ob ihr Wert den des Hochglanzpapiers, auf dem sie millionenfach gedruckt wurden, tatsächlich übersteigt – auf dem »richtigen« Weg. Den Schwarzen Peter hatten von Anfang an die Entwicklungsländer, in denen insgesamt fast zwei Millionen »absolut Arme« mit weniger als einem US-Dollar pro Tag ein teilweise umweltzerstörendes Dasein fristen (müssen). Wenn es nach dem auf dem Gipfel mit viel Aufwand präsentierten Weltentwicklungsreport 2003 der Weltbank geht, dann wird das globale Ökosystem allein durch »das zur Armutsbekämpfung notwendige Wachstum« unter Streß gesetzt.

Beseelt von genau diesem Geist hat der offizielle Part des Gipfels stattgefunden. Abgeschirmt vom Rest der Welt haben die Staats- und Regierungschefs aus 104 Ländern (freilich ohne ihre No. 1, den

»Der Johannesburg-Gipfel brachte 21 340 TeilnehmerInnen aus 191 Ländern zusammen, darunter 104 Staats- und Regierungschefs, rund 9 000 offizielle Delegierte (darunter 132 aus Deutschland), 8 000 NGO-VertreterInnen und 4 000 JournalistInnen. Hinzu kamen Tausende, die sich abseits des offiziellen Gipfels an einer der unzähligen Parallelveranstaltungen, Alternativkonferenzen und Demonstrationen beteiligten. Gemessen an diesen Zahlen übertraf WSSD alle bisherigen Weltkonferenzen.« Jens Mertens: Multilateralismus an seinen Grenzen, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 09/2002.

»Das politische Ergebnis der Verhandlungen ist angesichts der Dringlichkeit der politischen Fragen eher als enttäuschend zu bewerten. Die Johannesburg-Deklaration und der Implementierungsplan bleiben in weiten Bereichen oberflächlich und unverbindlich. Der Gipfel war geprägt von tiefgreifenden konzeptionellen Meinungsunterschieden zwischen den USA, der Europäischen Union und Entwicklungsländern im Bezug auf die Handlungsreichweite multilateraler Politik und auf grundlegende Entwicklungsstrategien. Zwar gab es einige politische Erfolge in den Bereichen Wasser, Energie und Gesundheit, doch fällt die Bilanz, vor allem im umweltpolitischen Bereich, eher ernüchternd aus ...« Bericht über den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vom 26. August bis 4. September von Sascha Müller-Kraenner, Mitglied der deutschen Regierungsdelegation.

US-Präsidenten George W. Bush) in der UN-Sondersicherheitszone Sandton City eine knappe politische Erklärung und einen ca. 50 Seiten langen ›Umsetzungsplan‹ voller Absichtserklärungen für mehr Nachhaltigkeit in der Weltentwicklung beschlossen. Vorgesehen sind vor allem Anpassungsleistungen durch die Entwicklungsländer. Von Fehlentwicklungen im Nordwesten ist höchstens beiläufig die Rede. Wenn sich die Regierungen der »Dritten Welt« ordentlich aufzuführen, regelmäßig Wahlen abhalten und ansonsten den Marktkräften ihren »freien« Lauf lassen, dann sagen die reichen Länder ¥¤\$ und versprechen für mehr »Entwicklung« im Süden mehr Hilfgelder fließen zu lassen.

Insbesondere soll dies für den afrikanischen Kontinent im Rahmen der kürzlich aus der Taufe gehobenen *Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung* (NEPAD) der Fall sein. Dieses Programm erweist sich bei genauerem Hinsehen allerdings als alter Wein neoliberaler Strukturanpassung in neuen Konditionalitäts-Schläuchen – die »Geber« stellen neue, ›verschärfte‹ Bedingungen und den »Nehmern« bleibt nur übrig, zu akzeptieren. Vor allem soll nun eine Kontrollgruppe aus »ehrenwerten« afrikanischen Persönlichkeiten im Rahmen des sogenannten *African Peer Review Mechanism* unbotmäßige Regierungen in die Schranken fordern und sichern, daß sie sich der (bisher lediglich versprochenen) Zuwendungen auch würdig erweisen. Angesichts der mehr oder weniger freiwilligen und bedingungslosen Unterordnung der afrikanischen Regierungen unter von außen aufgeherrschte Bedingungen verwundert es daher kaum, daß NEPAD von seinen Kritikern inzwischen längst als KNEE-PAD – als Kniefall Afrikas vor den Geberländern – buchstabiert wird.

Nicht nur räumlich meilenweit entfernt vom streng abgeschirmten Sandton City trafen sich im *Global People's Forum* die sogenannten CO-NGOs – die kooptierten oder angepaßten beziehungsweise staatlich ›anerkannten‹ und ›geförderten‹ Nichtregierungsorganisationen – im Süden Johannesburgs auf dem Ausstellungszentrum NASREC. Hier wurde vor meist kleinem Publikum das volle Programm des Üblichen geboten: von Workshops über Spiritualität, Liebe und Nachhaltigkeit, über phantasievolle Protestaktionen gegen die Erderwärmung bis zu Debatten über neuartige Technologien zur Lösung von Umweltproblemen. Insbesondere die *Heinrich-Böll-Stiftung* hat weder personellen noch finanziellen Aufwand gescheut, um das gesamte Spektrum der Themen, die im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte stehen, zu verhandeln, zu besetzen und sogar als Theaterstück zu inszenieren. Was nicht nur im *Böll-Forum* bei allem Engagement auffällig unterbelichtet blieb, war trotz und gerade angesichts des im Detail beachtlichen Sachverstandes der Teilnehmer aus aller Herren Länder eine klar adressierte grundsätzliche Kritik. Angeprangert wurde allerorten zwar dieses oder jenes regionale Problem, protestiert wurde gegen ›heiße Luft‹, ausführlich debattiert wurde über neue Technologien – all dies in der Regel jedoch ohne Roß und Reiter zu benennen. Gesellschaftliche oder politische Hintergründe wurden gern verdrängt, weil sich die Masse selbst der regierungsferneren Aktivisten offenbar längst mit den herrschenden Zuständen abgefunden hat – wenn es nicht gerade um »Korruption« in Entwicklungsländern geht, wo angesichts der längst

›Geprägt war Johannesburg von den nationalen Egoismen kleinkrämerischer Regierungen, der offensiven Präsenz transnationaler Unternehmen und ihrer Lobbyverbände sowie der Zersplitterung der internationalen Zivilgesellschaft.«
Jens Mertens: Multilateralismus an seinen Grenzen, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 09/2002.

alltäglichen Schmiergeldaffären, Bilanztricks und Steuerbetrügereien in den (nordwestlichen) Heimatländern bemerkenswert einäugig ein Phantom aufgebaut wird, auf das sich trefflich mit erhobenem Zeigefinger verweisen läßt. Die wenigen, die in NASREC versucht haben, gesellschaftliche Verursachungszusammenhänge und soziale Nöte zur Sprache zu bringen – beispielsweise Vertreter von ATTAC, des Weltsozialforums oder der Landlosenbewegung –, blieben weitgehend unter sich allein.

Die Aktivitäten jener bunten Vielfalt von Organisationen, Gruppen und Grüppchen, die sich gern selbst als antihierarchische *Neue Soziale Bewegungen* verstehen, hatten weder feste Orte noch geordnete Zeitpläne. In Universitähörsälen, in überfüllten Camps, in Townships und Stadien und nicht zuletzt auf der Straße engagierten sich Tausende, vor allem südafrikanische Aktivisten gegen NEPAD und neoliberale Globalisierung, gegen die Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung, für kostenlose Schulbildung und mehr soziale Gerechtigkeit – sowie hin und wieder auch für mehr Umweltschutz. In einer Region, die von wachsenden sozialen Spannungen und weit verbreiteter Massenarmut, von HIV/AIDS und steigender Kriminalität heimgesucht wird, sind bis heute Umweltschutz oder gar nachhaltige Entwicklung nicht nur weitestgehend unbekannte, sondern auch inhaltsleere Begriffe; darüber kann auch die von den Gipfelorganisatoren inszenierte Recyclingkampagne – wozu das NASREC-Gelände mit Hunderten von Recyclingtonnen umzingelt und zugestellt wurde – nicht hinwegtäuschen.

Wie längst allerorten üblich, an denen sich Globalisierungsapologeten und die »Führer der Welt« versammeln, richteten sich die Massenproteste auch in Johannesburg vehement gegen die bedrohlichen sozialen Konsequenzen neoliberaler Politik, die das hehre Gipfelmotto »People, Planet, Prosperity« längst ad absurdum geführt haben. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die mittels Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Güter »Wohlstand« verheißt, muß zwangsläufig an den Armen – an »Geldsubjekten ohne Geld« (Robert Kurz) – genauso scheitern wie an der Sucht der »Geberländer« nach immer neuen Bedingungen für die Gewährung von »Entwicklungshilfe«. Weder kann durch die Einführung vonbarer Zahlung für die Versorgung mit existentiellen Gütern die Lebenslage jener nachhaltig verbessert werden, die als »absolut arm« gelten, weil sie mit weniger als einem US-Dollar pro Tag ihr Dasein fristen müssen, noch kann sich die Stellung eines Dritt-Welt-Landes in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen tatsächlich verbessern, solange die Märkte der »Ersten Welt« protektionistisch abgeschottet bleiben und die dortigen Produzenten mit riesigen (keineswegs »marktkonformen«) Subventionen und anderen Handelsschranken vor unerwünschter Konkurrenz geschützt werden. Selbst das in der Abschlusserklärung verkündete hehre Ziel, bis 2015 die Zahl der Armen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen zu halbieren, erweist sich angesichts des Maßstabs, der dafür zugrundegelegt wird, als Farce. Wenn nämlich die Steigerung des täglich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens für ca. 700 000 000 Menschen (über einen Zeitraum von zehn Jahren) von jetzt einem US-Dollar auf dann vielleicht zwei US-Dollar als ausreichend für die »Beseiti-

»Der Umsetzungsplan von Johannesburg krankt im Kern an dem konzeptionellen Widerspruch, der auch schon früheren Aktionsprogrammen zum Verhängnis wurde. Er benennt einerseits ausdrücklich die Fehlentwicklungen der vorherrschenden Konsum- und Produktionsweisen und die negativen Folgen der Globalisierung, empfiehlt aber andererseits als gegenmittel weitere Marktöffnung, Liberalisierung und die stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft, und damit Rezepte, die die Fehlentwicklungen der Vergangenheit gerade befördert haben.

Jens Mertens: Multilateralismus an seinen Grenzen, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 09/2002.

»Tonangebend waren die finanzstarken, durchprofessionalisierten und norddominierten BINGOs. Medienarbeit rangiert bei ihnen gleichrangig neben der Lobbypolitik, ist bei einigen sogar vorrangig. ... Erfolgsmaßstab sind die Medien: Spieglein, Spieglein an der Wand, wie viele Berichte im ganzen Land...« Christa Wichterich: Ende der Konsenskultur nach Jo'burg?, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 10/2002.

gung absoluter Armut« angesehen wird, dann ist dies nicht nur höchst fragwürdig – weil schon eine relativ geringfügige Abwertung des US-Dollars »helfen« könnte, das Problem zu »lösen« –, sondern in bezug auf den damit erreichten »Fortschritt« auch eher makaber – als ob ein Mensch mit zwei US-Dollar pro Tag nicht noch immer bedrückend arm wäre.

Der Gipfel hat eines mit aller Deutlichkeit gezeigt: Bei allen noch so drängenden Herausforderungen, denen sich die »Weltgemeinschaft« gegenüber sieht, darf an den Grundpfeilern des nordwestlichen Selbstverständnisses (und damit des kapitalistischen Wirtschaftssystems) unter keinen Umständen gerüttelt werden. Deshalb wurde der Begriff nachhaltige Entwicklung nicht nur erfolgreich seiner potentiell systemkritischen Inhalte entkleidet, er ist längst zur inflationär mißbrauchten Allerweltsfloskel verkommen. Im gleichen Maße, wie inzwischen jedes Weltunternehmen »nachhaltig produziert« und natürlich »nachhaltig wächst«, ist auch den nordwestlichen Regierungen (und wohl auch einem großen Teil ihrer Wähler) jede kritische Distanz zum eigenen Tun und Lassen abhanden gekommen – wofür nicht zuletzt der jeder selbstkritischen Bilanz entbehrende Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung an den Gipfel beredtes Zeugnis ablegt. »Null-Toleranz« war deshalb nicht nur das Prinzip, mit dem die südafrikanische Regierung beweisen wollte, daß sie zumindest bei der brutalen polizeilichen Repression auch von friedlichen Demonstranten inzwischen sehr wohl das »entwickelte« Niveau von Genua oder Göteborg erreicht hat. »Null-Toleranz« war auch der Leitgedanke für die Verhandlungen auf dem Gipfel selbst. Keiner der ohnehin spärlichen Versuche, auch nur in einem einzigen Punkt über die Beschlüsse von 1992 in Rio de Janeiro hinauszugehen, wurde toleriert.

Daß nicht alle Blümenträume selbst der Industrieländer in Erfüllung gingen – so konnte selbst der deutsche Bundeskanzler, obwohl er in seiner fünfminütigen Gipfel-Rede »wie ein Löwe« (Trittin) kämpfte, keine verbindlichen Vereinbarungen zum Übergang zu erneuerbaren Energiequellen ins Abschlußdokument drücken –, ändert nichts am Grundtenor. Nach zehn Tagen Weltgipfel in Johannesburg verfestigt sich ein beklemmender Eindruck. Die ursprüngliche Idee nachhaltiger Entwicklung, die im *Brundtland-Bericht* 1987 – freilich etwas »fahrlässig« – als die Wahrung der Interessen zukünftiger Generationen umschrieben wurde, haben der »Nordwesten« und die »Major Groups« der Privatwirtschaft (und der ihnen hörige Medienzirkus) längst erfolgreich »besetzt« und damit seiner endgültigen Beerdigung ein großes Stück näher gebracht – es sei denn, es gelingt, das Konzept von *links* wiederzubeleben und kapitalismuskritisch zu wenden. Dazu wäre es mit der Vision von einer sowohl ökologisch und ökonomisch als auch sozial zukunftsfähigen Gesellschaft zu verbinden und als langfristige Strategie politisch-widerständigen Handelns zu entfalten.

SIEGFRIED SCHARRER

Medizin-Ethik – quo vadis? Versuch einer Antwort

Im festlichen Rahmen des Bürgerladens Halle-Neustadt moderierte Viola Schubert-Lehnhardt ein ausgezeichnet besetztes Symposium zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Ernst Luther. Die Beiträge von Referentinnen und Referenten unterschiedlicher Richtungen und Disziplinen, darunter mehrere Mitglieder der Akademie für Ethik in der Medizin, sowie die Diskussion zeigten ein aktuelles Spektrum gegenwärtiger medizinethischer und sozialpolitischer Probleme auf. Zugleich wurden Schwerpunkte der Arbeit Luthers deutlich. Ilja Seifert, MdB und Mitglied der Enquête-Kommission »Ethik und Recht der modernen Medizin«, hob die wichtige und unverzichtbare Funktion von Ernst Luther für die Arbeit dieser Kommission hervor. Seifert vertrat die Auffassung, daß ein gesundes Kind zwar als individueller Wunsch der Eltern verständlich sei, aber kein gesellschaftliches Leitbild darstellen dürfe. Ebenso dürfen menschliche Embryonen nicht »verzweckt« werden. Aus theologischer Sicht entfaltete Ilsegrit Fink (Berlin) den dynamischen, ganzheitlich sozialen Begriff des »Heils« in der biblischen Tradition. Hans Lutter (Güstrow) schilderte die Geschichte und die Probleme des christlich-marxistischen Dialogs in der DDR. Er wies auf Partnerschaften hin, die bis heute weitergehen. Es gelte, die gemeinsamen humanistischen Tendenzen zu bündeln, um die Gesellschaft humaner zu gestalten. Siegfried Scharrer (Nürnberg) zeigte in seinem Beitrag Chancen des christlichen Menschenbildes als Angebot für die Diskussion. Neben zentralen methodischen Überlegungen aus der modernen Ethik-Diskussion, der Differenzierung zwischen einer statischen Autonomie und einer im Kantischen Sinne relationalen Autonomie, hob er den unverfügbaren Wert jedes einzelnen Menschen hervor. Daraus leitete er die Grundnorm ab: »Jeder/jede hat einen unverfügbaren Wert. Handle danach!« Dies ist dann in Protestnormen zur Gestaltung gegen die vielfältigen gesellschaftlichen Verfügungen anzuwenden. Gerade hier liegt eine gemeinsame Basis – trotz unterschiedlicher Begründungen – für Christen, humanistisch orientierte Marxisten und Kantianer, gegen den Warencharakter des Menschen vorzugehen. Michael Wunder (Hamburg), ebenfalls in der Enquête-Kommission tätig, wandte sich gegen »gigantomane« Gesundheitsvorstellungen, betonte die Gleichwertigkeit aller Menschen in Anerkennung ihrer Differenz, die ihr So-Sein und ihre Verschiedenartigkeit – die genetisch zufällige eingeschlossen – als unveräußerliches Potential anerkennt. Herbert Meyer (Erfurt) schilderte die Entstehung und Entwicklung des »Zentrums für Ethik in der Me-

Siegfried Scharrer,
Prof. Dr., lehrt an der
Evangelischen Fachhoch-
schule Nürnberg

dizin« in Thüringen. Er entfaltete interessante Aspekte der Aus- und Fortbildung mit dem Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Erfurt, der Theologischen Fakultät und der Berufsakademie Erfurt. Er berichtete von öffentlichen Tagungen, von Fortbildungsveranstaltungen für Pflegekräfte in Heimen und Kliniken. Schade, daß diese wichtigen Erfahrungen in den alten Bundesländern noch zu wenig wahrgenommen werden. Hier liegt eine Fundgrube der möglichen Zusammenarbeit innerhalb der Akademie verborgen.

Viola Schubert-Lehnhardt versuchte in ihrem Beitrag gegen zwei Mythen anzugehen, gegen den Mythos von der Kostenexplosion und den Mythos vom Wettbewerb im Gesundheitswesen. Sie forderte einen ganzheitlichen Ansatz bei der Abrechnung von Leistungen. Viele der zunehmenden Störungsbilder seien Reaktionen auf soziale und familiäre Mißstände. Hier sei es deshalb Aufgabe, Behandlungsinstitutionen zu schaffen, die dies prophylaktisch und therapeutisch aufgreifen. In diesem Sinne sei als Wettbewerbsziel die Qualitätssicherung medizinischer Leistungen anzustreben, damit nicht nur die Zahlungskräftigsten als erwünschte Patienten gelten und es nicht zur einer Selektion von chronisch Kranken, psychiatrischen Patienten und alten Menschen aus den unteren Schichten kommt. Uta Romanowski (Halle) erörterte aus der Sicht der Rechtsmedizinerin das Spannungsfeld von Ethik und Recht. Sie zeigte an den Problempunkten der Aufklärungspflicht und der Schweigepflicht mögliche Konflikte auf. Die umfassende Aufklärungspflicht könnte zum Beispiel an die Grenze der Zumutbarkeit für Patienten stoßen. Und sie wies auf das ethische Dilemma hin, daß die Schweigepflicht als Recht des Patienten an die Grenze stößt, wenn zum Beispiel Ehefrauen Opfer von Mißhandlungen durch den gewalttätigen Ehemann werden. Werner Lange (Halle) hielt ein Plädoyer für die Selbstbestimmtheit beim Sterben. Er hob zwar die Verdienste der Hospizbewegung hervor und distanzierte sich von der Vision einer Abschaffung des Leidens. Dies hieße aber nicht, daß jedes Leiden zu ertragen sei, auch unerträgliches. Die sorgfältig geprüfte Selbstbestimmung sei Ausdruck der Würde des Menschen. Gerade hier kam es zu intensiver Diskussion, da der vorausgesetzte Autonomiebegriff gleichwohl Gemeinsamkeiten mit der sonst doch abgelehnten (!) utilitaristischen Position enthielt. Hier liegt ein zentrales Diskussionsproblem.

In diesem Kontext ist der Beitrag des renommierten Neurochirurgen Günther Baust (Halle) eine Hilfe gewesen. Mit seinem Beitrag »Selbstbestimmung am Lebensende« forderte er auf, eine von gegenseitigem Respekt getragene Vertrauensbeziehung zwischen Ärzten und Patienten zurückzugewinnen. Zugleich betonte er die ärztlichen Möglichkeiten, jede Form von Schmerzen adäquat zu behandeln. Dies erfordere allerdings die nötige Ausbildung der Ärzte. Ausichtslose Therapiemaßnahmen zur Lebenserhaltung sind weder gefordert noch ethisch vertretbar. Das ärztliche Ethos, das Tötungshandlungen ausschließt, dürfe auf keinen Fall verletzt werden. Klare, die juristischen Grauzonen vermeidende gesetzliche Regelungen sind nötig. Baust hielt in der Diskussion den hebräischen Wahrheitsbegriff (Wahrheit als Vertrauen) für sehr hilfreich. Der Berliner Medizinhistoriker Gerhard Baader behandelte die aktuellen Sterbe-

hilfereglungen in den Niederlanden und fragte nach möglichen, auch unbeabsichtigten Analogien zur NS-Euthanasie.

Ernst Luther warf an der Arbeit der Enquête-Kommission »Recht und Ethik der modernen Medizin« grundlegende Fragen auf – man beachte bereits das Demokratieproblem: der Widerspruch zwischen der vom Parlament eingesetzten Kommission und der (entsprechend der platonischen Staatsvorstellung) eingesetzten Kommission des Bundeskanzlers. Er sah die Gefahr, daß die normative Kraft des Faktischen zu einer medizinischen Ethik der Anpassung führen könnte. Dagegen zu steuern, darin liegt die unverminderte Chance einer an dem humanistischen Menschenbild von Karl Marx orientierten Ethik-Position. Sie nimmt Abschied von der ideologischen Borniertheit, der Bindung an eine Parteipolitik und sucht die vielfältigen Kontakte der Zusammenarbeit auch mit christlichen Positionen.

Ein erweiterter Sammelband der Symposiumsbeiträge ist unter dem Titel erschienen: Viola Schubert-Lehnhardt (Hrsg.): Medizin-Ethik – quo vadis? Versuch einer Antwort, Gerbstedt 2002.

Call for Papers

Die politisch-theoretische Zeitschrift UTOPIE kreativ, die seit 1990 monatlich in Berlin erscheint, beabsichtigt im Jahr 2003 Beiträge zu nachstehenden Schwerpunkten zu veröffentlichen.

Alle interessierten Autorinnen und Autoren sind eingeladen, zu diesen Themen Aufsätze, Berichte und Rezensionen einzureichen. Die Texte sollten einen Umfang von ca. 30 000 Zeichen haben und entsprechend den Formhinweisen unserer Zeitschrift gestaltet sein (siehe jeweils letzte Seite, gegebenenfalls Probeheft anfordern!).

Schwerpunkte für das Erscheinungsjahr 2003:

1. Worin bestehen die Chancen, aber auch Gefahren einer »neuen Weltordnung«? Mit dem Eintritt der menschlichen Zivilisation in eine neue Phase ihrer Entwicklung, dem Ende des Staatssozialismus, des Kalten Krieges und der Bipolarität, bilden sich neue Konstellationen und Konfliktfelder, deren ständige Analyse Grundlage für demokratische und neue soziale Bewegungen in der Welt und für eine linke Politik in Deutschland und Europa ist.

2. Welche neuen Aspekte sind beim Kampf um die Durchsetzung der *Menschenrechte* in der Welt auszumachen? Welchen Beitrag können linke Bewegungen hier leisten und von welchen Kräften könnte ein entsprechendes demokratisches Bündnis getragen werden?

3. Worin besteht das »Projekt«, die *Vision der europäischen Linken im 21. Jahrhundert?* – Nachdem bestimmte Ziele (Wahlrecht, Achtstundentag, Sozialstaat) in der Vergangenheit erreicht worden sind, andere zumindest teilweise (Mitbestimmung, Vermögensbildung), stellt sich die Frage nach dem übergreifenden Ziel der Linken neu. Welche Ansatzpunkte gibt es hierfür und in welche Richtung weisen entsprechende Überlegungen?

4. Das anspruchsvollste Politikprojekt der Gegenwart verbindet sich mit dem Begriff »*Nachhaltigkeit*«. Welche Anforderungen leiten sich daraus für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft ab? Wie soll diese in ökonomischer, sozialer, ökologischer und kultureller Hinsicht gestaltet sein, damit für alle ein Zugewinn an Lebensqualität erreicht wird? Welches sind die Voraussetzungen dafür, die adäquaten Institutionen, Politikformen, Wirtschafts- und Lebensweisen?

5. Auf welche *alternativen ökonomischen Theorien* können sich linke und antineoliberale Kräfte in ihrem Kampf um eine gerechtere und bessere Welt stützen? Gegenwärtig bestimmen die Dogmen der neoklassischen Orthodoxie die Wirtschaftspolitik. Um hier glaubhaft Alternativen und Reformkonzepte entwickeln zu können, bedarf es einer alternativen Theorie. Welche Ansätze, Vorläufer und Ideen gibt es dafür? Das dazu 1999 in der RLS in Angriff genommene Projekt (siehe UTOPIE kreativ 143) soll fortgesetzt werden.

6. Welches sind die programmatischen Hauptpunkte des »*demokratischen Sozialismus*«? Welche Überlegungen gibt es hierzu im In- und Ausland? – Insbesondere sind hier Beiträge gefragt, welche die weißen Flecken vorliegender Programme und Ausarbeitungen auszufüllen helfen und mit dazu beitragen, die Klärung programmatischer Grundfragen voran zu bringen. Dies betrifft unter anderem solche Kategorien wie soziale Gerechtigkeit, öffentliches Eigentum, Kollektivgüter, Grundgüter, Transformation.

7. Friedensbewegungen, Globalisierungskritiker und neue soziale Bewegungen in der Welt setzen sich für die Errichtung demokratischer Strukturen in Politik und Wirtschaft ein. Mit dem Ziel eines »demokratischen Sozialismus« in einer zukunftsfähigen Gesellschaft geht das strategische Programm der PDS noch darüber hinaus, indem die Transformation der menschlichen Gesellschaft angestrebt wird. Welche Schritte kennzeichnen dieses »*transformatorische Projekt*« der Zukunft und welches sind die Konturen, die dieses Konzept schon heute erkennen läßt.

8. Wie ist die politische »Landschaft Deutschlands« nach den Bundestagswahlen 2002 einzuschätzen? Warum gibt es derzeit kaum ein Interesse an einer Partei links von der SPD?

9. Welche absehbaren/wahrscheinlichen, unmittelbaren und/oder längerfristigen Konsequenzen haben *neuere technologische Entwicklungen* auf Gesellschaft, Politik, Sozialstruktur und/oder ethisch-moralische sowie ideologische Prozesse? – Die Rolle von neuartigen Kommunikationssystemen für die Formierung sozialer Bewegungen; die Konsequenzen neuer Forschungsmethoden und -erkenntnisse, zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens, in der Landwirtschaft oder in der Technologieentwicklung (Technikfolgenabschätzung); politische Alternativen zu marktgetriebenen Entwicklungs- und Anwendungsstrategien.

10. Welches Entwicklungskonzept gibt es für Ostdeutschland, nachdem die Vorstellungen von einem raschen Aufhol- und Angleichungsprozeß gegenüber Westdeutschland mehr oder weniger gescheitert sind? Wie kann das Ausbluten und weitere Zurückfallen ostdeutscher Regionen wirtschaftspolitisch verhindert werden beziehungsweise welche Szenarien zeichnen sich für den Osten für die nächsten Jahrzehnte ab? Hierzu sind theoretische Überlegungen, vor allem aber auch Analysen vor Ort erwünscht, die Grundlage für regional- und kommunalpolitisches Handeln sein können.

Darüber hinaus sind natürlich Beiträge zu anderen Themen willkommen. So ist auch 2003 wieder ein Jahr zahlreicher *Jubiläen und Gedenktage*. Erinnerung sei zum Beispiel an den 27. Januar 1973 (Beendigung des Vietnamkriegs), den 30. Januar und den 10. Mai 1933, den 17. Juni 1953, den 20. Juni 1953 (Hinrichtung der Rosenbergs), den 11. September 1973 (Putsch in Chile) und die 200. Wiederkehr des Erscheinens der »Harmonie« von Fourier.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Manchmal sind es kleine Artikel in einem Blatte, die unserer Aufmerksamkeit nicht entgehen sollten. Wenn unsereiner am Geräte sitzt und seine monatliche Kommentierung verfassen soll, dann ist er froh über jeden Hauch von Idee, der ihm aus den Zeilen entgegenwabert.

Es gilt ein ungeschriebenes Gesetz: Über Namen, insbesondere über Familiennamen, wird sich nicht lustig gemacht, und sie werden auch nicht anderweitig artikelmäßig verhackstückt. Das nur zu Ihrer Information, damit Sie nicht etwa annehmen, mir sei diese alte Journalistenregel nicht bekannt. Aber manchmal eben werden Regeln, wenn die Versuchung überhand nimmt, stracks außer Kraft gesetzt. Das muß dann nicht immer sonderlich originell sein; aber Spaß muß es machen. Und wenn es nur dem Spaß macht, der das alles hinschreibt ... Also: Immer wenn ich in der Zeitung den Namen Liebich lese, denke ich an »Liebling«. (Stefan Liebich, für Uninformierte, ist der Oberste Anleiter der Berliner PDS). Natürlich denke ich bei ihm nicht an »Liebling Kreuzberg«, sondern an »Liebling der Partei«. Und falls Sie in Geschichte der Arbeiterbewegung aufgepaßt haben, wissen Sie, wen ich meine.

Gewiß, Liebich – Liebling – mehr Kalauer ist ja nun wirklich kaum möglich. Aber der gefönte Junggenosse aus Berlin-Biesdorf – bin übrigens wirklich gespannt, wie lange sie sich in der PDS noch mit Genosse anreden oder beschimpfen werden – macht es mir manchmal wirklich leicht. Wie neulich: Da reagierte er mittels eines Leserbriefes im Organ auf Vorwürfe, die Führung solle mehr auf die Basis ..., das alte Lied eben. Aber wer bis dato trotz aller bisheriger Erfahrungen doch noch nicht von dem Irrglauben lassen wollte, die PDS wolle sich von anderen Parteien auch durch ihr Innenleben unterscheiden, könnte jetzt durch Liebling Liebichs Leserbrief endgültig anderen Sinnes geworden sein.

Se-hörn-de-Aufnahme: »Wieder und wieder lese ich im *Neuen Deutschland* in den Leserbriefen, die ›Führung‹ möge die Basis ernst nehmen und unseren Anspruch von ›Basisdemokratie‹ umsetzen. Das Statut der PDS kennt den Begriff ›Basisdemokratie‹ nicht, weil die PDS sich eben anders organisiert. Nicht mehr demokratisch-zentralistisch, wohl aber nach dem Vertretungsprinzip und nicht auf der Grundlage von Vollversammlungsentscheidungen. Nachzulesen in Absatz 6 Punkt 10 und 11 ›Organisation der Basis‹. Diese wählen VertreterInnen für die nächsthöhere Ebene. Diese GenossInnen treffen dann Entscheidungen, und zwar nicht im Auftrag ihrer Basis, sondern auf Grund eigener Überlegungen und der Kenntnisnahme von Debatten. Ist die ›Basis‹ mit der Arbeit, den Auffassungen und Entscheidungen ihrer Vertreter nicht einverstanden, wählt sie sich neue. ...« (Ach, dieser Kinderglaube) Und manchmal gründet sie auch, wenn sie die Entscheidungen gewählter Vertreter (zum Beispiel Parteitagsdelegierter) nicht mag, einfach ein »Netzwerk«. Merke: Spalter waren schon immer die anderen.

Übrigens war dem Liebich-Leserbrief ein geradezu vorzügliches Timing beschieden: Er erschien nämlich just an jenem Montag, an dem das *Neue Deutschland* und die anderen Zeitungen über die Demonstration von 500 000 Globalisierungsgegnern in Florenz berichteten. Aber das waren ja keine gewählten Vertreter.

Doch machen wir uns nichts vor: Irgendwann wird es dann auch bei *Attac* Ober- und Unter-Attacs geben, einschließlich von der »Basis« gewählter Vertreter, der Regen rinnt eben immer noch von oben nach unten. Aber solange es, zum Beispiel bei *Attac*, wenigstens noch den Anschein hat, er tue das nicht ...

Eben dudelt *Spreeradio*, im Stadtzentrum demonstrieren gerade fünfzehntausend Zahntechnikerinnen und Zahntechniker – natürlich gegen den rot-roten-Senat. Und die Bäcker sind heute auch auf der Straße. So geht das nun Woche um Woche, und ich frage mich, wie die Sozialisten so etwas mental wegstecken. Aber wahrscheinlich reden sie sich ein, sie hätten »einen Auftrag«, sie täten ihre Pflicht – Zähne zusammengebissen und durch. Den langgedienten Westberliner Sozialdemokraten dürfte das alles nichts ausmachen, haben sie doch in ihrer Geschichte schon Demonstrationen ganz anderer Größenordnungen aushalten müssen. Außerdem sind sie mit PDS-Hilfe schön aus dem Bankenskandal herausgekommen. Jedenfalls propagandistisch. Die »gewählten Vertreter« der PDS rufen auch nur »Landowsky war's!«, und wenn jemand ansetzt, hinzuzufügen, »und die SPD ...«, gefährdet er die Koalition. Wer will das schon?

Allerdings nannte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zum Bankenskandal neulich in einem *Tagesspiegel*-Interview auch noblerweise Namen von Parteifreunden: unter anderen Dietmar Staffelt, ehemaliger Fraktionsvorsitzender, und Ex-Wirtschaftssenator Norbert Meissner.

So weit, so schlecht. Doch wie immer diese Angelegenheit endgültig aufgeklärt sein wird, eines steht fest: An ihrer materiellen Existenz wird das – mal vorsichtig formuliert – Fehlverhalten der Landowskys, Staffelts und so weiter nicht kratzen. Im Unterschied zu den Zahntechnikern, Krankenschwestern, Bäckern, Kulturarbeitern.

Aber wir haben ja gewählte Vertreter. Da müßte doch eigentlich gar niemand auf die Straße. Aber nur eigentlich.

Bertram Schefold (Hrsg.):
 Exogenität und Endogenität,
 Metropolis-Verlag Marburg 2002,
 272 S. (39,80 €)

Hinter dem komplizierten wissenschaftlichen Titel verbirgt sich die einfache Frage, ob die Geldmenge autonom von der Zentralbank gesteuert wird oder aber von der Geldnachfrage der Volkswirtschaft abhängt. Ersterer Tatbestand wird mit dem Begriff der Exogenität, letzterer mit dem der Endogenität umschrieben. In der ökonomischen Lehrbuchliteratur wird seit Jahrzehnten nahezu einheitlich davon ausgegangen, daß die Geldmenge exogen sei, das heißt von der Zentralbank in einem autonomen Akt gesetzt wird. Selten herrschte in der ökonomischen Theorie so viel Konsens wie in dieser Frage, was sich insbesondere bei der Darstellung des Geldangebotsprozesses zeigt. Diese Position ist jedoch weder widerspruchsfrei, noch wird sie dem komplexen Prozeß der Steuerung der Geldmenge in einer modernen Volkswirtschaft gerecht. Es gibt deshalb seit längerem Versuche, das Problem von der entgegengesetzten Position aus, also unter Zurechnung eines *endogenen* Ansatzes, theoretisch in den Griff zu bekommen.

Die Spezifik des vorliegenden Buches besteht darin, Aufsätze von Geldtheoretikern, -historikern und -politikern zu vereinen, die sich mit der Frage der Endogenität des Geldes befassen und sich zu diesem Ansatz bekennen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Sammlung von Schriften zu einem ›alten Hut‹, den die moderne Wissenschaft längst beiseite gelegt hat. Auch wenn einige Beiträge auf den ersten Blick einen solchen Schluß zulassen, da sie sich ausschließlich mit historischen Debatten und mit der historischen Rezeption monetärer Theorien beschäftigen. Dies gilt insbesondere für den umfangreichen Text zur deutschen Geldtheorie im 19. Jahrhundert von Heinz Rieter (S. 13 ff.) und den imposanten Aufsatz zur Endogenität und Neutralität des Geldes von Erich W. Streissler (S. 65 ff.).

Um die Bedeutung der Frage nach der Exogenität oder Endogenität des Geldes in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, bietet es sich an, das Buch von hinten beginnend zu lesen.

Der Aufsatz von Goodhart¹ am Schluß des Buches verdeutlicht nämlich in eindrucksvoller Klarheit das Dilemma der modernen Geldtheorie, indem er die heute vorherrschende Auffassung in den Wirtschaftswissenschaften mit den institutionellen Gegebenheiten der Gegenwart konfrontiert. Das Ergebnis ist für die Wissenschaft nicht weniger als katastrophal: Die von Zentralbankern bereits seit zwei Jahrzehnten ernsthaft in Frage gestellte autonome ›Setzung‹ der Zentralbankgeldmenge (Bargeld plus Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank) beziehungsweise der gesamten Geldmenge einer Volkswirtschaft wird in den Lehrbuchdarstellungen konsequent zugunsten einer exogenen Geldmengensteuerung durch die Zentralbank ignoriert. Erklärt im eigentlichen Sinne wird diese exogene Geldmenge dabei jedoch nicht, wenn man von Milton Friedmans Helikopter einmal absieht, der die Geldmenge über der Volkswirtschaft abwirft, was absurd ist und letztlich überhaupt nichts erklärt. Obwohl täglich darüber spekuliert wird, ob die Zentralbank einen Zinsschritt vornimmt, was einer Preissetzung für die Refinanzierung der Kreditinstitute gleichkommt, also einer endogenen Erklärung, wird dieser Vorgang in der einschlägigen Literatur in der Regel nicht abgebildet. Im Gegenteil, die Festlegung einer Zentralbankgeldmenge führt über einen beliebig komplexen Multiplikatorprozeß zur ›endogenen‹ Ausweitung der Geldmenge, bis die Kreditinstitute wegen der zu haltenden Reserven an ihre Grenzen stoßen und der Prozeß dadurch irgendwann sein Ende findet. Jeder Student der Ökonomie kennt dieses Modell. Es wird jedoch kaum von jemandem auf seine Plausibilität und Praktikabilität hin überprüft. Insbesondere wird die Refinanzierung der Kreditinstitute bei der Zentralbank *im nachhinein*, wie sie gang und gäbe ist, nicht genügend beachtet. Dieses theoretische Beharrungsvermögen hat dazu geführt, daß der traditionelle Multiplikatorprozeß an den Universitäten und Berufsschulen weiter gelehrt wird, obwohl seine Umkehrung – die Nachfragebestimmtheit der Geldmenge *und* der Zentralbankgeldmenge – seit den Experimenten der Deutschen Bundesbank in den 70er Jahren längst tagtägliche Wirklichkeit geworden ist. Deutlicher als in dem Aufsatz von Goodhart und dem Kommentar von Wolfgang

Gebauer dazu (S. 264 ff.) kann dieser Sachverhalt kaum dargestellt werden. Die Ausführungen dazu zum Beispiel von Helmut Schlesinger und Norbert Walter, als zwei kenntnisreiche Praktiker, unterstreichen dies noch.

Ausgehend von dieser Problemsicht, lesen sich die anderen Aufsätze des Bandes wie theoriehistorische Exkurse, was das Buch insgesamt zu einer lohnenswerten Lektüre für Wissenschaftler, Studierende, aber auch für Praktiker, macht. Anzumerken ist, daß der Band auf ein Symposium, welches im Oktober 2000 unter dem Motto »Geldtheorie und Geldpolitik in Deutschland« veranstaltet wurde, zurückgeht und als Festschrift zum 80. Geburtstag von Karl Häuser, dem Gründer des Instituts für Kapitalmarktforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main, herausgebracht worden ist.

ULRIKE BUSCH

1 Charles Goodhart ist Professor an der renommierten London School of Economics und Mitglied des geldpolitischen Rates der Bank of England.

Markus Trömmel:
Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED) PDS im letzten Jahr der DDR,
Peter Lang Verlag Frankfurt/M.
 u. a. 2002, VIII, 328 S. (39,90 €)

Am Abend des 18. März 1990 standen die Verlierer der ersten freien Volkskammerwahlen fest: Zum einen die PDS, die als Nachfolgepartei der SED von einem unzufriedenen Volk abgestraft wurde. Ihr Bemühen, den Übergang hin zu einer neuen politischen Ordnung friedlich zu gestalten, wurde trotz des allseits geachteten Premiers Modrow letztlich doch nicht gewürdigt. Allerdings war das Stimmresultat für die PDS ein erstaunlicher Achtungserfolg in einer Atmosphäre der Generalabrechnung mit jeglichen Sozialismusideen. Zum anderen verloren die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989, die nicht unter die Fittiche starker Westpartner geflüchtet waren, sondern als Opposi-

tion auch gegen die sich abzeichnende neue Ordnung eines alsbald vereinten Deutschlands antraten. Beide Kräfte verband das Festhalten an jenen Positionen, die 1989 Bürger dazu brachte, sich politisch zu engagieren. Obwohl ihre Ansätze unterschiedlich waren, wollten viele in den neuen Bürgerbewegungen wie im kritischen Teil der SED-Basis eine erneuerte DDR. Eine antistalinistische, demokratische, nichtsdestotrotz sozialistische, souveräne DDR sollte es sein. Das Überstülpen westdeutscher, kapitalistischer, rein parlamentarisch-demokratisch organisierter Strukturen wurde vehement abgelehnt.

Trömmel stellt sich angesichts dieser scheinbar doch so ähnlichen Interessenlagen in jener »historischen Sekunde« eines möglichen Neuanfangs für die DDR der berechtigten Frage, warum diese beiden DDR-internen Hauptakteure letztlich nicht zusammenfanden und so keinen anderen Wege zur deutschen Einheit eröffnen konnten. Er nähert sich diesem Problem in seiner an der Universität Bonn verteidigten Dissertation und hat dazu umfangreiche Literatur, Archivadokumente und eine Reihe Interviews mit Zeitzeugen ausgewertet. Herausgekommen ist eine lesenswerte zeithistorische Studie, die sich dem Handeln der damaligen politischen Akteure und ihren programmatischen Aussagen in einer weitgehend durchgehaltenen historisch konkreten Betrachtung zuwendet.

Ausgehend von der Initialfunktion der Reformen Gorbatschows, entwickelt er die Formierung der Oppositionsgruppen, die zu Bürgerbewegungen wurden. Im Unterschied zu gängigen Darstellungen beachtet er auch die Auseinandersetzungen innerhalb der SED, die schließlich zum wachsenden Einfluß des Reformflügels in dieser Partei führten. Leider verkürzt auch er die Prozesse in der SED, übersieht die deutlich ablesbaren Stimmungsumschwünge, die überhaupt erst Reformdiskussionen in ihren Reihen ermöglichten und konzentriert sich zu sehr allein auf das sicher dominierende »Sozialismus-Projekt« der Humboldt-Universität. Während die fehlgehenden Reformbemühungen der alten Politbüromitglieder, insbesondere von Krenz, durchaus angemessen gewürdigt werden, bleiben andere Denkversuche (so an der Leipziger Uni oder der ZK-Akademie für Gesellschaftswissen-

schaften) ausgeblendet. Vor allem geht der praktische Ansatz Modrows als Ministerpräsident mit dem durch seine Regierung ab November 1989 eingeleiteten Programm verloren, obschon die von ihm in Gang gesetzten Maßnahmen genauso wie die dominierenden Zerfallstendenzen der politischen Macht wesentlich die begrenzte Ausstrahlungskraft eines alsbald von der SED/PDS nur noch im Nachtrab formulierten 3. Weges ausmachten.

Berechtigt verweist Trömmer auf die programmatischen Gemeinsamkeiten der Bürgerbewegungen und der SED-Reformer beziehungsweise der sich neu formierenden, aber doch noch alten SED/PDS. Basisdemokratische Konzepte, vage Vorstellungen von einer sozialen oder sozialistischen oder ökologischen Marktwirtschaft, die weitgehende oder vollständige Entmilitarisierung Deutschlands und die langfristige Gestaltung einer schließlich doch als unvermeidlich angesehenen deutschen Einheit verbanden beide Seiten. Zugleich geht er auf die ersten zaghaften Dialogversuche der neuen SED-Führung nach Honeckers Sturz, aber auch der SED-Reformer mit den neuen Kräften ein. Vor allem ist ihm die institutionalisierte Zusammenarbeit am Zentralen Runden Tisch mit den auch konfrontativen Elementen beim Streit um das MFS/AFNS wichtig. Er stellt den Verfassungsentwurf des Runden Tisches, die Regierung der Nationalen Verantwortung, das Ringen um die Sozialcharta und das gemeinsame Agieren beim Modrow-Besuch in Bonn im Februar 1990 heraus. In allen diesen zunehmend gegen die Massenstimmungen und die westdeutschen Aktivitäten gerichteten politischen Schritten wurde verzweifelt versucht, von der DDR zumindest die soziale Sicherheit und die neu gewonnene basisdemokratische Erfahrung in das vereinte Deutschland hinüberzuereten.

Weitere Themen des nahezu chronologisch aufgebauten Buches sind die Situation vor der Volkskammerwahl, die partiell gemeinsame Oppositionspolitik gegen die de-Maizière-Regierung und die deutliche Annäherung von Teilen der Bürgerbewegungen und PDS-Politikern im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Wahlen, die kurzzeitig gar zu Überlegungen einer Wahlpartei »Die Opposition« mit gemeinsamen Kandidaturen führte. In den abschließenden Teilen widmet sich Trömmer dem weiteren

Schicksal der untersuchten Akteure, arbeitet die Versuche des Anknüpfens an die Ideale von 1989 heraus. Er entdeckt sie insbesondere im »Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« (1990), den »Komitees für Gerechtigkeit« (1992), in verschiedenen partiellen Bürgerbewegungen und neuen Runden Tischen in den ostdeutschen Bundesländern. Das eigentliche Problem für das Scheitern eines Zusammengehens beider politischen Linien gründet sich im festsitzenden Mißtrauen gegeneinander und dem gegenseitigen Verantwortlichmachen (zumindest bei einem Teil der Akteure und Mitglieder) für die entstandene Misere. Während die Bürgerbewegten sich eher als Mahner und Kritiker sahen, nicht als politische Macht anstrebende Kräfte, begriffen sich die SED-Reformer als bislang in ihrer Partei nicht beachtete politische Akteure, die endlich selbst gestalten wollten. Notwendigerweise mußte die Stellung beider Akteure zur SED, generell zu Parteien unterschiedlich ausfallen. Während die einen sie durchaus missen mochten, sahen die anderen – obschon sie auf's Avantgardekonzept verzichteten – sie als unersetzbar. Die Auseinandersetzungen 1990 um die schleppende Erneuerung der SED/PDS beziehungsweise PDS bestätigte für viele Bürgerbewegte und auch für Teile der SED-Reformer die scheinbare Unmöglichkeit des Umbaus dieser Partei. Die Zwänge des übergestülpten westdeutschen Systems zeigten schnell, daß Parteien unverzichtbar sind und selbst eine solche mühselige Veranstaltung wie die PDS ihre Daseinsberechtigung besitzt.

Während die Bürgerbewegungen endgültig zerfaserten und nicht wenige Akteure ihren Platz in anderen Parteien fanden, obschon die Mehrzahl der großen Politik den Rücken kehrte, blieb die PDS eigenständiger Akteur. Sie steht von ihrem Selbstverständnis her vor der Aufgabe, das gemeinsame Erbe jener DDR-kritischen Kräfte aufzunehmen und zu vereinen, das sich gegen eine entfremdete, demokratiearme Politik ebenso wendet wie gegen eine Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, die den Blick für die Objekte ihres Begehrens verliert und verhindert, daß sie Subjekte sozialen Handelns sind. Und die schließlich jene Erfahrung von einer friedlichen Austragung innerer wie zwischenstaatlicher Konflikte auch in Zeiten der Remilitarisierung der Außenpolitik bewahren muß.

STEFAN BOLLINGER

Jens-F. Dwars,
 Mathias Günther (Hrsg.):
 Das braune Herz Deutschlands? –
 Rechtsextremismus in Thüringen,
 quer-Verlag & Vertrieb Jena 2001,
 207 S. (7,60 €)

Die Literaturrecherche zum Thema »Rechtsextremismus in Deutschland« fällt nicht schwer. Besonders in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wurde der Buchmarkt mit entsprechenden Texten geradezu überschwemmt. Schwierig wird es, aus dieser geballten »Aufklärung der Anständigen« geeignete Literatur herauszufiltern, die nicht nur fachlich fundiert, sondern auch übersichtlich ist. Als durchweg positives Beispiel sei Jens Mecklenburgs »Handbuch Deutscher Rechtsextremismus« genannt. Noch schwieriger wird es, wenn man sich die konkrete Untersuchung des Phänomens Rechtsextremismus in einem Bundesland vornimmt. Hier geben die bundesweit angelegten Werke nur unzureichend landesspezifische Informationen. Oft bleibt einem nichts anderes übrig, als sich von den Broschüren einzelner Antifa-Gruppen ein Bild zusammenzupuzzeln. Dieses Manko zumindest für Thüringen zu beseitigen und somit vielleicht den Stein auch in anderen Bundesländern ins Rollen zu bringen, haben sich Jens-F. Dwars und Mathias Günther auf ihr schwarz-weiß-rotes Buchcover geschrieben. Doch puzzeln ist ein schwierig Ding.

Viele hatten dem Verfassungsschutz, offenbar zu Recht, einige krumme Dinger zuge-
 traut, aber das, was im Frühsommer 2001 von regionalen Zeitungen in Thüringen aufgedeckt wurde, verschlug auch jenen die Sprache. Die Rede ist von den Verstrickungen des Amtes für Verfassungsschutz in Thüringen mit der militanten Neonazi-Szene und das jahrelange »Sponsoring« von Kadern wie Thomas Diemel und Tino Brandt. Ausgehend von diesem Skandal, versuchen Dwars und Günther auf zweihundert Seiten anhand von Aufsätzen verschiedener Autoren zum einen ein Bild der rechtsextremen Szene in Thüringen zu zeichnen und zum anderen die Frage nach traditionellen gesellschaftlichen Verbindungen zwischen bürgerlich-konservativen und extremistischen

Kräften in Deutschlands Mitte zu beantworten. »Das braune Herz Deutschlands?« stellt die Frage, warum es gerade in dem eigentlich »grünen Herzen Deutschlands« (S. 8) zu solch gefestigten rechtsextremen Strukturen kommen kann.

Vornweg gibt der thüringische Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner eine Bestandsaufnahme der neonazistischen Szene. Darin attestiert er nicht nur dem Landesamt für Verfassungsschutz Versagen in Hinblick auf die Analyse der realen Verhältnisse sowie die wirksame Bekämpfung der sich deutlich abzeichnenden Tendenzen. Er stellt auch Thüringen als ein Land mit festem Platz in der Oberliga der rechtsextremen Statistiken vor. So lag Thüringen im Jahr 2000 mit 92 rechtsextremen Gewalttaten bundesweit auf Platz 4 und somit noch vor allen anderen neuen Bundesländern. Bei der Anzahl der rechtsextremen Straftaten (im Jahr 2000 immerhin 1846) pro 100 000 Einwohner steht Thüringen mit 3,74 an einsamer Spitze aller Bundesländer (S. 16). Besonders kenntnisreich ist die Darstellung der NPD-Strukturen sowie der personellen Verstrickung der Partei mit militanten Neonazi-Strukturen. Sehr detailliert und anhand von vielen Personenbeispielen gelingt Hübner auch die Beschreibung des militanten Spektrums wie dem »Thüringer Heimatschutz« (THS) oder des »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen« (NSAW). So war beispielsweise der enttarnte V-Mann Tino Brandt gleichzeitig Cheforganisator des THS und stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, der stellvertretende JN-Landesvorsitzende Patrick Wieschke zugleich Kader des NSAW. Hier wird schon angedeutet, wohin die Fragestellung des Buches zielt: die Aufdeckung der starken Vernetzung innerhalb der rechten Szene. Leider bleibt es in dem Beitrag von Hübner bei dieser Andeutung. Auch die Analyse der anderen rechten Parteien fällt sehr kurz aus, zu kurz, um die Frage nach der besonderen Stellung des rechtsextremen Lagers Thüringens erschöpfend zu klären. So wird lediglich auf das schwache Abschneiden von DVU und REP bei den letzten Wahlen verwiesen. Aufgrund des fehlenden analytischen Teils verliert der gute beschreibende Abschnitt an Wirkung. Der Leser wird mit dem Wissen über den Ist-Zustand allein gelassen.

Der Bestandsaufnahme folgt im zweiten, deutlich längeren Abschnitt ein geschichtlicher Abriss über die rechten Strömungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Thüringen. So schreibt Manfred Weißbecker über die NSDAP in Thüringen, Ludwig Elm über studentische Korporationen, Justus H. Ulbricht widmet sich dem »völkischen Netzwerk« zwischen 1900 und 1933 und Jens-F. Dwars untersucht die Ungleichbehandlung rechter und linker Gewalt während der Weimarer Republik. In diesem Teil hat das Buch eindeutig seine Stärken. Sehr detailliert, fakten- und quellenreich, aber in einem dennoch leicht zu lesenden epischen Stil, erfährt man hier, leider in mißlungener Reihenfolge, von der Entwicklung völkischer Vereine wie dem »Deutschbund« hin zum »Mustergau Deutschlands« (S. 61). Nicht umsonst hielt die NSDAP in Thüringen im Jahr 1926 ihren Wiedergründungsparteitag ab und auch nicht von ungefähr gingen die bürgerlichen Parteien nach der Pattsituation mit den Arbeiterparteien im thüringischen Landtag 1929 ohne Zögern die erste Koalition mit der NSDAP in der Weimarer Republik ein. Ebenso verdeutlicht das »vorbildlich« fanatische Verhalten der Bevölkerung, sei es bei der übereifrigen Arisierung von jüdischem Eigentum oder die Begeisterung bei Großaufmärschen, die besondere Gesinnung Thüringens. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg war Thüringen einer der Ausgangspunkte für eine »neudeutsche Kultur« und diverser völkischer Bewegungen, was Elm am Beispiel der studentischen Korporationen verdeutlicht. Mit der Schilderung der Verbindungen zwischen militanten Gruppierungen wie dem THS zu der Burschenschaft »Jenensia« schlägt er auch den Bogen zur heutigen Zeit. Leider kommt dieser Teil viel zu kurz, wäre er doch nicht nur ein äußerst interessanter Puzzleteil, sondern auch für die Fragestellung des Buches ein wichtiger Aspekt. Aus einem etwas größeren Blickwinkel betrachtet Justus H. Ulbricht diese Zeit zwischen dem 1. Weltkrieg und der Machtergreifung der Nazis. Er führt mit der Beschreibung der Verflechtungen zwischen Kirche und völkischen, später nationalsozialistischen Institutionen einen ungewöhnlichen, aber sehr aufschlußreichen Teil bei der Betrachtung rechter Netzwerke an. Ebenso informativ, weil faktenreich schreibt

Dwars über die Morde an Rechten und Linken während der Weimarer Republik, über deren ungleiche gerichtliche Behandlung sowie über den oft fragwürdigen Einsatz von Reichswehr und Corps. Sein Aufsatz hat allerdings ein Manko: Er bindet sich thematisch nicht ganz in den Kanon der anderen Aufsätze und die Stoßrichtung des Buches ein. Er bringt zwar Beispiele aus Thüringen, betrachtet allerdings das gesamte Gebiet der Republik. Dieses Manko mindert in keinem Fall den Wert seines Aufsatzes, zeigt er doch, was die Folgen von rechten Netzwerken gerade in Verbindung mit Armee und Justiz bewirken können. Nur verdeutlicht er diese Netzwerke nicht speziell für Thüringen.

Volkmar Wölk identifiziert sich mit seinem Aufsatz »Herzfehler Braunfäule« als exzellenter Puzzler. In der Art seiner leider nur 15 Seiten umfassenden Abhandlung hätte man sich einen größeren Teil des Buches gewünscht. Er zeigt an vielen Beispielen die Verstrickung von extremen Rechten mit bürgerlich-konservativen Elementen, seien es die »Deutsche Hochschulgilde«, das Institut für Staatspolitik oder einzelne CDU-Mitglieder. Ebenso beleuchtet Wölk aber auch die rechtsaugige Blindheit der thüringischen Landesinstitutionen bis hoch zu den »Zweitbeschäftigten« des Ministerpräsidenten Vogel. Glücklicherweise beschränkt sich Wölk nicht nur auf die Beschreibung eben dieser Verbindungen, sondern er stellt im Anschluß auch die richtigen Fragen. So beispielsweise nach dem objektiven Nutzen des Verfassungsschutzes oder warum für den Verbotsantrag der NPD gerade aus Thüringen, dem Land mit zwei hochrangigen V-Leuten, so gut wie keine Informationen kamen. Abgerundet wird dieser sehr lesenswerte Artikel mit der Schlußfolgerung nach der »vorzeitigen Verrentung der Landesregierung« (S. 197).

Die Frage aber, ob Thüringen das braune Herz Deutschlands ist, wird von dem Buch nicht beantwortet, auch wenn die Autoren im Schlußwort genau dies versuchen. Doch leider ergibt sich eben kein komplettes Puzzle. Für die Zeit von 1900 bis 1945 wird der Leser bestens über das Zusammenspiel rechter Kräfte informiert, so daß man die Schlußfolgerung ziehen kann, es war das braune Herz Deutschlands. Leider verpassen es die Herausgeber,

diese aufgezeigten Netzwerke in die heutige Zeit zu übertragen und das Wirken alter Seilschaften aufzuzeigen. Dies gelingt nur im letzten Aufsatz. Was die heutige Zeit angeht, so wird der Leser zwar umfassend über die Situation des rechtsextremen Lagers informiert. Zu lagerübergreifenden Kooperationen, die eine besondere Stellung Thüringens begründen würden, wird aber kaum etwas gesagt. Das Buch ist in jedem Fall informativ und lesenswert, aber Puzzles, in denen Teile fehlen, hängt man sich nicht an die Wand.

PEER JÜRGENS

Erik Borg:
Projekt Globalisierung: Soziale
Kräfte im Konflikt um Hegemonie,
Verlag Offizin Hannover 2001,
146 S. (9,40 €)

Das Anliegen des Buches ist, kritische Analysen der Globalisierung und hieraus entwickelte Perspektiven widerständiger Politik ihrerseits einer Kritik zu unterziehen. Dafür werden in sorgfältiger Textanalyse und Begriffsarbeit häufig gelesene theoretische Ansätze daraufhin problematisiert, ob in ihnen von einem einfachen dichotomen Verhältnis von (Welt)markt und (National)staat ausgegangen wird, beziehungsweise ob die Veränderung hegemonialer politischer Regulierung bloß funktional aus den Veränderungen ökonomischer Verhältnisse abgeleitet wird. Borg betont, daß eine solche Herangehensweise einen »erheblichen theoretischen Reduktionismus darstellt, welcher ein tiefgreifendes Verständnis der Globalisierungsprozesse erschwert« (S. 13).

Zunächst werden drei Hauptaspekte zusammengefaßt, die in gängiger globalisierungskritischer Literatur für den Kompetenzverlust nationalstaatlich verfaßter Politik verantwortlich gemacht werden (Macht transnationaler Konzerne; Integration zu *einem* Weltmarkt; Verselbständigung der Finanzmärkte). Diese Zusammenhänge werden als sachlich richtig vorgeführt. Zugleich arbeitet der Autor einen verengten Politikbegriff heraus, auf dessen Basis solche Analysen als ein Niedergang der

Politik und ihre Verdrängung durch den Markt gedeutet werden. Hinsichtlich des fordistischen Staates stellt Borg fest, daß die Mär vom vergangenen »Primat der Politik« insofern korrigiert werden müßte, als der Staat auch hier nur auf der Basis historisch spezifisch günstiger Bedingungen erfolgreich intervenieren konnte (S. 25). Ebenso betont er, daß »Politik im Sinne bewußten, gesellschaftlich orientierten Handelns sozialer Kräfte« (S. 26) auch in den gegenwärtigen Verhältnissen stattfindet, teilweise jedoch außerhalb verfassungsmäßiger Institutionen. Ein solch erweiterter Politikbegriff wird fortgeführt in der Unterscheidung der Termini »Regulierung« (für staatlich-institutionelles Handeln) und »Regulation« (Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und Normen) (S. 52). Erst, wenn man von solch einem Politikbegriff ausgehe, könne man den »Prozeß der ›Vermarktwirtschaftlichung‹ sozialer Beziehungen und politischer Zusammenhänge« begreifen (S. 27). Borg erläutert und vertieft dies am Beispiel der Globalisierungskritik von Altvater/Mahnkopf. Deren Benutzung der Begriffe der unterschiedlichen »Funktionsräume«, in welche die Gesellschaft aufgeteilt sei (S. 31 ff.), und der »Entbettung« der Ökonomie führe dazu, daß Gesellschaft und Politik einerseits und die Sphäre des Ökonomischen andererseits als deutlich zu unterscheidende Räume betrachtet werden. Während erstere als »territorial umgrenzte Horte sozialen Handelns« begriffen würden, tauchen letztere als eine hierzu gegensätzliche »anonyme, objektiv wirksame Sphäre« (S. 39) auf. Weshalb Borg die Zurückweisung einer solchen Denkweise für dringend notwendig hält, verdeutlicht er an IWF und Weltbank: Diese würden bei Altvater/Mahnkopf einfach »der Wirtschaft« zugerechnet, ihr Wirken als Bedrohung von Politik gefaßt. Für kritisches Denken und Handeln aber sei die Frage notwendig, welche gesellschaftlich-politischen Verhältnisse es ermöglichen, daß die supranationalen Organisationen weitgehend unbehelligt von demokratischen Legitimationsnöten handeln. Eine solche allgemeine Akzeptanz des Marktes als Regulationsmechanismus sei nicht einfach eine überhistorische Konstante, sondern Ergebnis einer herrschenden »diskursiven Formation« (S. 41). Erst durch seine hegemoniale Verankerung in die Gesellschaft

entstehe der Weltmarkt als Sachzwang. Die konkrete Erläuterung einer solchen Herangehensweise bleibt im weiteren Hauptanliegen des Buches. Ausgangspunkt für Borgs Auseinandersetzung mit der Regulationstheorie sind Ambivalenzen in den theoretischen Analysen von Joachim Hirsch als einem ihrer wesentlichen Vertreter. Borg argumentiert mit Hirsch gegen Hirsch, um ein Verständnis von Globalisierung zurückzuweisen, in dem diese als politische Strategie bestimmter Subjekte begriffen wird beziehungsweise als ein »Mittel«, womit der spezifische »Zweck« verfolgt wird, eine neue politische Formation herzustellen (S. 61 f.). Bei einer solchen Lesart der Globalisierung würden Deregulierungs- und Liberalisierungspolitiken als ihr Ursprung begriffen. Nicht wahrzunehmen wäre so die Verwurzelung dieser Politiken in den erodierenden fordistischen Kräfteverhältnissen, die eine Einbeziehung von Teilen der Lohnabhängigen in den neoliberalen Umbau aber erst ermöglichen. Borg arbeitet mit Bezug auf andere Vertreter der Regulationstheorie und teilweise auf Hirschs eigene hegemonietheoretische Ausführungen heraus, daß die politischen Dimensionen der Globalisierung besser zu begreifen sind, wenn anstelle des Begriffs »Strategie« »Artikulation« gesetzt (S. 72) und Globalisierung als »hegemoniales Projekt« (S. 70) gefaßt werde. Bei einer solchen Herangehensweise könne Globalisierung als eine »Pluralität von zum Teil widersprüchlichen Strategien« analysiert werden, wobei konkurrierende und gegensätzliche Zielsetzungen auch innerhalb einzelner sozialer Klassen existieren. Mit Rückgriff auf Gramsci und Stuart Hall wird in diesem Sinne der Begriff »Hegemonie« erläutert. Borg zeigt, daß die Herausbildung einer neuen Hegemonie nur dann nachvollzogen werden kann, wenn auch danach gefragt wird, wie sie in den gesellschaftlich dominanten Bewußtseinsformen, Alltagspraxen und -gewohnheiten verankert ist beziehungsweise in diesen arbeitet und hier alte Selbstverständlichkeiten mit neuen Deutungsmustern verbindet. Er wendet sich zudem gegen einen in der Regulationstheorie vorherrschenden Hegemoniebegriff, bei dem dieser weitgehend vom Standpunkt stabiler sozialer Verhältnisse konzeptualisiert wird (S. 88 ff.). Auf diese Weise würde Hegemonie bloß als stabilitätsgarantie-

render »Kitt« gefaßt, der *nach* einer gesellschaftlich krisenhaften Phase relevant wird. Borg besteht stattdessen darauf, daß Hegemonie immer zugleich Ort und Gegenstand sozialer Kämpfe sei. Er schlägt vor, die Frage, ob Hegemonie bestehe oder nicht, daran festzumachen, »ob sich ein dominanter Praxis-Wissen-Komplex identifizieren läßt, der die Prozesse des konfliktuellen Wandels in eine bestimmte Richtung zu lenken vermag, welche bestimmte Akkumulations- und Regulationspraktiken gegenüber anderen begünstigt« (S. 90). Für die Analyse der Globalisierung ist dies insofern von Bedeutung, als davon auszugehen ist, daß es hier kaum zu einer Stabilisierung im fordistischen Sinne kommen werde. Leitvorstellungen von Flexibilisierung und Mobilität deuten vielmehr auf einen dynamischeren Vergesellschaftungszusammenhang hin. Borgs Eingriff gegen die Stabilitätsfixierung ist hier nützlich, um innerhalb solch dauerhaft dynamischer Verhältnisse deren herrschaftlichen Charakter zu verdeutlichen.

Anschließend setzt sich Borg mit der neogramscianischen Schule der »International Political Economy« (IPE) auseinander. Als deren wesentliches Erkenntnisobjekt bezeichnet er die Strukturen internationaler Akteursnetzwerke und deren Bedeutung für die Universalisierung bestimmter Diskurse und Politikmuster. Hierbei werde der »Übertragungsprozeß von der Globalisierung der Akkumulationsprozesse auf die Parameter politischen Denkens und Handelns« als ein Ergebnis der Artikulation strukturell-materieller und ideologisch-strategischer Aspekte analysiert (S. 104). Von der Herangehensweise her entspricht dies Borgs Anliegen der Analyse der Globalisierung als hegemonialem Projekt. Borg zeigt, daß die von den Autoren der IPE als Akteure eines transnationalen historischen Blocks, der sich um die Hegemonie neoliberaler Denkmuster bemüht, die »transnationale Managerklasse« mit ihren Knotenpunkten wie internationale Foren, *Think Tanks* und supranationalen Organisationen wie die Weltbank analysiert werden. Durch deren Aktivitäten werden nationale Wohlfahrtskompromisse ausgehebelt und in den Nationalstaaten jene Institutionen gestärkt, die wesentlich sind für die Anpassung der nationalen an die internationale Wirtschaftspolitik. Durch solche Erkenntnisse der

IPE werde zwar verdeutlicht, daß neoliberale Globalisierung nicht funktionalistisch aus der Veränderung weltökonomischer Bedingungen abzuleiten sei. Letztere bilden vielmehr eine Grundlage, auf welcher diejenigen sozialen Kräfte, die an neoliberalen Politiken interessiert sind, in Diskursen darum ringen, ihre Perspektiven als plausibel und selbstverständlich durchzusetzen. Die Defizite dieses Ansatzes sieht Borg aber darin, daß nahezu ausschließlich die Stellung der transnationalen Managerklasse thematisiert wird. Eine solche Herangehensweise vermittelt den Eindruck, als würde es sich bei der Durchsetzung neoliberaler Globalisierung vor allem um ein von oben durchgesetztes Projekt handeln. Zwar läßt sich eine solche »analytische Einseitigkeit« (S. 117), wie Borg klarstellt, teilweise als sachlich angemessen begründen, da durch postfordistische Produktionskonzepte die Lohnabhängigen in eine Vielzahl von Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen und Handlungsmöglichkeiten gespalten werden. Borg weist jedoch Analysen zurück, die diesen Prozeß einfach als einen rein ökonomischen verstehen, auf dessen Basis sich die Grundlage für Kämpfe um Hegemonie verändert hat. Wenn heute »zivilgesellschaftliche Nahzusammenhänge« (S. 120) wie etwa die betrieblichen Strukturen zu Arenen der Kämpfe um Hegemonie geworden seien, so müßte diese Verschiebung des Gefüges politischer Auseinandersetzung an sich als hegemoniebildender Prozeß analysiert werden und nicht als dessen (neue) Voraussetzung. Zuletzt widmet sich Borg der Frage, welche Konsequenzen daraus für eine linke Politik folgen. Er faßt zusammen, daß der Staat als »Kreuzungspunkt von Kräfteverhältnissen« zu begreifen sei, dessen Handlungsfähigkeit immer auch abhängt von der ihn tragenden sozialen und hegemonialen Basis. Insofern könne es nicht um ein Wackerrütteln des Staates gehen und ebensowenig um die bloße Forderung danach, daß die Weltökonomie überhaupt wieder politisch reguliert werden solle. Vielmehr müsse nach den notwendigen sozialen Kräfteverhältnissen gefragt werden, die es ermöglichen, bestimmte Qualitäten und Inhalte von Politik umzusetzen. Dabei muß auch linke Politik auf dem Feld von Alltagsbewußtsein und Selbstverständlichkeiten arbeiten in dem Sinne, daß hier An-

knüpfungspunkte gesucht werden für gegenhegemoniale Diskurse.

Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß der Autor seine Hauptthese und die daraus folgende notwendige Kritik an den vorgeführten theoretischen Ansätzen überaus verständlich vermittelt. Klar herausgearbeitet werden die Bedeutungen einzelner Begriffe, um auf diese Weise einen Analyserahmen für Globalisierungsprozesse zu schaffen, der die Voraussetzung für kritisches Eingreifen sein kann. Bisweilen mag es bei den Lesern Unruhe erzeugen, daß es der Autor bei einer Kritik der zur Analyse benutzten Begriffe beläßt und nicht selber mit seinem erweiterten Politik- und Hegemoniebegriff zur Tat schreitet. Gleichwohl stellt das Buch gerade durch diese ausführliche Arbeit am analytischen Werkzeugkasten einen wertvollen Beitrag zur (Weiter)Entwicklung eingreifender Denk- und Handlungsweisen in aktuelle globale Umwälzungen dar.

IRIS NOWAK

Wilhelm Hinrichs,
Eckhard Priller (Hrsg.):
Handeln im Wandel.
Akteurskonstellationen in der
Transformation, Edition Sigma
Berlin 2001, 327 S. (19,90 €)

Der Anlaß für vorliegende Publikation war der 65. Geburtstag von Horst Berger und ein dazu im Mai 1999 am WZB durchgeführtes Kolloquium. Herausgekommen ist aber wesentlich mehr, nämlich ein umfängliches und facettenreiches Werk über Akteure und Akteurskonstellationen im Transformationsprozeß. Eingangs setzen sich Hinrichs und Priller mit der These auseinander, die Ostdeutschen seien lediglich Objekte und distanzierte Beobachter des Wandlungsprozesses. Im Unterschied dazu wird hier sodann aber ein »Handlungsansatz« vertreten, der es erlaubt, die Handlungspotentiale, -chancen und -kompetenzen der Ostdeutschen zu identifizieren und in den Mittelpunkt transformationsbezogener Überlegungen zu rücken. Inwieweit dadurch bereits der holistische Erklärungsansatz relativiert

oder gar widerlegt wird, bleibt jedoch offen. Sehr prononciert setzen sich die Autoren mit der Sozialisationshypothese auseinander, wonach die vermeintliche Inaktivität und Passivität der Ostdeutschen sozialisations- und systembedingt sei und mithin auf die DDR-Diktatur zurückgeführt werden könne. Der hierin zum Ausdruck kommende Schematismus läßt einen differenzierten Blick auf die Akteure nicht zu, was zu der inzwischen allenthalben beklagten unbefriedigenden Situation in der Transformationsforschung geführt hat. So hat die intensive empirische Durchleuchtung der Ostdeutschen zwar umfangreiche Beschreibungen ihres Verhaltens geliefert, aber keine hinreichenden Erklärungen. Dies provoziert die Frage, ob die Ursachen für dieses »unbefriedigende Ergebnis« nicht »in der Transformationsforschung selbst« zu suchen sind (S. 11), insbesondere in ihren Ausgangsthesen und Methoden. So hat die Vernachlässigung des Handlungsaspektes in der Transformationsforschung in der Vergangenheit zu erheblichen Fehlurteilen und Irrtümern geführt. Indem die Autoren diese auflisten, gerät ihnen ihr theoretischer Einstieg zugleich zu einer Abrechnung mit der politiknahen Transformationsforschung westdeutscher Provenienz. Ihre Aufgabe sehen sie »heute mehr denn je« darin, »einen kritischen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Erklärung sozialen Wandels« zu entwickeln. Ihrem handlungssoziologischen Ansatz weisen sie dabei eine Schlüsselposition zu (S. 19).

Neben dem Einleitungsaufsatz und den Ausführungen zur Person und Leistung Horst Bergers umfaßt der Band elf Texte, unter anderem von Gunnar Winkler, Hansgünter Meyer, Toni Hahn, Annett Schultz und Michal Illner. Diese enthalten bemerkenswerte Analysen, aber auch Polemik und mitunter Strittiges. So zeigt Winkler zum Beispiel, daß nur 25 Prozent der Ostdeutschen, vor allem Besserverdienende und Beamte, ihre »individuelle Gesamtentwicklung« seit 1990 als »sozialen Aufstieg« werten (S. 44)! Meyer kritisiert den Transformationsbegriff als für den ostdeutschen Fall »nicht stimmig«, da es sich hier weitgehend um eine »Umstülpung« beziehungsweise »Überstülpung« gehandelt habe, nicht aber um ein »Sich-Transformieren« der DDR-Gesellschaft, womit er recht hat (S. 51). Der

Autor unterzieht die Soziologie der Gegenwart einer scharfen Kritik, insbesondere ihre Reduktion auf »Sprache, Methodik und Verfahrensdiskurse«: »Das Fach hat keinen Gegenstand mehr, ... schon gar kein historisch konkretes Makro-Objekt sozialer Ganzheiten. Soziologie ist reduziert auf ›Handlungen‹, ›Handlungswirkungen‹ und ›Handlungsbedingungen‹« (S. 67) et cetera. Zur Überwindung dieses akuten Erklärungs- und Methoden-defizits bei der Interpretation empirisch gewonnener Mikrodaten empfiehlt er, auf Erklärungsmuster der Entwicklungstheorie zurückzugreifen. Dies führt jedoch im Falle Ostdeutschlands zu dem pessimistischen Befund, daß es weder kurz- noch langfristig eine Annäherung an westdeutsche Standards geben wird (S. 76 f.). Vielmehr gilt es, sich auf eine Mezzogiorno-Perspektive einzurichten, eine Sicht, die inzwischen auch von vielen Ökonomen geteilt wird.

Ein anderer interessanter Aufsatz ist der von Hahn, welcher die Handlungsspielräume ostdeutscher Arbeitsloser zum Gegenstand hat. Hier wird herausgearbeitet, daß die Chancen auf eine erneute Teilnahme am Erwerbsleben für die meisten Arbeitslosen angesichts des anhaltenden Arbeitsplatzdefizits faktisch gegen Null gehen. Bemerkenswert ist auch, daß die Schlußfolgerungen dieses Beitrages so ziemlich alle konträr zu den sonst zu diesem Thema zu lesenden Aussagen stehen (S. 111 ff.). Die Autorin operiert dabei allerdings mit einem Arbeitsbegriff (Arbeit als »knappes Gut«), der weder theoretisch nachvollziehbar ist noch begründet. Nicht nur, daß hier offenbar »Arbeit« mit »Arbeitsplatz« verwechselt wird; aus tauschökonomischer Sicht ist auch nicht einzusehen, warum statt »Ware« jetzt der neoklassische Terminus »Gut« Verwendung findet.

Ein Abschnitt des Buches beschäftigt sich mit den Entfaltungsmöglichkeiten von Organisationen und privaten Haushalten im Transformationsprozeß. Priller stellt hier in bezug auf den dritten Sektor die weitgehende Angleichung an westdeutsche Muster fest, betont aber zugleich, daß insbesondere das Vereinswesen sowie die Initiativ- und Projektszene in den neuen Bundesländern »in wesentlichen Bestandteilen ›Eigenwuchs‹ und damit ein selbständiges Produkt der ostdeutschen Gesellschaft« (S. 193) seien. Quasi als Lösung

für die von Hahn beschriebene ausweglose Situation zeigt er, daß die Organisationen des »dritten Sektors« (nicht zu verwechseln mit dem tertiären Sektor der Ökonomie), welche außerhalb von Staat und Markt existieren und nach dem »Nonprofit-Prinzip« funktionieren, für viele ostdeutsche Arbeitslose ein neues Wirkungs- und Betätigungsfeld darstellen (S. 195). Daran an schließt sich ein lesenswerter Beitrag von Schultz, welcher das Management ostdeutscher Privathaushalte »zwischen Arbeitsmarktkrise und Transferabhängigkeit« thematisiert. Obwohl insgesamt durchaus interessant, weist dieser Beitrag doch bestimmte Auslassungen und Fehler auf. So fehlt beispielsweise auf S. 204 f. ein Hinweis auf die mit den Finanztransfers untrennbar verbundenen Realtransfers, wodurch die gesamte Darstellung einseitig wird und in den Wirkungen nicht nachvollziehbar. Auch ist der Text nicht frei von Euphemismen, zum Beispiel, wenn die Autorin davon spricht, daß durch die Sozialtransfers im Osten »Chancengleichheit und Stuserhalt« (S. 207) weitgehend realisiert würden. (Vgl. Hahn!) Falsch ist es, die Erhöhung der Lebenshaltungskosten für den Zeitraum 1991 bis 1997 mit 38,4 Prozent anzugeben (S. 210). Dieser Wert bezieht sich auf die Periode von 1992 bis 1997, da hier das Basisjahr 1991 mit 100 angesetzt ist. Dieser vermeintlich unbedeutende Lapsus hat enorme Auswirkungen auf die nachfolgenden Überlegungen, da der Anstieg des Preisniveaus in keinem Jahr so hoch ausgefallen ist wie 1991, als er gut 20 Prozent betrug. Sehr zu begrüßen sind demgegenüber die Ausführungen der Autorin zum Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Haushaltseinkommen in Ostdeutschland (S. 213) sowie zu der hohen Transferabhängigkeit ostdeutscher Haushalte (S. 215 ff.).

Im vorletzten Abschnitt des Buches wird auf die Existenz regionaler Disparitäten als Handlungsbedingungen näher eingegangen. Dies sowohl in bezug auf die Mobilität Ostdeutscher (Hinrichs) als auch bezogen auf ostdeutsche Unternehmensgründungen in Sachsen (Ullmann). Angehängt ist ein Aufsatz von Michal Illner über regionale Differenzierungsprozesse im Zuge der Transformation in der Tschechischen Republik.

Zum Schluß kommt der Jubilar zu Wort: Horst Berger, ehemaliger Professor an der

Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften, zuletzt Forscher am WZB, hält Rückschau auf seine persönliche »Transformationsbiographie« (S. 311 ff.). Da diese, wie die Herausgeber versichern, »alles in allem erfreulich verlief«, was für einen DDR-Sozialwissenschaftler eher selten ist, findet das »alles in allem« durchaus kritische Buch auf diese Weise einen versöhnlichen Ausklang.

ULRICH BUSCH

Lüder Gerken und
Gerhard Schick (Hrsg.):
Grüne Ordnungsökonomik:
Eine Option moderner
Wirtschaftspolitik?
Metropolis-Verlag Marburg 2000,
408 S. (19,80 €)

Der Band dokumentiert eine gemeinsame Tagung der grün-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und des Walter-Eucken-Instituts, die im Februar 2000 in Bleibach bei Freiburg im Breisgau der Frage nachging, ob und wie grüne Politik und Ordoliberalismus zusammen passen. Das Fazit der Herausgeber: »besser, als vielen Protagonisten auf beiden Seiten bewusst war« (S. 11). Die Übereinstimmungen wurden sowohl in der generellen wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption als auch in einzelnen Fachgebieten wie in der Wettbewerbs- und Strukturpolitik, den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Steuer- und Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und den föderalen Finanzbeziehungen sichtbar.

Der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken hat mit anderen in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts die »neoliberale« Ordnungsökonomik begründet, die zur wissenschaftlichen Grundlage für die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards wurde, und damit in gewisser Weise dem »Rheinischen Kapitalismus« den Weg bereitet. Eucken wandte sich damals sowohl gegen den »Liberalismus« im Sinne eines Laissez-faire-Kapitalismus, wie er dann in der zweiten Hälfte der 90er Jahre mit dem Thatcherismus und der Reagonomics im anglo-amerikanischen Raum eine Neuauflage erfuhr,

als auch gegen eine interventionistische Wirtschaftspolitik im Sinne von John Maynard Keynes, wie Gerken und Schick vom Walter-Eucken-Institut in ihrem Einführungsreferat herausarbeiteten. Eucken lehnte fortwährende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf – Subventionen, Konjunktursteuerung, keynesianische Nachfragepolitik und andere Interventionen – ab, weil eine derartige Politik aufgrund der Interdependenz sämtlicher ökonomischer Prozesse zu unerwünschten Nebenwirkungen in anderen Bereichen der Wirtschaft führen würden.

Andererseits postulierte Eucken, der Staat dürfe die Wirtschaft auch nicht völlig sich selbst überlassen, wie das heutige Neoliberale fordern, denn die wirtschaftlichen Akteure würden grundsätzlich dazu neigen, den Wettbewerb auszuschalten, indem sie durch die Bildung von Kartellen, durch Fusionen und durch die Behinderung vorhandener oder potentieller Konkurrenten eine Monopolstellung anstreben. Monopolstrukturen in der Wirtschaft würden zu die Freiheit der Menschen bedrohenden privaten Machtkonzentrationen führen. Der Staat müsse einen funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft schaffen. Insofern unterscheidet sich der 1938 geprägte Begriff des Neoliberalismus deutlich vom heute gebräuchlichen.

Da verwundert es dann auch nicht mehr, daß das grüne »Trio Neoliberale« Oswald Metzger, Christine Scheel und Margareta Wolf nicht mit Beiträgen auf der Konferenz vertreten war, wohl aber der Politische Bundesgeschäftsführer der Grünen, Reinhard Bütikofer, der heutige Parteichef Fritz Kuhn, der schleswig-holsteinische Umweltminister Klaus Müller und sogar die zur Regierungslinken gezählte nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn. Höhn erklärte, sie finde bei Eucken interessante Hinweise für die heutige politische Diskussion, die nach Antworten für die soziale Frage ebenso suche wie für die ökologische Frage der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Höhn unterstrich: »Der demokratische Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um die Freiheit des Marktes erst zu ermöglichen« (S. 67). Vor 50 Jahren habe es noch als selbstverständlich gegolten, daß eine ordoliberalen Politik die soziale und die natürliche Umwelt nicht aus dem Blick verlieren dürfe. Unter einem funk-

tionierenden Rechnungssystem sei verstanden worden, daß man neben den internen ebenso die externen Kosten berücksichtigen müsse, die zum Beispiel bei Umweltschäden entstünden. Die Politik müsse also heute neue Rahmenbedingungen setzen, »um der Marktwirtschaft eine ökologische Richtung zu geben« (S. 77).

Wie nicht anders zu erwarten, haben die grünen Politiker dafür in der Ökologischen Steuerreform das wichtigste Instrument gesehen. Im Sinne Euckens haben sie sich aber auch für einen Subventionsabbau ausgesprochen. Insbesondere unökologische Subventionen wie die für Stein- und Braunkohle oder für Atomenergie würden alte Strukturen zementieren und den »ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft« zentral behindern. »Die Atomkraft wäre in diesem Land längst kein Thema mehr, wenn die Subventionen abgebaut worden wären«, meinte Kuhn. »Der Ausstieg wäre so meines Erachtens allein aus ökonomischen Gründen zu bewerkstelligen« (S. 49/50). Kuhn stellte generell fest, daß die Grünen »marktwirtschaftlich und anti-etatistisch« geworden seien, »daß sie einen aktiven Staat wünschen, der klare Rahmenbedingungen setzt« (S. 55/56). Die Grünen seien auf dem Weg, den ordnungspolitischen Rahmen für ihre Politik zu definieren: »Hierbei kann der Ordoliberalismus wichtige Beiträge liefern, vor allem wenn man ihn nicht mit dem Neoliberalismus à la FDP verwechselt« (S. 55). Die praktische Politik der Bundestagsfraktion und vieler Landtagsfraktionen, aber auch vieler Grüner vor Ort weise in diese Richtung. Es werde notwendig sein, »dass sich diese neue ordnungspolitische Grundhaltung auch im neuen Grundsatzprogramm widerspiegelt« (S. 45). Und in der Tat waren sowohl der erste als auch der zweite Entwurf des grünen Grundsatzprogramms deutlich von dieser wirtschaftspolitischen Grundentscheidung geprägt. Obwohl die Delegierten des Berliner Parteitag im März 2002 die wirtschaftspolitische Bemerkung »so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig« aus dem Text kippten, weist auch das beschlossene Programm einen unverkennbar neoliberalen Touch auf – neoliberal im alten wie im neuen Sinne.

JOCHEN WEICHOLD

**Manuel Castells:
Die Macht der Identität.
Das Informationszeitalter II:
Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur,
Leske+Budrich Opladen 2002,
449 S. (34,90 €)**

Die Macht der Identität ist Manuel Castells zweiter Band seiner opulenten Trilogie *Das Informationszeitalter* (*The Network Society* 1996, *The Power of Identity* 1997, *End of Millennium* 1998), welcher hier erstmalig in deutscher Übersetzung vorliegt. Manuel Castells war in Fachkreisen schon lange als bemerkenswerter Denker bekannt, der sich auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalplanung hervor getan hat. *Das Informationszeitalter* katapultiert ihn nun in die Liga der Wissenschaftler, deren Werke für diejenigen Pflichtlektüre sind, die sich ernsthaft mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen befassen.

Die in der Trilogie vorgetragenen Ideen und Analysen sind aus 25 Jahren Forschung in aller Welt erwachsen. Zur Darstellung seiner Ergebnisse benutzt Manuel Castells die Form eines theoretisch informierten Essays. Dieser Stil läßt sich durchaus mit dem von klassischen Soziologen wie Max Weber, Simmel und Marx vergleichen, auch sie verknüpften theoretische Argumente mit erstaunlich umfassend und detailreich gesammelten empirischen Beobachtungen.

Während der erste Band *Die Netzwerkgesellschaft* die Strukturmerkmale der neu entstehenden Gesellschaft nachzeichnet und den Leser mit dem Eindruck einer übertechnisierten Welt zurückläßt, wendet sich der Autor im zweiten Band den kulturellen Entwicklungen des Informationszeitalters zu. Sein Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den Ausdrucksweisen kollektiver Identität, wie sie sich in sozialen Bewegungen zeigen. Schließlich regt er eine Diskussion über die Krise des Nationalstaates an, da diese als Folge von Globalisierung mit kulturellen Veränderungen eng zusammenhängt.

Castells beginnt seine Ausführungen mit der Definition sozialer Bewegungen als »zielgerichtete soziale Handlungen, deren Ergebnis in Sieg oder Niederlage die Werte und Institutionen der Gesellschaft transformiert« (S. 6). Diese Definition hat jedoch einen entscheidenden Nachteil:

Wenn ein Beobachter beurteilen möchte, ob eine soziale Bewegung vorliegt, muß er erstens eine Zielorientierung feststellen (diese ist jedoch meist nur durch die Selbstbeschreibung des Akteurs zu beurteilen) und zweitens muß er die Inklusion der sozialen Bewegung ergründen (das heißt, er muß warten, bis die soziale Handlung ein gesellschaftliches Resultat erzeugt). Weiterhin betont Castells, daß es aus *analytischer Perspektive* keine »guten« und »bösen«, keine progressiven und rückschrittlichen sozialen Bewegungen gibt (S. 77). Diese Annahme ermöglicht es ihm, so unterschiedliche Bewegungen wie den islamischen und den amerikanischen christlichen Fundamentalismus, die Kräfte hinter dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, die katalanischen Separatisten, Mexikos Zapatisten, die amerikanische Miliz und die Patrioten-Bewegung, Japans Aum Shinrikyo, alle Formen von Umwelt- und feministischen Bewegungen argumentativ zusammenzubringen.

Denn alle sozialen Bewegungen, gleich ob sie gewalttätig, visionär, emanzipierend oder missionierend operieren, sind für Castells zentrale Quelle von Identitätsbildung. Er unterscheidet zwischen drei Formen und Ursprüngen des Identitätsaufbaus, welche in seinen Analysen sozialer Bewegungen immer wieder auftauchen: Die *legitimierende Identität* wird durch die herrschenden Institutionen einer Gesellschaft eingeführt, um ihre Herrschaft auszuweiten und zu rationalisieren. Diese Identität bringt eine Zivilgesellschaft hervor. Die *Widerstandsidentität* wird von Akteuren hervorgebracht, deren Position durch die herrschende Logik entwertet oder stigmatisiert wird. Der zweite Typus führt zu einer Herausbildung von Kommunen und Gemeinschaften. Die *Projektidentität* entwickeln Handelnde, wenn sie eine neue Identität aufbauen, um die Transformation der Gesellschaft zu erreichen. Diese Form der Identitätskonstruktion ist Alain Touraine entlehnt. Sie bezieht sich bei Castells insbesondere auf feministische Bewegungen (S. 10 ff.).

Manuel Castells schätzt die Widerstandsidentität als die wichtigste in unserer Gesellschaft ein. Im ersten Kapitel entwickelt er das Argument, daß Nationalismus und religiöser Fundamentalismus rekonstruierte Identitäten sind, welche als Reaktion auf die Zerstörung traditionaler Gesellschaften, das Scheitern des Nationalstaates und die Angst vor Kapitalismus und Globa-

lisierung konstruiert werden. Für Castells ist diese Art der sozialen Bewegung Folge von Segregation, Diskriminierung und Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendliche reagieren auf soziale Exklusion mit Radikalisierung. Diese Schlußfolgerung erscheint mir jedoch problematisch, da sie weitergehende Forschungen zur Theorie strategischer Gruppen übersieht, welche die Rekonstruktion traditionaler Identitäten als Folge von Interessen lokaler Eliten empirisch nachweisen können. Zu undifferenziert beschreibt Castells die »islamisch fundamentalistische Welt« als vermeintliche Einheit und es ist verwunderlich, daß von den unzähligen Universitäten in aller Welt, an denen er Gastprofessor war, keine zur islamischen Welt gehört.

In den nachfolgenden Kapiteln behandelt Castells gewalttätige Bewegungen, Umweltbewegungen und den Feminismus. Viele Analysen der faszinierenden Fallstudien sind allerdings schon bekannt. Interessant ist seine These, daß die neuen Kommunikationstechnologien eine fundamentale Existenzbedingung dieser sozialen Bewegungen sind, gleichzeitig wirken sie »auf den fortgesetzten Prozeß der Informationalisierung dadurch ein, daß sie die kulturellen Codes an den Wurzeln der neuen sozialen Institutionen verändern« (S. 117). Angesichts der Tatsache aber, daß sich auf dem afrikanischen Kontinent außerhalb von Südafrika statistisch 1 700 ländliche Einwohner einen Telefonanschluß teilen¹, sollte auch hier differenziert werden. Lobenswert ist sein Porträt der vielfältigen Umweltbewegungen und heterogenen Typen des Feminismus. Die grundlegende Aufgabe dieser Bewegung besteht darin, »durch Kämpfe und durch Diskurse die Identität der Frau dadurch zu de- und rekonstruieren, daß die Institutionen der Gesellschaft von ihren geschlechtsspezifischen Bestimmungen befreit werden« (S. 216).

In den Schlußkapiteln schlägt Castells eine Brücke zwischen sozialen Bewegungen und der fortschreitenden Delegitimierung des Nationalstaates sowie der Krise der Demokratie. Die instrumentelle Fähigkeit des Staates wird durch die Globalisierung der wirtschaftlichen Kernaktivitäten, die Globalisierung der Massenmedien und der Kriminalität untergraben (S. 260). Mit einer Fülle von Material sucht Castells diese These zu untermauern und zeichnet die Finanzkrisen in den USA, in Großbritannien, Deutschland, Japan, Spanien und Indien nach. Er pro-

gnostiziert das Ende des Wohlfahrtsstaates und das Zeitalter des Multilateralismus, zeigt die Zunahme von informationeller Politik und den Einfluß der Massenmedien auf Politik. Diese Entwicklungen und insbesondere der Souveränitätsverlust des Nationalstaates erschüttern die Glaubwürdigkeit der Politik und schwören die Krise der Demokratie herbei (S. 364). Nicht selten sind seine Thesen provokant, so zum Beispiel, wenn er den Staat in der Netzwerkgesellschaft im großen und ganzen als überwacht denn als Überwacher hinstellt (S. 318 ff.).

Doch Castells bleibt bei seiner pessimistischen Analyse nicht stehen und zeigt drei Tendenzen einer *informationellen Demokratie* auf: Erstens die Wiedererschaffung des lokalen Staates, zweitens die Stärkung der politischen Demokratie und der horizontalen Kommunikation unter Bürger/innen durch Kommunikationstechnologien und drittens die politische Mobilisierung durch humanitäre Anliegen.

JUSTINE SUCHANEK

1 C. Baars: Entwicklungschance oder der Weg in eine neue Abhängigkeit? In: Brüne, S. (Hrsg.): Neue Medien und Öffentlichkeiten, Hamburg 2000.

Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre,
Jochen Steinhilber,
Hans-Jürgen Urban (Hrsg.):
Flexibler Kapitalismus. Analyse,
Kritik und politische Praxis
VSA-Verlag Hamburg 2001,
398 S. (20,40 €)

Wenn sich in einem Jubiläumsband 44 Autoren mit 28 Beiträgen zu einer Fülle höchst unterschiedlicher Themen – von der Produktionsweise über den »peripheren Kapitalismus« bis hin zu den transatlantischen Beziehungen und zum Internet – zu Wort melden, dann läßt dies von vornherein um den inneren Zusammenhalt des Bandes fürchten. Wenn das Œuvre dann noch mit dem einfallslosen und platten Titel »Flexibler Kapitalismus« ausgezeichnet wird, kann vorausseilendes allgemeines Desinteresse als gesichert gelten – dies jedoch zu Unrecht, wie die Lektüre rasch zutage fördert.

In einem ersten größeren Komplex von Beiträgen geht es um die »politische Ökonomie« der

aktuellen Entwicklungsvariante des Kapitalismus, die von den Herausgebern mit dem unsäglichen Allerweltsbegriff »flexibel« umschrieben wird, geradeso als ob Flexibilität seit den Tagen des *Kommunistischen Manifests* nicht als gesichertes Wesensmerkmal dieser Gesellschaftsform gelten könnte, und statt dessen auf solche Geistesgrößen wie Richard Sennet (1998) zurückgeführt werden und überhaupt aufwendig hergeleitet werden müßte (vgl. S. 29). Auch überrascht das doch recht weitgefaßte Verständnis von »politischer Ökonomie«, in die sowohl das (Be)Denken der Produktionsweise (Wolfgang Fritz Haug) und Überlegungen zur »Shareholder-Gesellschaft« (Joachim Bischoff/Richard Detje) als auch die »Rolle des Internets im Kapitalismus« (Rainer Rilling) und verschiedene regionale Varianten des »peripheren Kapitalismus« (Dieter Boris beziehungsweise Choon-Kweon Koo/Ho-Geun Lee) hineingehören sollen. Der zweite Komplex konzentriert sich auf die staats- und politiktheoretische Dimension der »transnationalen und europäischen Vergesellschaftung«. Auch hier findet sich ein breites Spektrum von unterschiedlichen Sichten und Ansätzen, aus denen es insbesondere der Text von Bernd Röttger zu »Aktualität und Aktualisierung materialistischer Staats- und Kapitalismustheorie« verdient, herausgehoben zu werden. Der dritte Teil befaßt sich mit der Rolle der Intellektuellen, mit besonderem Blick auf ihre Einbindung in neoliberale Politik- und Herrschaftsmuster (Dieter Plewe/Bernhard Walpen, Alex Demirovic und Wolfram Burkhardt). Im vierten Themenkomplex geht es schließlich um die Perspektiven linker und gewerkschaftlicher Politik. Gerade in diesem Teil treten dann doch noch in aller Deutlichkeit die Schwierigkeiten zutage, die verschiedenen Sichten und Herangehensweisen unter ein thematisches Dach zu zwingen. Strategische Fragen nach dem Subjekt für einen »radikalen Reformismus« (Joachim Hirsch), nach den »Perspektiven für ein soziales Europa« (Heinz Bierbaum/Horst Schmitthenner) oder nach einem Konzept für mehr Wirtschaftsdemokratie (Wolfgang Hecker) stehen relativ unvermittelt neben Texten, die sich mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im »Praxistest« (Sybille Stamm) oder mit den Besonderheiten der Interessenvertretung im IT-Sektor (Gudrun Trautwein-Kalms) befassen.

ARNDT HOPFMANN

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 99 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 98 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname.....
Straße.....
PLZ, Ort.....
Kontonummer.....
BLZ / Geldinstitut.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

JOHAN GALTUNG

Rudolf Bahro and New Approaches to the Globalization Crisis

In his lecture to the Conference on Rudolf Bahro in Berlin (June 21-23, 2002); Johan Galtung concentrated mainly on world economic structures, the mechanism of financial economy and presents traits of »Americanism«. His deliberations on fundamental needs, the state of our civilisation, over-production, and peace are in certain aspects very close to those the late Rudolf Bahro elaborated in his Book »Spiritually Brothers«, published in the 1980s. This is an abridged version of this talk.

DIETMAR WITTICH

Key Problem: Political Culture – Deliberations on the Election Results of the PDS

The Party of Democratic Socialism (PDS) remained far below the five-percent-barrier in German federal elections of autumn 2002 and are therefore represented in the new parliament by only two parliamentarians, who won majorities in their constituencies. Less than 50% of those who voted for the PDS in 1998 gave the PDS their vote in 2002. This tremendous loss of ballots occurred mainly among the PDS' »regular voters« and among sympathisers of leftist politics. To reverse this dangerous trend – Wittich maintains that – the PDS must tackle current socio-economic problems with consistency and offer alternative solutions that can be translated into public policy. Moreover the party must become accessible to all other critical forces and tendencies in the society.

HANS THIE

Projects for the future borrowed from the past

Why does the German Left play such a marginal role in the Federal Republic? What has to be done to re-enter the political arena? In his essay, Hans Thie argues that the German Left is currently incapable of presenting a coherent project with perspective, because its political recipes are largely borrowed from the »golden age« of state-regulated capitalism. To counter neoliberal domination one should not only look to state initiatives but rather seek new forms of freedom, self-determination, co-operation and regionalisation as means of strengthening social justice and ecological sustainability.

PAUL SCHÄFER

The General Elections in 2002 and the PDS-Crisis

From the perspective of the author the defeat of the Party of Democratic Socialism (PDS) in the 2002 German general elections is essentially »home-made«. To a certain extent – Schäfer argues – this result may also be caused by the global crisis of left-wing forces and movements. He discovers yet another reason – an important difference in this election campaign to previous ones is that the PDS was largely ignored rather than attacked by other

political parties. This meant that the PDS was challenged to convince the voters through setting its own agenda. And surprisingly enough, it turns out that there was an amazing deficiency. The proposed political alternatives were either not convincing or insufficiently transmitted. According to Schäfer, the PDS needs above all, to develop an alternative economic concept, that can be within the framework of an alliance become an effective applicable reform alternative.

MARLENE KÜCK Banking Crisis and Market Exit

German banking is facing a grave crisis. Earnings potential is extremely limited because of a decline in securities and a collapse in the business of issuing and consultancy. In addition to limited earnings, banks are confronted with high expenditure and individual value adjustments for loans. Small banks are considered to be particularly at risk. They are being forced from the market by a network (banking and auditing associations, major banks, and financial services regulators). Market exit invariably follows the same pattern, with the auditors of the associations playing a key role. To induce a market exit, they present illogical and arbitrary audit conclusions. Mergers by leading German banks are intended to streamline the market. It is anticipated that remarkable mergers will take place in the foreseeable future.

JOACHIM BISCHOFF The Memoranda – alternatives to the neoliberal economic conceptions

A group of progressive scientists criticize the main issues of neoliberal economic policy since 1975. The objective of this ›Memorandum-Group‹ is, to strengthen the interests of working people in the public discussion on economic problems and to provide proof of means of returning to full employment. The crucial point in the economic debate is the widening gap in the distribution of wealth between the owners of capital and the wage-earning population, which is creating instability in the accumulation process, in the welfare state and in social life as a whole. If we want to achieve a new quality of economic development and social life, we have to develop a political concept for the redistribution of wealth, for the renewal of the welfare state, for an expansion of public services and for the democratisation of the economy.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030- 29 78 11-57/23, Fax-81)

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 98:	je	1 €
Heft 99 bis 134	je	2,50 €